

14. Heft | 15. Juli 1909

RICHARD CALWER · DIE ORGANISIERUNG DES MOBILEN KAPITALS



ANZ verkehrt ist es eine neue wirtschaftliche oder politische Organisation mit Spott und Missachtung zu begrüßen, wie es dem neuen *Hansabund* gegenüber geschehen ist. Es ist schon vielen heute sehr starken Organisationen passiert, dass man sie anfänglich von oben herab behandelte, und doch haben sie ihre Daseinsberechtigung bald genug erwiesen. Zweifellos hat der *Hansabund*, die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, erst zu zeigen, ob er seine Aufgabe zu erfüllen vermag. Aber ihn von vornherein als *quantité négligeable* zu behandeln, das ist ein schwerer Fehler. Ganz im Gegenteil scheinen die Vorbedingungen für eine Organisation des mobilen Kapitals durchaus günstig zu sein. Die politische Zersplitterung des Liberalismus hat nach aussen hin gar zu häufig den Anschein erweckt, als ob die Stärke des mobilen Kapitals sich nicht mehr von einem Willen regieren lassen könne, als ob die politische Zersplitterung auch auf wirtschaftlichem Gebiet schon solche Fortschritte gemacht hätte, dass die gemeinsamen Interessen gegenüber der Überwucherung durch Sonderinteressen gar nicht mehr zum Ausdruck gelangen könnten. Wenn nun doch durch die Gründung des *Hansabunds* das Gegenteil dargetan ist, so sollte man erkennen, dass die gemeinsamen Interessen des mobilen Kapitals noch stark genug sind, um Berufsschichten, die sonst sehr stark differenziert sind, unter eine Organisation zu bringen.

Warum wir uns vom sozialistischen Standpunkt mit der neuen Organisation zu beschäftigen haben, das hat seinen Grund darin, dass mit der Bildung des *Hansabundes* eine organisatorische Entwicklung abgeschlossen ist, die längst vorausgesehen war und vorausgesagt wurde. Wenn man die Bevölkerung eines Landes wie des Deutschen Reichs nach seinen wirtschaftlichen Interessen scheidet, so wird man drei grosse Gruppen zu bilden haben, die in mehr oder weniger scharfem Gegensatz zu einander stehen. Die eine Gruppe umfasst die gesamte Arbeiterschaft mit der Schicht der Angestellten, die zweite Gruppe wird von den Besitzern von Grund und Boden, die dritte Gruppe von den Besitzern des mobilen Kapitals gebildet. In Wirklichkeit ist die Einreihung der Bevölkerung in diese drei Gruppen nicht so einfach, aber das hindert nicht,

dass durch die hier gekennzeichnete Einteilung die wirtschaftlichen Gegensätze richtig abgegrenzt sind.

Zwei Gruppen haben sich bisher schon in grossem Stil wirtschaftlich organisiert, nämlich die Arbeiter und, als hauptsächlich Vertreter der Interessen des Grundbesitzes, die Landwirte. Die dritte Gruppe brachte es bisher kaum zu Versuchen zu einem wirkungsvollen Zusammenschluss sämtlicher gemeinsamen Interessen. Und es lässt sich nicht verkennen, dass es nicht leicht ist gerade die vom Besitz mobilen Kapitals in erster Linie lebende Bevölkerungsschicht unter einen Hut zu bringen. Die Differenzierung ist eben hier so gross wie in keiner der beiden anderen Gruppen. Man vergegenwärtige sich nur, dass der Industrielle ebenso wie der Bankier, der Warenkaufmann ebenso wie der Makler, der Grossist ebenso wie der Detaillist, der Reeder ebenso wie der mit der Verwaltung seines Vermögens beschäftigte Rentier in der neuen zusammenfassenden Organisation eine Vertretung der eigenen wirtschaftlichen Interessen erblicken sollen. Es hat starken Drucks von aussen bedurft, ehe man sich auf die gemeinsamen Interessen besann. Man hat auch zweifellos in der ersten Begeisterung die Grenzen der Organisationsfähigkeit zu weit gesteckt: denn weder der Handwerkerstand noch die Schicht der Kleinkaufleute, erst recht aber nicht die Schicht der Angestellten gehören ohne weiteres zum *Hansabund*. Gerade die genannten Schichten sind nach ihren wirtschaftlichen Interessen in keine der drei Gruppen restlos einzureihen: sie gravitieren vielmehr in verschiedenem Grad nach jeder der drei genannten Gruppen, wie die Erfahrung schon hinlänglich gelehrt hat, und die zukünftige Entwicklung erst recht lehren wird.

Wenn es dem *Hansabund* gelingt eine ähnlich starke Organisation zu bilden wie es dem *Bund der Landwirte* gelungen ist, so würde damit ein grosser Schritt auf dem Wege getan sein die Bevölkerung nach den wirtschaftlichen Hauptgegensätzen einerseits zu scheiden, andererseits aber sie nach gemeinsamen Interessen unter einheitlichen grossen Gesichtspunkten zusammenzuschliessen. Die Rückwirkung auf die Politik würde nicht ausbleiben. Woran unser politisches Leben in Deutschland heute so sehr krankt, das ist die ganz ungewöhnlich grosse Zersplitterung, die den Fortschritt der politischen Arbeit äusserst erschwert und aufhält. Besserung kann hier nur geschaffen werden, wenn die wirtschaftliche Gruppierung der Bevölkerung durchgeführt ist. Denn die moderne Politik ist doch heute und kann heute nichts anderes sein als eine Waffe Rechten und Ansprüchen, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, zur staatlichen Anerkennung zu verhelfen. Haben wir erst die drei grossen Organisationen, die das Gesamtinteresse des immobilien, des mobilen Besitzes und der Arbeit vertreten, dann wird von ihnen auch der Gang der Politik beeinflusst werden. Auch im Parlament werden wir dadurch zu einer Vereinfachung der parteipolitischen Gruppierung gelangen, was sicherlich nicht zu beklagen wäre.

Man könnte vielleicht einwenden, dass wirtschaftlich eigentlich nur eine Zweiteilung der Bevölkerung zu erfolgen hätte, und zwar in eine Klasse der Kapitalbesitzer und in eine solche der Arbeiter. Sicher ist auch, dass es gemeinsame Interessen des Kapitalbesitzes gegenüber den steigenden Ansprüchen der Arbeit gibt, die auch im ferneren Verlauf des wirtschaftlichen und sozialen Kampfes zum Ausdruck kommen werden. Aber diese gemeinsamen

Interessen sind doch immer nur vorübergehender Natur. Grundsätzlich verträgt sich das konservative Prinzip so wenig mit dem liberalen Prinzip wie mit dem sozialistischen. Das liberale Prinzip hat scharfe Veränderungen im Laufe der letzten fünfzig Jahre erlitten, aber es ist doch noch immer dahin wirksam das deutsche Volk durch Ausdehnung und Steigerung seiner Industrie und seines Handels wohlhabend zu machen. Es saugt auch heute noch seine Kraft aus dem starken Bevölkerungszuwachs des deutschen Volks, der, wie die Dinge zurzeit liegen, in erster Linie in Industrie und Handel unterkommen muss. Es ist international gesinnt und macht vor den nationalen Schranken nicht halt sondern überspringt sie unter Umständen. Man übersehe nicht, welche wichtige Rolle in dieser Entwicklung das mobile Kapital spielt. Mit meinem Kapital kann ich Besitzer von amerikanischen Eisenbahn-, von südafrikanischen Minenwerten usw. sein. Und ich wechsele meinen Besitz je nach der Rente, die mir die einzelnen Werte abwerfen. Dieses international gerichtete Prinzip, das sich in der Tätigkeit des mobilen Kapitals bekundet, tritt keineswegs überall gleich rein und scharf zu tage, aber es ist zum mindesten immer dem Wesen nach vorhanden.

Total verschieden davon sind die Interessen des immobilien Besitzes, der sich gewissermassen im konservativen Prinzip kristallisiert. Der Landwirt hängt an seiner Scholle, und es ist ein schlechtes Zeichen, ein Zeichen der Degeneration, wenn der Landwirt seinen Grundbesitz nur unter dem Gesichtspunkt der Verkäuflichkeit behandelt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist darum viel stärker als die gewerbliche und die handeltreibende Bevölkerung in ihrem Erwerb auf die Heimat im engsten Sinn angewiesen und wurzelt fest im Boden. Das ergibt ganz andere wirtschaftliche und politische Interessen und ganz andere Kulturideale als sie dem Liberalismus entsprechen. Der Landwirt verlangt nach hohen Preisen für seine verkäuflichen Erzeugnisse, und er misst die Angemessenheit der Preishöhe nach den heimischen Gesteungskosten und nach der Ergiebigkeit der heimischen Erde. Er kann es nicht verstehen, warum für die Verwertung seiner Erzeugnisse der Weltmarktpreis ausschlaggebend sein soll; über die Gesteungskosten hinaus soll der Preis so hoch sein, dass auch noch eine Rente bleibt. Er kann nicht in Wettbewerb mit überseeischen Ländern treten, in denen der Boden von Natur oder wegen seiner Jungfräulichkeit weit ergiebiger ist, oder wo infolge niedriger Bodenpreise eine extensive Kultur noch billig zu wirtschaften erlaubt. Für den Grundbesitz bedeutet das liberale Prinzip mit seinen internationalen Tendenzen ein Element der Auflösung und Zersetzung, dem er sich so sehr wie möglich zu entziehen sucht, und dem er nur widerwillig Konzessionen macht. Dieser scharfe Gegensatz wird bestehen bleiben, solange wir in Deutschland unseren Grund und Boden als eine Hauptquelle für unsere Produktion anzusprechen haben.

Die Organisation der Arbeiter steht den beiden Arten des Kapitals, dem mobilen wie dem immobilien, als Gegner gegenüber, indem ihr Bestreben dahin geht den Anteil der Arbeiterbevölkerung am Produktionsertrag möglichst zu erhöhen, und zwar einmal durch möglichste Steigerung der Produktivität, sodann aber auch durch Verminderung des Kapitalanteils, soweit dies nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung möglich ist. Die Organisation der Arbeiter hat nicht den geringsten Anlass der einen Organisation der Kapital-

interessen näher oder ferner zu stehen als der andern. Sie wird vielmehr nach der jeweiligen Konstellation die Differenzen zwischen den beiden generischen Lagern im Sinn ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele auszunutzen suchen. Die Arbeiterschaft steht nach ihren wirtschaftlichen Interessen weder auf dem engen nationalen Standpunkt des immobilien noch auch auf dem weiten internationalen des mobilen Kapitals. Sie ist zweifellos mehr an das nationale Gebiet gebannt als das mobile Kapital und, trotz der Freizügigkeit innerhalb dieses Gebiets, in der Hauptsache auf dieses Gebiet beschränkt: es können wohl Hunderttausende von Arbeitern auswandern, aber die Arbeiterbevölkerung als solche ist und bleibt mit ihrem sozialen Geheißen an die heimische Wirtschaft gebunden. Die Arbeiterschaft weiss aber auch, dass die Entwicklung zur Weltmarktwirtschaft und in weiterer Folge zur Weltwirtschaft eine internationale Politik notwendig macht, in deren Mittelpunkt die Wahrung der Interessen der deutschen Arbeiterbevölkerung steht.

Ist der *Hansabund* in der Lage eine der Bedeutung des mobilen Kapitals zukommende Organisation zu schaffen, so wird das Vorhandensein der drei Organisationen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe ganz wesentlich vereinfachen und übersichtlicher machen, aber nicht ohne dass diese Kämpfe an Bedeutung gewinnen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · RANDBEMERKUNGEN

POLITISCHE UMGROUPPIERUNG

NACH dem Hansemannschen Wort, dass in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört, hat die Reichsfinanzauflösung zur zeitweiligen Auflösung der liberal-konservativen *Paarung* geführt. Ich sage: zur zeitweiligen Auflösung, weil es ganz von der neuen Gruppierung der Parteien abhängt, ob nicht über kurz oder lang doch wieder ein ähnliches Gebilde zu stande kommt. Es ist in diesen Tagen über jene *Paarung* und ihren Geburtshelfer Bülow in einem Teil unserer Presse viel widerspruchsvolles Zeug geschrieben worden, in die berechtigte Kritik des vierten deutschen Reichskanzlers haben sich Invektiven gemischt, die nicht bloss sehr überflüssig waren sondern einer vernünftigen Beurteilung der Situation direkt entgegenwirkten. Wie es sinnlos ist über die Henne zu schimpfen, weil sie nicht ins Wasser geht, so hat es auch wenig Sinn dem Kanzler des Deutschen Reichs Redensarten wie *Kleber*, *Ausreisser* und dergleichen nachzurufen, weil er nicht streng nach Art der Minister parlamentarisch regierter Länder verfuhr. Wir haben eben im Deutschen Reich noch keinen Parlamentarismus, der Kanzler ist Beamter der Regierungen und nicht des Reichstags, und dass Bülow so lange auf seinem Posten ausharrte wie er Aussicht zu haben glaubte eine Mehrheit für eine Finanzreform nach seinem Herzen zu finden, ist unter diesen Verhältnissen das letzte, was man ihm vorwerfen kann, so bekämpfungswert auch diese *Reform* selbst war. Und ebenso mit dem Bülowischen *Paarungsversuch*. Seine Fragwürdigkeit lag von Anfang an klar zu tage, noch fraglicher aber war, ob eine andere parlamentarische Kombination für einen Kanzler von Bülows modernisiertem Konservatismus möglich war. Man braucht indes nur die Parteien des Deutschen Reichs, ihre Dispositionen und

ihr Stärkeverhältnis Revue passieren zu lassen, um sich klar zu werden, dass in diesem Reichstag nur eine einzige andere Mehrheitskombination als Regierungsstütze denkbar war, nämlich eine liberal-klerikale Koalition von Payer bis Spahn. Warum Bülow sie nicht mag und mochte, ist bekannt, ob sie weniger gebrechlich gewesen wäre als die Paarung von Payer bis Kreth, ist mehr als zweifelhaft.

Was aber wird nun werden? Die Antwort auf die Frage liegt viel mehr bei den Parteien als bei der Person des neuen Reichskanzlers, was dieser auch im Schilde führen mag. Ein nennenswert liberalerer Kanzler als Bülow ist zurzeit ebenso undenkbar wie ein nennenswert konservativerer Kanzler: der Kanzler dieses Staatswesens wird immer ein Mann der *mittleren Linie* sein. Wie werden sich aber fortan die Parteien zu einander stellen?

Es liegt auf der Hand, dass die Antwort darauf in einem hohen Grade von der Sozialdemokratie abhängt. Kann auch im heutigen Deutschland nicht die Rede davon sein, dass die Partei sich an irgend einem *Block* mit bürgerlichen Parteien beteiligt, so kann die Partei doch, ohne irgend wie ihre Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, bestimmte Stellung zu den etwa sich bekämpfenden bürgerlichen Blocks nehmen. Wer mehr verlangt, mutet der Partei etwas zu, was sie nach ihrer Natur weder geben kann noch wird, und würde daher leicht das Gegenteil von dem bewirken, was er erzielen will. Und ebenso soll betont werden, dass die Bestimmung der Taktik der Partei nicht von einer Minderheitsgruppe ausgehen kann sondern von der Mehrheit der Partei auf grund eingehender Prüfung der Verhältnisse gefunden werden muss. Das Hineinwerfen der Schlagworte *Revisionismus* und *Radikalismus*, das nur die Wirkung haben kann die unbefangene Prüfung zu hindern, ist daher auf das entschiedenste zurückzuweisen. Denn was in Frage kommt, ist eine Taktik, die die Partei zu einer Zeit schon befolgt hat, wo noch kein Mensch an diese Gegenüberstellung dachte. Es sei nur an die Wahlparole des Jahres 1890 *Gegen das Bismarcksche Kartell!* erinnert. In gleicher Weise könnte die Partei, ohne ihrer Vergangenheit untreu zu werden, heute die Parole *Gegen den konservativ-klerikalen Block!* ausgeben. Sie könnte es. Aber man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, dass die Parole bedeuten würde in Süddeutschland und am Rhein bei Stichwahlen überall für Nationalliberale gegen Zentrumsleute zu stimmen, um so zu erkennen, dass selbst sie ohne sehr bestimmte Bürgschaften in dieser generellen Form kaum ausgegeben werden kann.

Einstweilen würde schon ein Schritt vorwärts getan sein, wenn den ostelbischen Konservativen die 25 Mandate wieder genommen würden, die ihnen die Freisinnigen im Bülowrausch in die Hände gespielt haben. Das setzt aber eine Verständigung zwischen der Sozialdemokratie und dem ernüchterten Freisinn voraus, an der es vorläufig noch sehr fehlt. Und hier scheint mir ein Wort an unsere Nachbarn von der *Demokratischen Vereinigung* zeitgemäss. Diese äusserste Linke des Liberalismus, hinter der keine bestimmte Gesellschaftsklasse steht sondern nur Ideologen aus allen möglichen Gesellschaftsklassen, hat sich in eine Verbitterung gegen ihre frühere Partei hineingelebt, die gewiss sehr begreiflich ist, aber in ihren Wirkungen nachgerade dahin zu führen droht, dass das Wirken der *Vereinigung* immer mehr sich von dem entfernt, was ihr ursprüngliches Vorhaben war: die Pionierarbeit für einen *modus vivendi* zwischen dem radikaleren bürgerlichen Liberalismus und der So-

zialdemokratie. Wie sich die Parteiverhältnisse in Deutschland einmal gestaltet haben, ist, sofern nicht grosse europäische Konflikte zu einer politischen Umwälzung führen, auf lange hinaus eine politische Verbesserung nur von der Erzielung eines solchen *modus vivendi* zu gewärtigen. So etwas wird aber nicht durch überhitzte Rekrinationen erwirkt, die im Gegenteil meist die Wirkung haben sich anbahnende Verständigungen nicht zu stande kommen zu lassen. Es soll damit selbstverständlich die Kritik am Freisinn nicht als überflüssig hingestellt werden, aber die *Demokratische Vereinigung* hat eine grössere, gerade jetzt aktuell werdende Mission, für die diese Kritik nur Mittel zum Zweck sein kann, die ihr vielmehr in Hinsicht auf Mass und Ton die Direktive geben muss.

SOZIALDEMOKRATIE UND IMPOSSIBILISMUS



UF dem nationalliberalen Parteitag hat der Abgeordnete Bassermann die Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Erbanfallsteuer als einen *Sieg des Revisionismus* bezeichnet. Darin lag eine Übertreibung, die von der Parteipresse schon zurückgewiesen worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat mit jener Abstimmung nur wiederholt, was die Reichstagsfraktion im Jahre 1906 einstimmig getan hatte. Wohl aber ist man berechtigt den Beschluss der Fraktion für die Erbanfallsteuer zu stimmen als eine Ablehnung der von Kautsky-Karski-*Parvus* empfohlenen impossibilistischen Taktik zu bezeichnen. Aber auch darin liegt keine Neuerung. Wenn es zu praktischen Entscheidungen kam, ist — von *Parvus* gar nicht zu reden — K. Kautsky sehr oft in der Partei im Hintertreffen geblieben. Ja, es gibt nur wenige Reformen in der Parteitätigkeit, denen sich der Hüter des Buchstabens nicht im Anfang widersetzt hätte.

In diesem Zusammenhang einige Worte zu der Polemik Kautskys mit der *Kommunalen Praxis* über das Vorwort, das Friedrich Engels 1895 zur *Vorwärts*-Ausgabe der Marxschen *Klassenkämpfe* geschrieben hat. Es handelt sich um die Frage, ob Engels jenem Vorwort im Urtext einen revolutionären Schluss gegeben hatte, der dann in der Ausgabe auf Veranlassung der Herausgeber gestrichen wurde. In einer Rezension der *Kommunalen Praxis* war die Berufung Kautskys auf den ursprünglich *revolutionären* Schluss in einer Form ironisiert worden, die als Zweifel an der Richtigkeit von Kautskys Behauptung aufgefasst werden konnte und insofern nicht glücklich gewählt war. Kautsky konnte sich mit Recht darauf berufen, dass er schon vor 10 Jahren jenen Sachverhalt öffentlich festgestellt habe, und nachdem Richard Fischer die näheren Umstände, wie die Änderung zu stande kam, jetzt im *Vorwärts* mitgeteilt hat, ist dieser Streit erledigt. Nach wie vor aber kann man Kautskys Pochen auf die *unterdrückten* revolutionären Stellen nicht anders als ironisch nehmen. Was in aller Welt soll denn mit ihrer Existenz bewiesen werden? In aller Ausführlichkeit und mit ganz unzweideutigen Worten hat Engels in jenem Vorwort dargetan, dass die Geschichte der von ihm und Marx 1848 und noch später gehegten Anschauung über die soziale Revolution der Arbeiterklasse unrecht gegeben habe, dass die Bedingungen des politischen Kampfes sich vollständig geändert haben, die Aussichten einer gewaltsamen Revolution für die Volksparteien sehr viel schlechtere geworden sind, während die deutsche Sozialdemokratie durch systematische Ausnutzung des

Wahlrechts und Tätigkeit in den öffentlichen Körperschaften einen weit besseren, sichereren Weg der Führung des Klassenkampfes gezeigt habe. Selbst in den romanischen Ländern sehe man mehr und mehr ein, dass die alte Taktik revidiert — »revidiert«: so steht es zum Entsetzen aller Rechtgläubigen buchstäblich da — werden müsse. »Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt«, heisst es bei Engels.

In diesen Sätzen liegt der Schwerpunkt des Vorworts, die Revision, die Engels an dem früher von ihm und Marx vertretenen Standpunkt vornimmt. Wie weit bei Engels diese Revision geht, darüber mag streiten, wer Lust hat. Auf die Richtungslinie, die in seinen Darlegungen angezeigt ist, kommt es an, nicht darauf, wie weit er diese Linie nun auch selbst gezogen hat. Für den Beweis, dass Engels die Idee eines schliesslich gewaltsamen Zusammenstosses nicht aufgab und das Datum dieses Zusammenstosses nicht erst ins Jahr 2000 verlegte, bedarf es gar nicht erst der Wiederherstellung des Engelschen Urtextes, das ist für jeden, der lesen kann, in den 3 letzten Seiten des Vorworts, wie sie jetzt lauten, deutlich genug angezeigt. Das Verlangen Kautskys, dass jener Urtext wieder hergestellt werde, ist nur zu unterstützen. Aber wenn Kautsky seine Leser glauben machen will, dass durch den restaurierten Text das Engelssche Vorwort einen revolutionäreren Charakter erhalten werde als es jetzt hat, dann traut er ihnen eine himmlische Einfalt zu.

Ich habe jenen Urtext nie gesehen, aber ich wette 10 gegen 1, dass zum Beispiel der Satz des Vorworts »Selbstverständlich verzichten unsere ausländischen Genossen nicht auf ihr Recht auf Revolution« im Urtext so gelautet hat, dass es kurzweg hiess: »Selbstverständlich verzichtet die Sozialdemokratie nicht auf ihr Recht auf Revolution«. Die auf jenen Satz folgenden Ausführungen lassen das aufs deutlichste erkennen. Auch ohne die Restauration schliessen sie die Reklamation des Rechts auf Revolution für die deutsche Sozialdemokratie ein. Stellen wir es also zur Beruhigung Kautskys fest. Was ist jedoch damit gewonnen? Die Franzosen haben das Recht auf Revolution sogar in ihre ewigen Menschenrechte aufgenommen. Aber wer in Frankreich von diesem Recht Gebrauch macht, ohne zu siegen, wird je nachdem ebenso eingesteckt, deportiert oder erschossen wie der erste beste *Hochverräter* in Russland. In jenen revolutionären Schlussausführungen rechnet Engels im Schlusssatz aus, dass die Sozialdemokratie in Deutschland bis Ende des 19. Jahrhunderts voraussichtlich »den grösseren Teil der Mittelschichten, Kleinbürger wie Kleinbauern erobern« und »zur entscheidenden Macht im Lande werde, vor der alle anderen Mächte sich beugen müssen, ob sie wollen oder nicht«. Wir sind heute ein Jahrzehnt über jenen Zeitpunkt hinweg, die Eroberung der bezeichneten Schichten lässt aber noch immer auf sich warten. Das zeigt, wie sehr Engels die Raschheit der politischen Entwicklung überschätzte. Mache ihm daraus einen Vorwurf, wer sich für unfehlbar hält. Er sass den deutschen Verhältnissen fern und beurteilte daher ihren Entwicklungsgang irrig. Aber welche Zumutung für die Nachlebenden die Weiterausbildung der sozialdemokratischen Politik da enden zu lassen, wo Engels sie unter Voraussetzungen abgebrochen hat, die von den Ereignissen auch wieder desavouiert worden sind. Soll die Sozialdemokratie sich von der Geschichte zum Narren halten lassen? Diejenigen Ausführungen im Engelsschen Vorwort, auf die die Revision

nisten Gewicht legen, sind in der Zeit seit ihrer Abfassung vom Gang der Dinge doppelt und dreifach bekräftigt worden. Den *revolutionären Schluss* aber, mit dem Kautsky — um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen — *krebst*, hat die Geschichte als Luftspiegelung erwiesen.

Man braucht noch gar nicht Sozialdemokrat zu sein, um von Herzen den Wunsch zu empfinden, dass in unsere stickige politische Atmosphäre der frische Luftzug einer Volkserhebung einmal reinigend hineinfahre. Liberale, denen es mit der Demokratie Ernst ist, haben mir gegenüber diese Empfindungen ausgedrückt. Aber Stimmungen und Wünsche genügen nicht in der Geschichte, und wenn wir Kautsky die Frage vorlegen, ob die Sozialdemokratie ihre Taktik auf die Revolution im guten alten Sinne zuspitzen soll, dann antwortet uns sein *Weg zur Macht*, dass sie das zwar einerseits ins Auge fassen *andererseits* aber doch lieber hübsch bleiben lassen soll. Das Ende solchen Heruntappens ist ein Weg in die Sackgasse.

BÜRGERLICH UND CHINESISCH

IN den Erörterungen über die Frage, ob die *Sozialistischen Monatshefte* Zuschüsse von Persönlichkeiten erhalten haben, die ausserhalb der Sozialdemokratie stehen, hat das Wort *bürgerlich* keine geringe Rolle gespielt. Es ist daher zeitgemäss den Begriff und die Art, wie er in unseren Reihen gebraucht wird, wieder einmal etwas unter die Lupe zu nehmen.

Jeder weiss, dass im Ausdruck *bürgerlich* zwei sehr verschiedene Begriffe stecken, der eine sozial, der andere politisch. Seine soziale Bedeutung entspricht der Abstammung vom alten Wort *burgher*, der Bezeichnung des mit bestimmten Rechten ausgestatteten ansässigen Städtebewohners. Er fällt da mit dem französischen Begriff *bourgeois* zusammen, dessen Abstammung denn auch die gleiche ist. Und da die alten Bürgervorrechte teils ganz beseitigt teils im Wiegfall begriffen sind, ist es im wesentlichen die *ökonomische* Lage, die in diesem Sinne den Bürger alias Bourgeois macht: das Wort bezeichnet den wirtschaftlich selbständigen zum Unterschied vom im Dienstverhältnis stehenden Angehörigen des Gemeinwesens. Welchen weiten Rahmen es damit erhalten hat, ist bekannt, es umfasst den Millionär und den kleinen Gewerbsmann und schliesst auch den Bauer nicht aus. Man unterscheidet heute wohl noch Städter und Bauer, aber nicht mehr Bürger und Bauer.

Vom sozialen Begriff *Bürger* abgeleitet, aber unterschieden, läuft sein politischer Begriff, der generell den Angehörigen eines grösseren oder kleineren Gemeinwesens bezeichnet, wofür die Griechen den Ausdruck *πολιτης*, die Römer das Wort *civis* hatten, die Franzosen *citoyen* und die Engländer *citizen* sagen. Dass die deutsche Sprache hierfür kein entsprechendes Wort gebildet hat, ist ein grosser Mangel, aber gerade deshalb um so mehr ein Grund beim Gebrauch des Wortes *bürgerlich* dafür zu sorgen, dass der Doppelsinn möglichst vermieden wird. Wer eine ehrliche Sprache liebt, wird sich hierin Lassalle zum Muster nehmen, der im *Arbeiterprogramm* die Unterscheidung zwischen *Bourgeois* und *Citoyen* nicht scharf genug betonen konnte. Er geht darin so weit, dass er es sogar ablehnt den reichen Bürgersmann schlechthin *Bourgeois* zu nennen sondern die Bezeichnung nur auf solche Angehörigen der besitzenden

Klassen angewendet wissen will, die für den Besitz besondere politische Rechte beanspruchen. Soziologisch war das falsch, als Forderung des Politikers hatte es aber doch seine gute Berechtigung. In dem Moment, wo ein Begriff eine politische Stellung anzeigen soll, muss er auch bestimmte politische Bestrebungen einschliessen, denn die politische Stellung wählen wir aufgrund unseres politischen Wollens, während wir in die soziale Lage entweder ohne unseren Willen oder durch Handlungen gelangen, die mit politischen Tendenzen keinen notwendigen Zusammenhang haben. Lassalle verdeutlicht es am Unterschied des blossen Adligen vom Feudalen. Nicht der Besitz des Adels sondern die Beanspruchung besonderer Herrschaftsrechte im Staat für den Adel mache den Feudalen. Und genau so mache erst die Beanspruchung besonderer Rechte im Staat für den Besitzer von Kapital, mache erst die Gesinnung den Bourgeois.

Für die politische Terminologie ist das durchaus richtig, und fast noch mehr als zu Lassalles Zeiten verbietet es sich heute das Wort *Bourgeois*, wo es in diesem Sinn gebraucht wird, kurzweg mit *Bürger* zu übersetzen. Denn grösser als zu Lassalles Zeiten ist heute die Zahl derer, die sich in *bürgerlichen* Lebensverhältnissen befinden und weder für politische Sonderrechte ihrer Klasse zu haben sind noch sonst Bourgeoisgesinnung hegen. Würde die Sozialdemokratie sektiererhaft an ihre besitzenden Mitglieder die Forderung Christi stellen alles Besitzes sich zu entäussern und als Proletarier zu leben, so hätte es allenfalls Sinn *bürgerlich* und *bourgeoismässig* auch politisch als gleichbedeutend zu gebrauchen. Da sie es aber nicht tut, da sie im Gegenteil bewusst und planmässig vielen dazu verhilft sich in nichtproletarischer Existenz zu erhalten oder in nichtproletarische Lebensverhältnisse hineinzugelangen — man denke an das Eintreten der Partei für das wachsende Heer der Beamten in Staat, Gemeinde und Privatunternehmung —, da sie überhaupt die heute proletarisch lebenden Klassen entproletarisieren will, ist jene Gleichsetzung mindestens sinnwidrig, unter Umständen sogar noch Schlimmeres.

Selbst die Parteistellung ist heute kein absoluter Gradmesser für den Gegensatz zwischen einem Bourgeois im politischen Sinne und einem Sozialdemokraten. Wenn wir die nichtsozialdemokratischen Parteien zum Unterschied von der Sozialdemokratie als der Partei der Arbeiterklasse gemeinsam mit dem Sammelnamen *bürgerlich* belegen, so leugnen wir damit noch nicht die Klassenunterschiede und Tendenzen, die zwischen ihnen selbst bestehen. Und ebenso wenig verkennen wir und dürfen wir verkennen, dass alle diese Parteien, gleich den Klassen, ihre *Grenzbewohner* haben, Elemente, denen, sei es auf grund ihrer spezifischen Bedürfnisse sei es aus ideologischen Gründen, nichts ferner liegt als sich auf das Interesse der Klasse oder Klassen einzuschwören, die in ihrer Partei vorherrschen. Zu allen Zeiten haben wir die Existenz dieser politischen Grenzbewohner anerkannt, bei Wahlen an sie appelliert, auch sonst mit ihnen Fühlung gehalten. Ich selbst bin in jungen Jahren auf Wunsch der Berliner Parteileiter bei solchen Leuten für Parteizwecke — vor den Wahlen von 1874 für die *Eisenacher*, vor den Wahlen von 1877 für die geeinte sozialistische Partei — *schnorren* gegangen, ohne an meinem sozialdemokratischen Seelenheil Schaden zu erleiden, und wenn die Partei es nötig hätte, würde ich es ohne die geringsten Bedenken wieder tun. Wenn die Partei es heute nicht nötig hat,

so ist das gewiss sehr erfreulich, aber kein Grund darüber zu Pharisäern zu werden und die politischen Begriffe in chinesischer Manier zu interpretieren. Diejenigen, auf die es gemünzt war, konnte es gleichgültig lassen, es kennzeichnet aber den Mangel an Selbstachtung, dass der Redakteur eines unserer grössten deutschen Parteiblätter es fertig bekam seinen Lesern den Begriffswidersinn *die bürgerlichen Sozialistischen Monatshefte* aufzutischen. Trotz aller Heftigkeit der politischen Kämpfe, trotz der scharfen ökonomischen Gegensätze sind die Parteien so wenig wie die Klassen durch chinesische Mauern getrennt. Das in ewiger Bewegung befindliche soziale Leben unserer Zeit lässt es nicht zu. In den Klassen findet immer wieder Zersetzung und Neugruppierung statt, und ebenso ändert sich die Stellung der Parteien zu einander. Wir müssten ganz andere Normen für das Privatleben unserer Parteimitglieder und den Verkehr mit Nachbarparteien aufstellen als dies heute der Fall ist, wenn jener Gebrauch des Wortes *bürgerlich* Berechtigung haben sollte.

WILLEM HUBERT VLIEGEN · DIE WAHLEN IN HOLLAND

WIN Holland fanden am 11. und am 23. Juni die Wahlen und Stichwahlen für die 2. Kammer statt. Ihr Verlauf war so wie er ziemlich allgemein erwartet wurde: die sogenannte *Christliche Koalition* hat eine starke Mehrheit bekommen, nämlich 60 von den 100 Sitzen. Dies Resultat konnte bei uns angesichts der Ereignisse in den letzten Jahren nicht überraschen. Kurz rekapituliert war der Lauf der Dinge folgender: Im Jahre 1901 bekam die *Christliche Koalition*, die aus 3 Parteien besteht (den Römisch-Katholischen, den Antirevolutionären und den Christlich-Historischen — diese beiden letzten sind Calvinisten —), bei den Wahlen die Mehrheit, und der bekannte Führer der Antirevolutionären, Dr. Kuijper, wurde Ministerpräsident. Dieser Herr, ein früherer Prediger und hervorragender Demagoge, der seine politische Macht durch die Aufhetzung des Kleinbürgertums gegen den Grossbesitz begründete, nahm sofort Diktatorallüren an und spielte den starken Mann. Dazu bot sich ihm im Jahre 1903 vornehmlich Gelegenheit, als die grosse Streikbewegung der Transportarbeiter auch die Eisenbahner erfasste und zum Eisenbahnerstreik führte. Ohne jeglichen Grund rief die Regierung 20 000 Mann Soldaten unter die Waffen und erliess die berüchtigten Streikgesetze, durch die neben den Arbeitern in öffentlichen Betrieben auch den Eisenbahnern, obgleich sie nur im Dienst von Privatgesellschaften stehen, das Streikrecht genommen wurde. Gegen diese Tyrannei des christlichen Herrn Kuijper entfaltete die Arbeiterklasse eine mächtige Agitation, und als diese nichts fruchtete, wurde ein Versuch mit dem Generalstreik gemacht, der das Land einige Tage in grosse Unruhe versetzte. Die erschreckten Bürger flüchteten unter Kuijpers Fittiche. Indes, nach diesem Erfolg trieb er es zwei Jahre lang so bunt, dass bei den Wahlen von 1905 alles, was nicht direkt zu den Seinen zählte, oppositionell wählte, und er gestürzt wurde. Mit 52 Sitzen zog die Linke in die Kammer ein; sie hatte also die Mehrheit, aber eine Mehrheit ohne Zusammenhang. Sie bestand nämlich aus 10 Altliberalen, Gegnern des allgemeinen Wahlrechts, 24 sogenannten *liberalen Unionisten*, die sich damals noch nicht über das Wahlrecht ausgesprochen

hatten, 11 Freisinnig-Demokraten, 6 Sozialdemokraten und 1 *wilden* Sozialisten. Natürlich war keinen Augenblick davon die Rede, dass diese ganze Linke als Regierungsmehrheit auftreten konnte. Das Ministerium de Meester, das nun gebildet wurde, bestand aus liberalen Unionisten und Freisinnig-Demokraten. Es vegetierte kümmerlich 2½ Jahre, bis es der Ablehnung des Militärbudgets durch die Kammer zum Opfer fiel. Die Rechte war inzwischen durch eine Nachwahl in Leiden wieder um 1 Sitz verstärkt worden, hatte also 49 von den 100 Mandaten inne. Sie übernahm nun die Regierung, und das gegenwärtige Ministerium Heemskerck wurde gebildet. Dass dies gemässigt-klerikale Ministerium konservativ ist und nicht durch Reformen wider den konservativen Geist sündigen wird, ist für dieses grossen gemässigten Kreisen im Lande gegenüber ein Verdienst, zu dem noch das weitere hinzukommt, dass es ein neues Ministerium Kuijper unmöglich gemacht hat. Denn die beiden anderen Parteien der *Christlichen Koalition*, die Römisch-Katholischen und die Christlich-Historischen, sind insgeheim froh, dass Dr. Kuijper bei Seite geschoben ist, da er während seiner 4jährigen Amtsperiode, von 1901 bis 1905, einen solchen Widerstand gegen seine Politik hervorgerufen hat, dass die noch 1903 unerschütterlich scheinende Mehrheit der Rechte zwei Jahre später gestürzt wurde. Dazu kommt noch die Ohnmacht und das steuerlose Hin- und Herschwanken der Liberalen, die sich in einer Periode der hoffnungslosesten Dekadenz befinden. Dass also die Rechte bei diesen Wahlen siegen würde, stand schon von vornherein fest.

Die holländische Sozialdemokratie nun trat unter diesen Verhältnissen sowohl mit guten als auch mit schlechten Aussichten in den Wahlkampf ein. Gute bot unter anderem der Bankerott des Liberalismus; das Ministerium de Meester hatte keinen einzigen Punkt seines Programms durchgeführt, und die liberale Hochflut des Jahres 1905 hatte längst abgeebbt. Und schlechte Vorbedingungen für den Wahlkampf verursachte die Lage in den eigenen Reihen. Die inneren Zwistigkeiten — die im Februar zu einem ausserordentlichen Parteitag geführt hatten, auf dem einige Querulanten ausgeschlossen wurden,¹⁾ was Anlass zum Austritt einiger hundert Mitglieder aus der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* und zur Gründung der *Sozialdemokratischen Partei* gegeben hat²⁾ — wurden bis in den Wahlkampf hinein fortgesetzt. Natürlich wurde diese Tatsache sowohl von der bürgerlichen Presse als auch von den Anarchisten weidlich ausgenutzt. Mit einem Wort, gerade zu der Zeit, da die Wahlen vorbereitet wurden, herrschte ziemlich viel Unsicherheit und Verwirrung in der Partei; auch eine Anzahl Genossen, die nicht austraten, schienen doch mehr zur *Sozialdemokratischen Partei* als zur alten Organisation zu neigen. Glücklicherweise hat aber eine Tatsache sonnenklar gezeigt, was für Leute es waren, die da über die *Vergewaltigung der Demokratie* durch die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* geschrien hatten. Da die führenden Organe der deutschen Sozialdemokratie, der *Vorwärts* und die *Leipziger Volkszeitung*, das, was ich hier mitteilen will, ihren Lesern, trotz wiederholter Aufforderung, bisher einfach unterschlagen haben, benutzte ich die Gelegenheit dies Vorkommnis hier zu registrieren.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die inneren Kämpfe in der holländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 292 ff.

²⁾ Siehe die Rubrik *Sozialistische Bewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 394 ff.

Als in Holland die *Spaltung* gekommen war, hatten einige *marxistische* Genossen, die bei der alten Partei geblieben waren, das internationale Bureau in Brüssel um seine Vermittelung gebeten. Darauf forderte das Exekutivkomitee dieses Bureaus die beiden Führer der neuen Partei, Dr. Gorter und Wijnkoop, auf ihm mitzuteilen, was sie zur Gründung der neuen Partei bewegen hätte. Nachdem dies geschehen, arbeitete das Exekutivkomitee einen Vermittelungsvorschlag aus, durch den die Beschwerden dieser Herren gegen die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* erledigt werden sollten. Mit diesem Vermittelungsvorschlag kam dann der Genosse Huysmans, der Sekretär des Bureaus, nach Amsterdam, um für seine Annahme, wie er meinte, gegen die Leiter der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* zu kämpfen. Nun, er hatte es nicht nötig: Ohne viele Redensarten akzeptierte der Vorstand der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* den Vorschlag auf 1. Aufhebung der *Tribune*; 2. Aufnahme eines der Redakteure der *Tribune* in die Redaktion des *marxistischen* Wochenblatts von *Het Volk*; 3. Aufhebung des Ausschlussbeschlusses von Deventer; 4. Anrufung des internationalen Bureaus bei neuen Konflikten. Froh begab sich der Genosse Huysmans nun mit diesem Resultat zu den *Tribuneleuten* und ward dort — abgewiesen. Die Herren wollten eine Einigung nicht; ja, der Vorsitzende der *Sozialdemokratischen Partei*, Herr Wijnkoop, machte der ganzen Vermittelung des internationalen Bureaus mit einem Schlag ein Ende, indem er die vorzeitige Publikation der Beratungen unternahm. Diese Haltung öffnete vielen die Augen. Eine Anzahl Mitglieder der *Sozialdemokratischen Partei* wendete ihr wieder den Rücken, darunter auch der einzige Politiker von Bedeutung, der zu ihr gegangen war, der Rechtsanwalt Mendels. Die übrigen nahmen natürlich den Mund noch etwas voller und *kritisierten* die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* in noch etwas schärferer Tonart. Als die Wahlen kamen, stellten sie in 4 Kreisen (Amsterdam III und IX, Leiden und Rotterdam IV) eigene Kandidaten auf.

Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* führte auch diesmal wieder den Kampf in fast allen Kreisen, nämlich in 83 von den 100 respektive von den 89, da in 11 Kreisen, die die Klerikalen inne hatten, aus Mangel an Gegnern ein Wahlgang nicht stattfand, so dass der einzige Kandidat gewählt ist. Und sie kann mit dem Erfolg recht zufrieden sein. Freilich muss man bei der Wertung der Ziffern nicht nur bedenken, dass das holländische Wahlrecht ein beschränktes ist, sondern auch, dass durch die Eigentümlichkeit des Wahlgesetzes das Wahlrecht auf dem platten Lande weit ausgedehnter ist als in den grossen Städten. Es gibt auf dem platten Lande Wahlkreise, in denen 39 bis 42 % der männlichen Bevölkerung das Wahlrecht besitzen, während das in Amsterdam nur bei 26 und in Rotterdam bei 21 % der Fall ist. Durch dieses Wahlrecht ist es der Sozialdemokratie fast unmöglich gleich im ersten Wahlgang Mandate zu erobern. Nur der Kreis Amsterdam III bietet hierfür einige Chancen, doch wurde bei den Kammerwahlen auch dort dieser Erfolg noch nie erzielt. Diesmal hätte er erreicht werden können, wenn es die *Sozialdemokratische Partei* durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten nicht verhindert hätte. Sie erhielt für ihren Kandidaten Wijnkoop von 9500 (darunter 4680 für uns) abgegebenen Stimmen 159; doch diese 159 machten die Stichwahl nötig. Weiter bekam sie in Amsterdam IX von 13 500 Stimmen (darunter 4421 für uns) 191, in Leiden 113, in Rotterdam IV, wo Herr van Ravesteijn kandidierte, 69 Stimmen. Also

in den 4 Kreisen zusammen 542 Stimmen: Das ist die Wählerarmee der *neuen Partei*.

Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* vereinigte auf ihre Kandidaten 82 793 Stimmen, gegen 65 743 im Jahre 1905. In 11 Wahlkreisen kamen unsere Kandidaten in die Stichwahl, und zwar in 6 gegen die Klerikalen, wovon 5. und in 5 gegen die Liberalen, wovon 2 Mandate gewonnen wurden, so dass unsere Parlamentsfraktion jetzt aus 7 Abgeordneten besteht. Dies sind die Genossen Troelstra, der in Amsterdam III mit 5691 gegen 4424 auf den Liberalen abgegebene Stimmen siegte, ich selbst (Amsterdam IX, 7542 gegen 6250 klerikale Stimmen), Schaper (Appingedam, 3782 gegen 3065 klerikale Stimmen), Helsdingen (Franeker, 3683 gegen 3350 klerikale Stimmen), Ter Laan (Haag I, 4367 gegen 3918 klerikale Stimmen), Hugenholtz (Weststellingwerf, 2898 gegen 2328 klerikale Stimmen), Duijs (Zaandam, 4158 gegen 4013 liberale Stimmen). Im ersten Wahlgang war van Kol in Enschede dem klerikalen Kandidaten unterlegen, obgleich auch dort unsere Stimmen gewachsen sind, nämlich von 4118 auf 4882. Eine Veränderung innerhalb der Fraktion ist also insofern eingetreten als van Kol durch diese Niederlage ausgeschieden ist, der Genosse Duijs und ich aber neu eingetreten sind. Während der vorigen Legislaturperiode sass ausser unseren 6 Abgeordneten noch der *wilde Sozialist* van der Zwaag im Parlament. In dessen Wahlkreis Schoterland kandidierte von unserer Seite diesmal der Genosse Bergmeier, doch ging der Kreis an die Liberalen verloren, auf deren Kandidaten 2565 Stimmen entfielen, während 2125 für Bergmeier abgegeben wurden.

Im allgemeinen muss konstatiert werden, dass unsere Stimmenzahl in vielen Wahlkreisen auf dem platten Land etwas zurückgegangen, in den Grossstädten dagegen stark gewachsen ist. In Amsterdam stiegen unsere Stimmen von 9852 im Jahre 1905 auf 14 559, in Rotterdam von 3251 auf 5907, im Haag von 2313 auf 3598. In den Stichwahlen unterstützte die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* alle Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, wodurch 18 von den 19 in Stichwahl stehenden liberalen Unionisten und Freisinnig-Demokraten gewählt wurden. Wo Altliberale Klerikalen gegenüberstanden, wurde Stimmenthaltung empfohlen; was bewirkte, dass diese Gruppe von 9 auf 4 zusammenschmolz. Die bemerkenswerteste Veränderung ist weiter die, dass wir jetzt 3 grossstädtische und 1 industriellen Wahlkreis inne haben, während wir früher fast alle unsere Mandate auf dem flachen Land im Norden bekamen.

Die *neue Partei* hat in diesen Wahlen ihre Aureole gänzlich eingebüsst. Vor den Wahlen schrieben alle bürgerlichen Blätter über sie, von jeder Versammlung wurde berichtet, ihre Auslassungen gegen die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei*, obschon immer die selben, wurden immer wieder aufgenommen und verbreitet. In Amsterdam traten ihre Diskussionsredner gegen uns auf und wiederholten ihr altes, bekanntes Lied. Gerade dort, wo die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* Aussicht auf Erfolg hatte, in den beiden Amsterdamer Kreisen III und IX, hatte auch die *Sozialdemokratische Partei* ihre Kandidaten aufgestellt. Das immense Resultat habe ich ja bereits gemeldet. Seit indes die Wahlen vorüber, spricht niemand mehr von der *Sozialdemokratischen Partei*. So hat das Volksgericht den Illusionen einer Gruppe ein Ende bereitet, deren Aspirationen so weit gingen, dass sie vermeinten eine Partei, die so gesund aus den Verhältnissen des Landes heraufwächst, mit

etwas leerem Geschrei und vielen grossen Worten entwurzeln zu können. Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* hat dem Anprall ruhig standgehalten: ein Fels, an dem das kleine Wellchen, das ihn fortspülen wollte, zerstäubte.

XX

WALLY ZEPLER · INDIVIDUALISMUS



ENRIK Ibsen gälte uns nicht als der grosse Denker und Dichter der Menschenseele, den wir in ihm verehren, wäre der Ideenkreis seines Lebenswerkes nicht so reich, dass wir ihn unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten sehen und zusammenfassen können. So erschöpft es ihn gewiss nicht, sondern bleibt eine Abstraktion wie jede andere, wenn wir sagen: Ein Gedanke hat den Dichter durch sein ganzes Leben verfolgt und beschäftigt, der Kampf zwischen Altruismus und Egoismus. Es erschöpft ihn nicht, aber es ist doch die Idee, die sich am klarsten und einheitlichsten durch alle Ibsenschen Werke zieht, von der Lyrik seiner Jugend, in der der erwachende Genius anfängt sich seines Wesens bewusst zu werden, bis zu den letzten tiefsten Schöpfungen des Alters. Das Problem selbst bleibt nicht das gleiche in Ibsens verschiedenen Lebensepochen; es wandelt sich mit der Seele und dem Lebensinhalt des Dichters, und wie diese sich weiten und vertiefen, nimmt es immer neue, mystischere und reichere Formen an. Es klingt schon bedeutsam an in dem Seelenkonflikt des Helden in des 19jährigen Dichters *Catilina*. Es erscheint als die Sehnsucht nach persönlicher Freiheit, nach Loslösung von der Gebundenheit der Familiengefühle in dem grossen Gedichtzyklus *Auf den Höhen*. Es steigt zu Ibsenscher Grösse, zu gewaltigen Dimensionen empor in den beiden genialen Persönlichkeitsdramen *Brand* und *Peer Gynt*. In *Brand* erscheint es als der Geisteskampf des Menschen, dem ein ernstes Lebensziel gesteckt ist, der es glühend in seiner Seele trägt, und der sich wund stösst an den Alltagsforderungen und dem Alltagsglauben der anderen. Wie jedem grossen Wollenden scheint ihm nur das ganze Wollen des Lebens und des Zieles wert, und bedenkenlos zerbricht er zugleich mit dem eigenen Sehnen nach Freude den schwächeren Glauben und die Lebenssehnsucht der anderen. Hier zum ersten Mal setzt Ibsen dem Egoismus, wenn man es so nennen will: dem Egoismus in höchster Form, in den Schlussworten Ziel und Grenze: »Gott ist *deus caritatis*.«

In *Peer Gynt* gewinnt das Egoismusproblem von neuem eine andere Form. Es zeigt sein Janusgesicht und wird zum Gedanken der schrankenlosen Selbsthingabe, des Überwucherns der unbewussten Kräfte im Menschen, des Seins und Lebens für sich selber: ohne die emporreissende Gewalt der *Idee*, für die man sich einsetzt. Nicht das *Sei du selbst* sondern das *Sei dir selbst genug* war der Inhalt von *Peer Gynts* Dasein, wie er zu spät erkennt.

Endlich in *Kaiser und Galiläer* rückt Ibsen die ewige Frage des Ringens der beiden Weltprinzipien auch in welthistorische Beleuchtung. Verkörpert in dem lebensbejahenden Griechentum und der christlichen Selbstaufgabe, kämpfen beide Gewalten um das Erbe der Menschheit. Das Christentum siegt, aber es siegt nur historisch, weil seine Zeit gekommen ist; es bringt nicht ewig der Menschheit die Überwindung des Schönheitslebens. Der Denker des Dramas, *Maximos*, weist auf ein mystisches drittes Reich hin, «das Reich des grossen Geheimnisses, das Reich, das auf den Baum der Erkenntnis und auf den

Stamm des Kreuzes zusammen gegründet werden soll, weil es beide liebt und hasst, weil es seine Lebensquellen im Hain Adams und auf Golgatha hat. Maximos' drittes Reich ist der ewige Traum der Menschheit; es ist heute der Traum des Sozialismus, der im *Zukunftsstaat* die sinnvolle Durchdringung der beiden Weltprinzipien erhofft. Aber real gesehen waren wir immer in einem dritten Reich, in einem Reich der Wechselwirkung beider Triebe, denen und die Natur nun einmal unterwarf, und nur das gegenseitige Mass, das Verhältnis der beiden Kräfte zu einander stellt in der wirklichen menschlichen Gesellschaft das eigentliche so schwer zu lösende Problem.

Sobald Ibsen in die Welt der praktischen Wirklichkeit hinübergeht, sobald er die Reihe seiner bürgerlichen Dramen beginnt, wird deshalb auch bei ihm das alte Rätsel zu einem andern und neuen. Es tritt ihm nun in der Realität des Lebens entgegen, in dem Verhältnis bestimmter Menschen zu einander, in der Ehe, der Freundschaft, der Liebe. Das *Puppenheim*, das die Frauenwelt so mächtig erfasste wie nur je ein dichterischer Gedanke lebendige Menschen erfasst hat, in dem sie den Ausdruck glühenden Kampfesfeifers für die Befreiung des Weibes sah, ist für den Dichter selbst vielmehr nur der Ausdruck dieses alten Problems der Selbstbehauptung im Menschen, diesmal der Selbstbehauptung des Weibes in der Ehe. Dass hier Selbstbehauptung zugleich Befreiung von bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fesseln bedeutet, sieht er wohl mit dem scharfen Blick für das Reale, der ihm eignet; aber Folgerungen solcher Art sind ihm das Nebensächliche. Eine selbstverständliche politische Notwendigkeit, die er den politischen Kämpfern überlässt, nicht aber das eigentliche innerpsychische Problem, das ihn allein beschäftigt. Dass Ibsen zur Befreiung des Weibes in diesem Sinne steht, hat er den Frauen, die ihn als den Kämpfer ihres Geschlechts ehren wollten, in klaren Worten gesagt. Für den Kenner Ibsenscher Gedankenkreise war es auch ohnedies vollkommen klar.

Durch alle Formen der Ehe und Liebe verfolgt Ibsen in seinen späteren Dramen das Problem, wie weit zwei Menschen in ihren Beziehungen zu einander sich gegenseitig brechen oder sich tragen und heben müssen, wie weit sie sie selber bleiben können, während ihre Seele in Hingebung sich einem andern weibt. Das Problem vor allem, wie weit die Kraft der Selbstbehauptung in einem Menschen gebeugt wird durch das *Gewissen*, das ja nichts anderes ist als der quälende Gedanke, was wir den anderen schuldig sind. Wie das Leben selbst, so lassen die dichterischen Lebensbilder, die uns Ibsen aufrollt, Stärke und Schwäche der Menschenseele, das *robuste* wie das *kränkliche* Gewissen in fortreissender Grösse, in verheerender Ausartung, in schwunglos gleichgültigem Menschendasein, in gefühlsarmer Gebundenheit an Pflicht und Sitte wie in der glaubensstarken, selbstopfernden Liebe erscheinen. Wie im Leben selbst, so gibt es in Ibsens Bildern kein Soll und Muss, kein Urteil, das uns widerspruchslos auf diese oder jene Seite zieht. Zwiespältig wie im Leben wogen die Kräfte durch einander, reissen uns hierhin und dorthin, enthüllen die Menschenatur in ihrer Hoheit wie in ihrer armseligen Erbärmlichkeit. Wir richten nicht mehr sondern schauen nur in ein unendliches Spiel. Wir richten nicht mehr; wohl aber werten wir, genau wie wir im Leben werten und dort das Höhere sehen, wo unsere eigene Natur Verwandtes findet, oder wo Kraft und Einheitlichkeit des Charakters unsere Bewunderung entflammen. Auch

der Dichter selbst wertet, vielleicht unbewusst, jede seiner eigenen Menschen gestalten, und seine Liebe ist bei den Ganzen und Starken, auch bei den im Bösen Starken, weil er selber ein Ganzer und Starker war. Sie ist es so sehr; das *Sei du selbst* ist so bedingungslos der Faden, der sein eigenes Leben und Denken durchzieht, dass in seinem Epilog das Sehnen nach Freiheit noch fast so stark durchklingt wie in jenem Zyklus *Auf den Höhen*, den der noch junge Dichter schrieb. So ist es wohl verständlich, wenn trotz der poetisch menschlichen Gerechtigkeit, die Ibsens-Dichtergrosse ist, trotz der Vielfarbigkeit und bunten Verschlingung, die die Daseinsfäden in seiner Menschenwelt knüpfen, Ibsen uns der Dichter der Stärke und der Selbstbehauptung, des unumschränkten Rechts der Persönlichkeit bleibt.

Es hat eine Anzahl Kritiker gegeben und gibt deren noch, die Ibsens Lebenswerk den Ewigkeitsgehalt bestreiten, den Ewigkeitsgehalt in dem Sinn, in dem ein Werk überhaupt ewig sein kann. Ibsen ist für sie der Dichter unserer Zeit *κατ' ἐξοχήν*, der Verkörperer der Ideenwelt, die uns bewegte, der Wecker jener einen Generation, die seinen Genius zuerst begriff. Und es ist gerade diese Apotheose des Persönlichkeitsrechts in ihm, die sie zu jener Wertung führt. Ist der Konflikt zwischen der Freiheit und Selbstbehauptung des einzelnen und der Pflicht gegen die anderen wirklich nur Zeitkonflikt? Die Beantwortung dieser Frage führt uns zunächst in andere Gedankengänge hinein.

Plechanow hat vor einiger Zeit als Beilage zur *Neuen Zeit* eine Ibsenstudie veröffentlicht.¹⁾ Er macht darin den Versuch, der schon mehrfach von sozialdemokratischen Schriftstellern unternommen worden ist, den Dichter und seine Anschauungen *geschichtsmaterialistisch* zu erklären. Die Folgerungen, zu denen er dabei geführt wird, sind zum Teil recht merkwürdiger Natur. Um seine These zu beweisen, zieht er hauptsächlich zwei Ibsensche Werke heran: den *Volksfeind*, auf den ich bald ausführlicher eingehen werde, und *Brand*. Er wirft dem Dichter vor, er verherrliche im *Brand* wohl fortdauernd in grossen Worten den Kampf um die Freiheit. Die Freiheit bleibe aber dort ein inhaltsloser, leerer Begriff, da sie in keiner Weise materiell definiert sei. Man habe in der Geschichte der Menschheit nie die Freiheit als solche gesucht und hätte sie nicht suchen können sondern nur bestimmte, deutlich nennbare *Freiheiten*, die nämlich, die dem Lauf der jeweiligen Entwicklung entsprechen. Das schein Ibsen nicht zu wissen, und so verpuffe Brands Kämpfermut, der nur des Dichters eigener Kämpfermut sei, sinn- und ziellos. Ihm fehle der Gedankeninhalt. Das ist natürlich nichts weiter als eine sehr missverständliche Auffassung. Für Ibsen-Brand ist es nämlich durchaus gleichgültig, für welche Freiheit oder Idee ein Mensch kämpft und sich persönlich einsetzt. Ihm liegt die Bedeutung gerade umgekehrt nur darin, dass er das, was ihm als das Grosse erscheint, mit seinem ganzen Denken und Sein umspannt, dass es ihm Mittelpunkt des Daseins wird und er alles dafür opfert. Gerade in Hinsicht auf *Brand*, der schon bei seinem Erscheinen, aber in umgekehrtem Sinne, viel missdeutet wurde, hat Ibsen in brieflichen Äusserungen diese Meinung oft sehr scharf betont. Weil Brand Priester ist, warf man dem Dichter vor den starrgläubigen Pietismus in seinem Helden verherrlicht zu haben. Ibsen wendet sich dagegen, indem er sagt:

»*Brand* ist missdeutet worden, wenigstens, was meine Intention betrifft. Die Miss-

¹⁾ Siehe Plechanow *Henrik Ibsen*, 3. Ergänzungsheft zur *Neuen Zeit*, 1907-1908.

deutung wurzelt offenbar darin, dass Brand Geistlicher und dass das Problem auf das religiöse Gebiet verlegt ist. Aber diese beiden Umstände sind ganz unwesentlich. Ich getraute mich den selben Syllogismus ebenso gut an einem Bildhauer oder an einem Politiker zu machen wie an einem Geistlichen. Die Stimmung, die mich zum Produzieren trieb, wäre genau so in mir ausgelöst worden, wenn ich statt Brand zum Beispiel Galilei behandelt hätte.

Wir kennen ähnliche Äusserungen des Dichters über den politischen Freiheitskampf:

»So hat man denn also jetzt Rom uns Menschen weggenommen und es den Politikern überantwortet. Wo sollen wir nun hin? Rom war die einzige friedsame Stätte in Europa; die einzige Stätte, die die wahre Freiheit genoss, die Freiheit von der politischen Freiheits tyrannei.«

Und ein andermal:

»Ich werde nie dafür zu haben sein die Freiheit als gleichbedeutend mit politischer Freiheit anzusehen. Was Sie Freiheit nennen, nenne ich Freiheiten; und was ich den Kampf für die Freiheit nenne, ist doch nichts anderes als die ständige, lebendige Aneignung der Freiheitsidee. Wer die Freiheit anders besitzt, denn als das zu Erstrebende, der besitzt sie tot und geistlos, denn der Freiheitsbegriff hat ja doch die Eigenschaft sich während der Aneignung stetig zu erweitern, und wenn deshalb einer während des Kampfes stehen bleibt und sagt: Jetzt habe ich sie!, so zeigt er eben dadurch, dass er sie verloren hat.«

Das klingt schon stark an das an, was wir vielleicht aristokratischen Individualismus nennen würden. Es erscheint als das gleichgültige Sichabwenden des Künstlers vom politischen Kampf, das so oft auch bei unbedeutenderen Künstlernaturen hervortritt. Und es ist hier dennoch nur die folgerichtig aus des Dichters ganzer Lebens- und Persönlichkeitsanschauung fliessende Auffassung. Nicht um die einzelne Freiheit ist es ihm zu tun sondern um den Kampf für die Freiheit, weil der Kampf es ist, der alle Kraft im Menschen löst, der seiner Seele Schwung und Grösse gibt und ihn über sich selbst und des Alltagsdaseins Nichtigkeit emporträgt. Das ist eine Erfahrung, die wohl jeder einzelne unter uns genau so aus seinem eigenen Ringen im Leben geschöpft hat wie der grosse Kämpfer Ibsen. Die Glut des Kampfes selbst, die Spannung des Widerstands gegen die Fessel, die uns irgend wo bindet, ja der Hass, den der Kampf erzeugt: das sind die Antriebe zur Grösse, zum Einsetzen der Persönlichkeit für etwas ausser uns. Für welche Freiheit dieser Kampf gekämpft wird, kommt für den Persönlichkeitseinschlag nicht gar so sehr in betracht. Jene Ibsenschen Worte zeigen jedenfalls, wie sehr Plechanow mit seiner Belehrung des Dichters fehl geht, wie bewusst sich Ibsen gerade des Unterschieds zwischen einer bestimmten Freiheit und der Freiheit war. Und wie scharf er diese Freiheit, die ihm menschlich die einzig wertvolle bedeutet, definiert als das bedingungslose Einsetzen der Persönlichkeit für das, was dem einzelnen Ideal ist. In einem Worte also: Freiheit ist dem Dichter Selbstbehauptung, wie ihm — das werden wir bald sehen — auch Wahrheit Selbstbehauptung ist.

Vielleicht ist indessen durch Plechanows Missverständnis des Ibsenschen Geistes nun auch die Frage der Beantwortung näher gerückt, die ich oben stellte: Hat Ibsen in seiner Dichtung der Menschheit Ewigkeitswerte gegeben, oder haftet er ausschliesslich in dem Gedankenkreis seiner eigenen Zeit?

Es ist noch ein anderer Name, der neben dem Henrik Ibsens die Generation der achtziger und neunziger Jahre bewegt, ihr Ideale gewiesen hat: Friedrich Nietzsche. Und beide deuten auf das gleiche Ziel. *Sei du selbst* könnten wir

als Motto vor Nietzsches wie vor Ibsens Werke schreiben. Der Philosoph Nietzsche hat sich bedingungsloser auf diesen Standpunkt des absoluten Rechts der Persönlichkeit gestellt als der Dichter Ibsen. Während der eine nur sieht, auch die tausend Kämpfe und Zwischenstufen sieht, denen im Leben das Selbst sich beugt, urteilt und fordert der andere. Aber die gleiche Weltanschauung eignet beiden, und der gleiche zarte Einfluss strahlt von ihnen aus. Und beide wiederum fussen — der eine voll bewusst — auf dem Geiste des Ichphilosophen *par excellence*, Max Stirners, der als Gründer des konsequentesten Anarchismus, der je propagiert worden ist, die Selbstherrlichkeit des Ich auch als politisches Prinzip zu statuieren suchte.

Kann diese seltsame Übereinstimmung dreier grosser führender Geister innerhalb eines halben Jahrhunderts ein blosser Zufall sein? Oder ist sie nicht vielmehr der deutlichste Beweis, dass eine innere Beziehung ihre Ideen verband, dass sie den Ausdruck dessen darstellten, was gerade jetzt verfochten werden musste, weil es das tiefste Bedürfnis der Zeit war? Niemand, der je über die Genesis bestimmter Ideengänge in bestimmten Epochen nachgedacht hat, der sich darüber klar geworden ist, wie, mit wenigen Ausnahmen, auch die Grössten unter den Denkern nur die Former und Bildner der Zeitgedanken sind, wird den Zusammenhang, der sich hier so sinnfällig darstellt, besonders merkwürdig finden.

Der Individualismus lag in der Luft. Die Sehnsucht nach Befreiung der Einzelpersönlichkeit, die Loslösung von den Fesseln des Glaubens, der Sitte, der Familientraditionen in der Zeit Nietzsches und Ibsens war eine geschichtliche Notwendigkeit. Historisch erklärbar aus den Umwälzungen in Naturwissenschaft und Technik, aus der wirtschaftlichen Revolution, die das gesamte soziale Gefüge der Menschheit wanken machte. Erklärbar aus der gewaltigen geistigen Gärung einer Generation, vor der so alles zu versinken schien, was sie bis dahin kannte, die eine neue Welt heraufsteigen sah, und die den Kampf für dieses revolutionäre Neue, den Umsturz der morschen alten Gesellschaft glühend miterlebte. Wirtschaftlich, sittlich, künstlerisch: überall brach das Alte zusammen; überall herrschte ein dunkles Chaos, aus dem sich neue Formen zu gestalten strebten. So nahm auch der Individualismus, der Bruch mit dem Traditionellen die verschiedensten Formen an und verkündete das Recht der Selbstherrlichkeit des Einzelmenschen, der eigenen Neuwertung aller menschlichen Beziehungen auf sämtlichen Gebieten des Lebens. Hatte Stirner am systematischsten und tiefsten gegraben und alle scheinbar unauflösbaren gesellschaftlich sittlichen Begriffe aufgelöst, bis ihm nichts blieb als die unantastbare Souveränität des Ich und ein System des wirtschaftlichen Anarchismus, das diesem philosophischen Nihilismus entsprang, so durchwühlte ein mehr ethisch gerichteter Geist, wie Nietzsche, die Grundursachen unseres anscheinend so erhabenen altruistischen Gefühls und legte seine Schwächen für die Aufwärtsentwicklung der Menschheit bloss. Und so zerfaserte der Dichterpsychologe Ibsen die geheimen Tiefen des Menschenherzens, wie es sich in den Höhen und Abgründen und in dem Alltag des Daseins offenbart und suchte dort nach den Grundmotiven unseres Handelns, den Urkräften, die uns hierhin und dorthin zerrren, dem Verhältnis der beiden grossen ethischen Weltprinzipien: des Egoismus und des Altruismus. Bei ihnen allen gründet sich naturgemäss das positive Ideal, das sie verkünden, auf die Vernichtung des

alten Ideals, auf die Kritik dessen, was noch rings um sie herum lebendig war, das heisst also: auf die Kritik der Welt, in der sie selber lebten. In diesem Sinne stehen sie alle innerhalb des Rahmens einer ganz bestimmten geschichtlichen Epoche, sind sie Kinder ihrer Zeit, wie jeder noch so kühne Denker. Daneben aber bleibt wie in Stirner und Nietzsche so mehr noch in dem grossen Dichter ein hoher Ewigkeitsgehalt, der dauern muss, solange die Menschheit nicht ein unabänderliches Gesetz für die Geltung des individualistischen und des altruistischen Trieb im gesellschaftlichen wie im privaten Leben gefunden haben wird. Und das wird aller Wahrscheinlichkeit nach niemals geschehen können.

Im *Volksfeind*, den ich bis jetzt nicht berührt habe, hat Ibsen das Individualitätsproblem anscheinend auf das politische Gebiet hinübergespielt. Hier stellt er sich schroff auf die Seite des *einzelnen* gegenüber der *Masse*, der *Minorität* gegenüber der *kompakten Majorität*.

»Der gefährlichste Feind der Wahrheit und Freiheit bei uns: das ist die kompakte Majorität.«

»Die Mehrheit hat nie das Recht auf ihrer Seite. Nie, sag' ich! Das ist auch so eine von den konventionellen Lügen, gegen die ein freier, denkender Mensch sich empören muss. Woraus besteht denn in einem Lande die Mehrheit der Bewohner? Aus den klugen Leuten oder aus den dummen? Wir sind, denk' ich, uns wohl darüber klar, dass die Dummen in geradezu überwältigender Majorität auf der weiten Erde vorhanden sind. Aber, zum Teufel noch mal, es kann doch nie und nimmer in Ordnung sein, dass die Dummen über die Klugen herrschen!«

»Es ist die Lehre, die Ihr von Euern Vätern ererbt habt und nun gedankenlos in die Welt hinausposaunt, die Lehre, dass die niederen Klassen, der Haufe, die Masse, dass die der Kern des Volks: dass sie das Volk selbst seien, dass der gemeine Mann, dass die Unwissenden und Unfertigen innerhalb der Gesellschaft das selbe Recht haben zu verdammen und anzuerkennen, zu regieren und zu beschliessen wie die kleine Zahl der geistig vornehmen Persönlichkeiten.«

Also, wie es scheint, eine offenbare Verhöhnung der Demokratie, des allgemeinen Stimmrechts, der Sache des Volks! Es kam wie es in solchen Fällen stets zu kommen pflegt. Es beriefen sich alle die auf den Dichter, die irgend ein Interesse an der Gegnerschaft gegen die Herrschaft der Mehrheit hatten, die Reaktionäre wie die Anarchisten. Und es griffen ihn viele von denen an, die das gegenteilige Interesse vertraten, die Demokraten und die Sozialisten. Viele von ihnen; aber zum Glück nicht alle. Denn die literarisch sensibleren Köpfe begriffen wohl bald, dass Dr. Stockmanns politischer Aristokratismus absolut keine Gegnerschaft gegen das Selbstbestimmungsrecht der Majorität bedeute. Auch Plechanow begreift das. Er betont ausdrücklich: Ibsen habe nie mit der politischen Reaktion sympathisiert. Trotzdem aber wirft er dem Dichter vor, sein Dr. Stockmann gelange zu reaktionär unsinnigen Schlüssen, die Ibsen selbst nicht zur Ehre gereichten. Er entschuldigt und erklärt diesen Widerspurch nun fogendermassen:

»Welche Politik, welche Politiker sah und kannte Henrik Ibsen? Die Politik und die Politiker der selben kleinbürgerlichen Gesellschaft, in der er selbst fast erstickt wäre, und die er so grausam in seinen Werken geisselte.«²⁾

Und an einer anderen Stelle:

»Die Bestrebungen und Ansichten Ibsens entwickelten sich, wie wir gesehen, in einem Lande, das kein revolutionäres Proletariat besass, und wo die zurückgebliebene Volksmasse kleinbürgerlich bis auf die Knochen war. Diese Masse konnte in der Tat nicht die Trägerin eines vorgeschrittenen Ideals werden. Darum

²⁾ Siehe Plechanow, loc. cit., pag. 20.

musste jeder Schritt vorwärts in den Augen Ibsens notwendigerweise als Bewegung der *Minorität*, das heisst des kleinen Häufleins denkender Individuen erscheinen. Ganz anders war es in Ländern der entwickelten kapitalistischen Produktion. Dort musste jede Vorwärtsbewegung offenbar eine Bewegung der ausgebeuteten Majorität sein, oder sie musste, richtiger, suchen es zu sein.⁹⁾ Plechanow weist also Ibsen darauf hin, dass mindestens in sozialen Fragen die Majorität der Unterdrückten gegenüber der unterdrückenden Minorität stets den Fortschritt darzustellen pflege, wie etwa die ungebildeten russischen Leibeigenen für Aufhebung der Leibeigenschaft, die gebildete Aristokratie dagegen gewesen sei. Das dürfte aus vielerlei Gründen ein etwas angreifbares Beispiel sein. Erstens: Wenn die russischen Aristokraten sich gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft aufgelehnt haben, so beweist das noch durchaus nicht, dass nicht viele unter ihnen die geschichtliche Notwendigkeit dieser Forderung eingesehen hätten. Sie wollten sie nur sehr begrifflicher Weise nicht einsehen, da das ihrem Interesse widersprach. Zweitens: Ibsen hat niemals die unsinnige Behauptung aufgestellt, dass jede Minorität das Recht auf ihrer Seite hat, die Minorität, von der er spricht, ist nur die vorwärtsschreitende, die Minorität der Vorpostenkämpfer. Drittens: Es ist noch sehr die Frage, ob selbst die sozialen Wahrheiten, die im Interesse unterdrückter Majoritäten liegen, nicht stets zuerst von den einzelnen oder einer kleinen geistigen Minorität entdeckt zu werden pflegen, ein Punkt, auf den ich noch speziell zurückkommen werde. Indessen, lassen wir Plechanow bei Seite. Seine ganzen Einwürfe gegen Ibsen beruhen, wie gesagt, auf der gleichen, nicht ganz ernst zu nehmenden Verallgemeinerung geschichtsmaterialistischer Begründungen, die ich schon einmal bei Frau Roland-Holsts Ibsenartikeln¹⁰⁾ zu bewundern Gelegenheit hatte. Ibsen soll nun einmal durchaus aus der ökonomischen Struktur seines Heimatlandes heraus erklärt, er soll zum Vertreter *kleinbürgerlichen* Denkens gestempelt werden, weil er dem kleinbürgerlichen Norwegen entstammt. Man vergisst dabei nur die eigentlich doch recht nahe liegende Überlegung, dass ein Grübler und Schauer wie Ibsen seine Weisheit schwerlich sein ganzes Leben lang ausschliesslich aus der Umgebung Grimstads geschöpft haben wird, nur weil er mit 18 Jahren dort Apothekerlehrling war.

Mir scheint nun eine andere Frage hier von weit grösserer Wichtigkeit. Wie verhält sich der Standpunkt des *Volksfeinds* wirklich zu dem der Demokratie und des Sozialismus? Haben die Anarchisten in der Tat recht Stockmann-Ibsen zu den Ihren zu zählen? Oder hat Brandes recht? Der behauptet: »Prüft man aber diesen Individualismus genau nach, so wird man in ihm einen verborgenen Sozialismus entdecken, der schon in den *Stützen der Gesellschaft* zu verspüren ist, und der in Ibsens begeisterter Erwiderung an die Arbeiter in Drontheim während seines letzten Besuchs im Norden zum Ausbruch kam. . .«

Das ist Ibsens bekannte Erwiderung, in der er sagte:

»Die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, die sich jetzt draussen in Europa vorbereitet, beschäftigt sich im wesentlichen mit der zukünftigen Stellung des Arbeiters und der Frau. Diese Umgestaltung ist es, auf die ich hoffe und harne, und für sie will ich wirken und werde ich wirken mein Leben lang nach besten Kräften.« Ist es schon von hohem Interesse für die menschliche Persönlichkeit des Dichters diesen anscheinenden Gegensatz aufzuhellen, so noch mehr für uns selbst,

⁹⁾ Siehe Plechanow, loc. cit., pag. 37 ff.

¹⁰⁾ Siehe Roland-Holst Ibsen in der *Neuen Zeit*, 1905-1906, 2. Band, pag. 280 ff. und 332 ff.

das heisst für diejenigen unter uns Sozialisten, die zugleich Ibsenverehrer sind, bereit, des Dichters *Aristokratismus* voll zu unterschreiben. Ich hoffe, es gibt recht viele dieser merkwürdigen Spezies. Es muss wohl auch so sein, da doch die Tatsache besteht, dass in der gleichen Generation, die zuerst in Deutschland von glühendem Enthusiasmus für den norwegischen Dichter entflammt war, politisch so viele zu Sozialdemokraten wurden; und da auch heute noch die freiesten Köpfe in der Arbeiterschaft den Dichter des Individualismus so stark wie keinen anderen unter den Modernen auf sich wirken lassen und begeistert zu seiner Fahne schwören. Sozialistisches und individualistisches Gefühl muss sich also wohl vereinen lassen. Es muss möglich sein beides zugleich zu glauben, zu glauben, dass die *kompakte Majorität* recht, und dass sie unrecht hat, dass die Entwicklung durch den einzelnen, und dass sie durch die Masse geht. Es muss möglich sein für gesellschaftsgesetzliche Regelung der wirtschaftlichen Kräfte einzutreten und doch Frau Alving zuzustimmen, wenn sie sagt:

„Ach ja, die Ordnung und das Gesetz! Manchmal glaube ich beinahe, dass diese beiden alles Unglück hier auf Erden stiften!“

Mit einem Wort: Es muss möglich sein, wenn nicht auf politischem, so doch auf geistig psychologischem Gebiet Anarchist und Sozialist zugleich zu sein. Wie das möglich ist, ist ein Problem, das jedem Sozialisten, der Freude an theoretischem Denken hat, vielleicht lockender scheint als irgend ein anderes. Ja, für ihn ist es nicht einmal nur theoretisches Problem. In ungezählten Fragen des praktischen Lebens kann es ihm entgegentreten und prinzipielle Beantwortung heischen. Deshalb werden sicherlich die meisten unter uns sich mit sich selber darüber wohl in irgend einer Art verständigt haben, wie denn auch öffentlich über die Frage schon so manches Gute gesagt worden ist. Das hindert aber nicht, dass das alte Thema immer von neuem aufgerührt, dass es immer wieder gedeutet und missdeutet wird, und dass noch heute für die Auffassung weiter Kreise — und sicher nicht der geistig einflusslosesten — die Begriffe *Sozialismus* und *Individualismus* einen unüberbrückbaren Gegensatz umschliessen. Oder ist dies nicht das Argument gegen den Sozialismus, das wir noch alle Tage hören können? Das typische Argument der Literaten, der Künstler und Schriftsteller, der Ästheten aller Art? Sie alle, die mit wenigen Ausnahmen noch tiefer unter der Furchtbarkeit unserer Zustände, des materiellen Zwangs, des Elends und der geistigen Abhängigkeit leiden als selbst der Proletarier, sie, von denen man doch glauben sollte, eigenes und fremdes Erleben, Denken und Gefühl zugleich müssten sie zu fanatischen Aposteln des Sozialismus stempeln: sie gerade halten sich in ihrer übergrossen Mehrzahl davon fern. Denn alle fürchten sie die Vernichtung der Persönlichkeit durch den Sozialismus. Im Namen des Individualitätsprinzips, des Rechts des eigenen Ich, im Namen der Entwicklung lehnen sie sich gegen eine Lehre auf, die ihnen den Tod der Freiheit, die Herrschaft der Masse bedeutet. Die Herrschaft der Masse, das heisst für sie: der Vulgarität, der Mittelmässigkeit.

Bleiben wir also zunächst einmal bei Ibsens Behauptung, dass die Majorität immer unrecht, die Minorität immer recht hat. Wir können sie sogar noch durch jene Briefstelle verstärken, in der der Dichter sagt:

„Unter keinen Umständen möchte ich mich je einer Partei anschliessen, die die Majorität auf ihrer Seite hat.“

Hier ist der scheinbare Antidemokratismus dieser Anschauung so schroff wie irgend möglich ausgedrückt. Und dennoch können wir auch diese Worte ruhig unterschreiben und trotzdem überzeugte sozialdemokratische Parteimitglieder sein. Denn wovon Ibsen spricht, das ist der geistige Anschluss an eine Partei in dem Sinne, dass man alle ihre Anschauungen teilt, sich geistig vollkommen mit ihr identifiziert.⁵⁾ Wie er selbst erläutert:

«Ich meine die Minorität, die da vorangeht, wo die Mehrheit noch nicht hingelangt ist; ich meine das Recht hat der, der am innigsten mit der Zukunft im Bunde ist.» In diesem Sinne sind seine Worte aber voll begrifflich. Kann es im Ernst einen Menschen geben, der schon daran gezweifelt hätte, dass jede neue Erkenntnis, jede Wahrheit zunächst nur die Erkenntnis einzelner oder einer kleinen Zahl der Fortgeschrittensten gewesen ist und sich erst langsam ihre Bahnen brach? War es je anders in der Wissenschaft, je anders in der Kunst? Und kann es überhaupt anders sein, da doch das Neue ergrübelt, erforscht oder erschaut sein will auf grund eines tiefen, mühevollen, geistigen Prozesses, eines langen Entwicklungswegs, den immer nur der einzelne oder ganz wenige zu gleicher Zeit zurücklegen werden? Ja, in der Wissenschaft und Kunst bestreitet das vielleicht auch niemand. Jedenfalls aber soll es im politischen und wirtschaftlichen Leben anders sein, da, wo wir von Parteien im speziellen Sinn reden, also im eigentlichsten Gebiet der Majoritäten, der Masse. Plechanows Einwurf auf diesen Punkt, den stärksten Einwurf, der hier erhoben werden kann, habe ich oben bereits erwähnt. Er gründet sich darauf, dass hier die Wahrheit mit dem Klasseninteresse einer unterdrückten Mehrheit identisch sein soll. Nun ist ja sicher zuzugeben, dass gerade der soziale Anschauungsinhalt der meisten Menschen von dem Milieu, in dem sie stehen, stark beeinflusst ist, so dass die Mehrheit einer herrschenden, aber absteigenden Klasse meist politisch rückschrittlicheren Ideen huldigt als die Mehrheit der zurzeit Beherrschten, sofern ihnen die Zukunft gehört. Aber von dieser relativen Stellungnahme zweier Majoritäten ist ja gar nicht die Rede; es gilt nur der Frage, ob die neue politisch wirtschaftliche Wahrheit einer Zeit — in der Epoche der grossen Revolution die bürgerliche Freiheit, heute der Sozialismus — zuerst von einer Mehrheit gefunden worden ist, oder ob auch sie zunächst nur in den Köpfen der Vorgesrittensten Gestalt gewann und gerade wie die Wahrheiten der Wissenschaft dann Schritt für Schritt durch das Medium intelligenter, langsam wachsender Minderheiten Wurzel fasste. Entspringt nicht das Ideal der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit den grossen französischen Philosophen, auf die die Redner und Helden der Revolution sich stützten? Hat nicht Abbé Siéyès die Frage des *Tiers-état* zuerst gestellt, er, der kein Mitglied dieses *Tiers-état* war? Und wie war die Entwicklung im Sozialismus? Wäre wirklich das, was man *wissenschaftlichen Sozialismus* nennt, auch ohne Marx, Engels und Lassalle in der gleichen Zeit und genau in der gleichen Form unter der Arbeiterschaft entstanden? Wenn dem so ist, warum ist dann die englische Arbeiterschaft unter mindestens so entwickelten Wirtschaftsverhältnissen noch heute der deutschen gegenüber so rückständig in Hinsicht auf ihre sozialistische Überzeugung? Gewiss: weder die Revolutionsideen noch der Sozialismus hätten je die Welt erobern können, wären sie nicht zu ihrer Zeit der Ausdruck einer bestimmten

⁵⁾ Sich politisch irgend einer Partei anzuschliessen hatte Ibsen als Künstler kein dringendes Interesse.

geschichtlichen Notwendigkeit gewesen, so wenig wie die kommunistischen Träume einzelner Schwärmer in früheren Jahrhunderten die Welt erobert haben. Ist das Jahrhundert einem Ideal nicht reif, so muss dieses unweigerlich zu grunde gehen. Aber eben dies bestätigt meine Ansicht. Auf welchem Wege setzen sich die neuen Wahrheiten denn durch? Ist der Menschengeist für eine Wandlung irgend eines Ideenkreises reif, das heisst, ist der Komplex der Erkenntnisse so weit vorgeschritten, dass unser Denken zu einer neuen Zusammenfassung strebt, oder — im realen wirtschaftlichen Leben — haben sich die wirtschaftlichen Zustände bis zu einem Punkt zugespitzt, der in absehbarer Zeit einen Zusammenbruch erwarten lässt, so fesseln die auftauchenden Widersprüche und Probleme die tiefst denkenden Naturen, die gerade in verwandten Ideen oder Lebenskreisen stehen. Sie versenken sich in das Rätsel, das der Lösung harrt, suchen es auf verschiedene Art zu fassen, bilden tastend neue Anschauungen und Theorien. Ist ihr Geist dem Durchschnittsdenken so überlegen, dass ein zu ungeheurer Abstand sie von der Norm des geistigen Sehens trennt, oder ist die Zeit noch allzu weit, die ihrer Weltanschauung Erfüllung bringen muss, weil sie vielleicht schon aus den ersten geringen Anzeichen die Zukunft vorauszuahnen verstanden, so tritt der Fall des Marquis Posa ein, der in der Geschichte tatsächlich so häufig eingetreten ist: Die von dem einzelnen erkannte neue Wahrheit geht unverstanden wieder unter, bis sie in sehr viel späteren Tagen ihre Auferstehung feiert und dann zur allgemein anerkannten, zur Majoritätswahrheit wird. Gewöhnlich indessen ist der Lauf der Dinge anders. Gewöhnlich handelt es sich nicht um ein so kühnes Voraneilen eines völlig einsamen Genies, sondern ein oder wenige hochbegabte einzelne erfassen mit scharfem geistigem Blick, was ihre Zeit an zukunftsicheren Ideen in ihrem Schoss birgt. Sie sind die ersten Träger und Verkünder einer neuen Wahrheit, weil ihr lebendiger Geist wie der Brennspeigel wirkt, in dem die Strahlen der Zeitgedanken sich sammeln. Kommen die Persönlichkeiten hinzu, die die so geborene Erkenntnis kraftvoll zu propagieren verstehen, oder trägt sie besondere revolutionäre Kraft in sich, so scharf sich bald eine kleine Schar von Jüngern um sie, eine Minorität, die unter stetem Kampf und Widerspruch der Mehrheit langsam anwächst, bis sie kraft der Verhältnisse und der Überzeugungsgewalt ihrer Idee endlich erstarkt, zur Partei der Zukunft wird. Genau so war der Weg, auf dem die Sozialdemokratie allmählich ihre jetzige Macht gewann, auf dem ihre wirtschaftliche wie ihre philosophische Weltanschauung zu dem fanatisch propagierten Glaubensbekenntnis der intelligenten Industriearbeiterschaft geworden ist. Das widerspricht sicher ganz und gar nicht dem berühmten Ausspruch, der berechtigterweise in der Agitation eine so grosse Rolle spielt: Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Denn eine so gewaltige Umwälzung wie sie der Sozialismus anstrebt kann unmöglich je erfolgen, solange nicht eine starke kampfbereite und kampffähige Macht den herrschenden Klassen ihre Forderungen abtrotzt, solange also nicht aus der einstigen kleinen Minderheit eine grosse und einflussreiche Partei geworden ist. Will man dagegen jenen Ausspruch in dem Sinne verstanden wissen, in dem er von einer Anzahl Genossen leider so oft gebraucht wird, in dem Sinne, dass die Masse der Arbeiterschaft selbst kraft ihrer intuitiven Erkenntnis des eigenen Interesses oder kraft ihrer praktischen Stellung im Wirtschaftsgetriebe nicht nur der eigentliche Pfadfinder

des Sozialismus sei sondern auch noch jetzt über jede Streitfrage im politisch-sozialen Leben das treffendste Urteil habe, so verkündet man damit bewusst oder unbewusst einen naiven Irrtum. Insofern ist die ewige Wiederholung der alten agitatorischen Floskel von der *klassenbewussten* Arbeiterschaft geradezu ein Gift, mit dem gewisse Agitatoren das Proletariat durchtränken. Die Masse des Proletariats, auch des sozialdemokratischen, ist gerade so wenig klassenbewusst in einem klaren theoretischen Sinne, gerade so wenig bereit und fähig einen neuen Gedanken kritisch zu durchdenken oder ein sachlich begründetes Urteil in den verwickelten Fragen des wirtschaftlichen Lebens abzugeben wie die Masse irgend eines anderen Standes auch. Gewiss kann das Gros der Arbeiterschaft rein instinktives Klassenbewusstsein besitzen, das heisst das Gefühl der Empörung und Feindseligkeit gegenüber den Herrschenden, das Bewusstsein der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfs gegen die kapitalistische Gesellschaft. Dieses Klassenbewusstsein auch in den breitesten Massen des Proletariats zu wecken ist ja das stete und einzige Ziel sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen Agitation.

Und es ist das Ziel, das für die Hunderttausende und die Millionen innerhalb der Arbeiterschaft auch vollkommen genügt. Denn nie kann es gelingen — solange mindestens die geistige Natur des Menschen sich nicht wandelt — Millionen oder Hunderttausende zum wirklichen nur einigermaßen klaren Verständnis eines so umfassenden und schwierigen Ideenkomplexes zu bringen wie ihn die sozialistische Weltanschauung umspannt. Dazu fehlen der Majorität der Arbeiter nicht etwa nur die Vorkenntnisse — sie sind vielleicht am allerwenigsten von Belang — nein, dazu fehlen ihr die geistigen Fähigkeiten und noch mehr das starke Interesse, das Interesse der Versenkung in eine unpersonlich geistige Idee, wie es dazu notwendig wäre. Es mangelt ihr dies genau so gut wie es der Mehrzahl der Menschen in allen anderen Klassen und Gesellschaftsschichten mangelt, und hätten sie zehnmals Gymnasium und Universität besucht. Wie es, um etwa ein anderes Beispiel zu geben, auch heute noch trotz aller Geschlechtsunterdrückung den allermeisten Frauen mangelt, die sich den Kuckuck um Frauenstimmrecht und soziale Gleichstellung des Weibes und alle solchen selbstverständlichen Forderungen scheren. Es ist richtig, dass gegenwärtig in der Arbeiterschaft im Durchschnitt ein sehr viel lebendigeres Interesse sowohl an geistigen wie an politischen Problemen, ein ungleich regerer Wissensdurst sich geltend macht als im Bürgertum. Das ist natürlich; einerseits, weil weite Kreise des Proletariats heute infolge der Arbeiterbewegung, der zahllosen Fragen, die sich ihnen damit plötzlich erschlossen haben, in einen Strom ganz neuer theoretischer Interessen gerissen worden sind. Andererseits, weil sich durch die ungeheure Anregung und Schulung im politischen Leben, durch die vielfachen Möglichkeiten des Lernens, die so viel stärkere Verbreitung von Zeitungen, Büchern, Vorträgen aller Art in den Tausenden intelligenter proletarischer Köpfe, die bisher stets von aller höheren Kultur fern gehalten wurden, der schlummernde Geistestrieb nun gewaltsam regt. Ist es doch gerade eine der empörendsten Sünden aller Klassenherrschaft, sowohl vom ethischen wie vom entwicklungsgeschichtlichen Gesichtspunkt, dass sie Millionen von blühenden geistigen Entwicklungskeimen in den ausgebeuteten Klassen ungepflegt verdorren liess, während sie mit Sorgfalt nur die Anlagen der kleinen zufälligen Minderzahl der

Besitzenden zur Blüte brachte. Aber trotzdem handelt es sich auch bei diesem Bildungstrieb im Proletariat nicht um die Masse der Arbeiterschaft, nicht einmal um die Masse der klassenbewussten Arbeiter, das heisst der sozialdemokratischen Wähler, sondern nur um eine durch ihre hohe Kulturbedeutung für die Öffentlichkeit stark in die Augen springende Minorität der sehr Intelligenten. Sie sind es, die mit bewundernswerter Energie alle Hindernisse überwinden, ihre Masse neben der politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu geistiger Weiterarbeit benutzen, bis sie sich in jahrelangem Mühen zu dem erstaunlichen Scharfblick und dem klaren Urteil in Arbeiterfragen durchgerungen haben, die wir heute so oft an dem Arbeiterführer bewundern. Und nicht an dem Führer allein. Denn in zahllosen Übergängen und Stufen hebt sich dieser eigenartige Typus ununterbrochen aus den proletarischen Schichten empor, so dass in jeder Versammlung, in jedem kleinen Zirkel sich immer einige solcher Eliteköpfe finden. Und ihre Zahl ist weit grösser als das in der Bewegung selbst zum Ausdruck kommt. Sicher geht ein verhältnismässig grosser Teil von ihnen für die Öffentlichkeit verloren, weil bei den vielfachen Hemmungen, die der aufstrebende Arbeiter zu überwinden hat, die persönliche Entwicklung bei vielen an irgend einer Stelle versagt, oder weil gerade die feineren und deshalb selbstkritischen und zaghaften Naturen zunächst das Hervortreten scheuen.

Deshalb bedürften meiner Anschauung nach die Bildungs- und Aufklärungsmethoden, wie sie in der Partei bisher üblich sind, in dieser Hinsicht noch einer sehr starken Vervollkommnung. Entsprechend den herrschenden Ansichten, eben dem missverstandenen Glauben an die Intelligenz und Bildungsfähigkeit der *M a s s e*, ist die gesamte Bildungstätigkeit viel zu wenig auf jene wirklich wertvollen Eliteschichten zugeschnitten. Das heisst, es wird viel zu wenig Gelegenheit zu systematisch fortschreitender geistiger Arbeit für die Tausende derer geboten, die sich nach einer Führung in solcher Arbeit sehnen, während immer wieder versucht wird in die Massen schwierige Probleme zu werfen, zu deren Lösung ihr alle Vorbedingungen und alle Möglichkeiten fehlen. Weil man die Bedeutung der hervorragenden Minoritäten auch innerhalb einer gewaltigen Majoritätsbewegung wie der Sozialdemokratie offenbar verkennt, sieht man einen Verstoß gegen das Prinzip der Demokratie in einem bewussten Herausheben der fähigen Einzelköpfe. Man macht sich nicht klar, dass es hier so wenig wie irgend wo sonst eine andere Entwicklung gibt als die durch das Medium der Einzelpersönlichkeit. Forderungen ähnlicher Art in der Partei werden gewöhnlich sofort mit dem Vorwurf beantwortet, darin liege eine Geringschätzung der Masse. Jeder sei gleichberechtigt an den Quellen der Wissenschaft zu trinken, und die Arbeiterschaft wünsche eben nicht ein popularisiertes Wissen für die grosse Menge und eine Geheimlehre für die Auserwählten. Darauf ist nur zu erwidern, was bereits erwidert wurde. *B e r e c h t i g t* ist selbstverständlich jeder zu aller noch so weitgehenden Erkenntnis. Nur ist einmal nicht jeder in gleicher Weise zu allem *f ä h i g*, und diese Ungleichheit, die die Natur geschaffen hat, wird noch nicht damit korrigiert, dass man Demokratie im Sinne absoluter geistiger Gleichheit stipulieren möchte. Wohl aber fügt man umgekehrt vielleicht mit dieser irrigen Meinung der Arbeiterschaft schweren geistigen Schaden zu. Man nährt damit künstlich den falschen Glauben, dass jeder, der mit Begeisterung und warmem

Herzen zur Sache der Partei steht und nebenbei ein paar Grundbegriffe kennt, berufen sei über schwierige theoretische Fragen mitzuzentscheiden, natürlich nicht mit Gründen sondern aus einem meist äusserst dunklen *Klassenbewusstsein* heraus. Man hemmt damit die Entwicklung der Partei, indem man statt der Freude am lebendigen Denken den Glauben an die hundertfach gehörte Phrase grosszieht und so gerade den unintelligenteren und deshalb immer von der eigenen Weisheit stark durchdrungenen Elementen innerhalb der Arbeiterschaft eine Stütze gegenüber den Fähigen, wirklich Denkenden leiht. Und man untergräbt — besonders auch in der proletarischen Jugend — die rechte Wertung des eigenen mühevollen Vorwärtstrebens wie überhaupt die Schätzung der Bedeutung persönlich freier und allseitiger Entwicklung für die Führer und Kämpfer der Arbeiterbewegung.

Und nun noch einmal zum *Volksfeind* und seiner Philosophie.

»Eine normal gebaute Wahrheit lebt, sagen wir: in der Regel 17 bis 18, höchstens 20 Jahre; selten länger. Aber solche bejahrten Wahrheiten sind immer schauerlich spindeldürr. Und trotzdem macht sich erst dann die Mehrheit mit ihnen bekannt und empfiehlt sie der Gesellschaft als gesunde geistige Nahrung.«

»Ach, schwätzen Sie doch nicht von sicheren Wahrheiten! Die Wahrheiten, die die Masse und der Pöbel anerkennen, das sind jene Wahrheiten, die in den Tagen unserer Grossväter die Vorpostenkämpfer für sicher hielten. Wir Vorpostenkämpfer von heutzutage, wir erkennen sie nicht mehr an. . . .«


Auch diese Theorie kann man in eine interessante Beziehung zu Erfahrungen in unserem Parteileben setzen. Ich meine die merkwürdige Tatsache, dass man in der sozialistischen Partei, deren theoretische Grundlage im Marxismus so eng mit der Lehre fortdauernder progressiver Entwicklung verknüpft ist, im praktischen Parteileben im Grunde ständig die Notwendigkeit der Wandlung aller Erkenntnis verneint. Wie könnte es sonst möglich sein, dass man mit einer dogmatischen Starrheit, die — wie man so oft richtig gesagt hat — an die katholische Kirche gemahnt, schon den Versuch irgend einer theoretischen Abweichung mit einer Feindseligkeit ohnegleichen behandelt. Während es doch umgekehrt ganz ohne weiteres einzusehen wäre, dass eine allmähliche Umformung der Anschauungen auch hier unbedingt eintreten muss, so gut wie sie in allen Zeiten und in allen Theorien, und seien es die genialsten, bisher noch immer eingetreten ist. Ja, den Denkern unter den *Marxisten* müsste es aus diesem Grunde geradezu verhängnisvoll erscheinen, wenn die Lehre bisher keinerlei Fortbildung erfahren hätte; denn sie müssten darin den Beweis eines unheilvollen geistigen Stillstands unter den Theoretikern des Sozialismus sehen. Oder sind es wirklich unter allen Dingen im Himmel und auf Erden einzig der Marxismus und die Parteiprinzipien, die dem Gesetz der Entwicklung trotzen? Denn die Philosophie des *Volksfeinds* von der Wandelbarkeit aller Wahrheiten ist ja wohl mehr als eine poetische Floskel ohne tatsächliche Gültigkeit. Im Grunde besagt sie ja nur genau das selbe wie der Majoritäts- und Minoritätsgedanke auch. Die vorgeschrittenen Minoritäten jeder Epoche: sie sind eben die Vorpostenkämpfer einer neuen Wahrheit, die langsam ihre Anhänger wirbt, bis sie zur Wahrheit der Majorität geworden ist. Sie erscheint dann nicht mehr in jener leuchtenden Klarheit, in der sie vor den schauenden Denkern stand, die sie zuerst zu formulieren wussten, sondern in einem gröberen, gleichsam materialisierten Gewand: als fertige Wahrheit. In einer Selbstverständlichkeit, die es unbegreiflich sein lässt, wie man so lange an ihr zweifeln konnte. Die neue Minorität

der Vorpostenkämpfer aber ist inzwischen längst über sie hinausgegangen, oder sie hat sie doch einer Wandlung und Weiterbildung unterworfen, die bereits wieder etwas Neues aus ihr gestaltet. Denn da Entwicklung die Lösung der Welt, da man, wie Ibsen sagt, »nie einen Gedanken zu Ende denken kann, ohne auf einen Widerspruch zu stossen«, so löst der denkende Mensch von jeder angenommenen Erkenntnis, gerade weil sie zum Durchbruch gelangt ist, weiterbohrend den Zweifel los. Deshalb schreiten auch die Formen der Weltbetrachtung so oft in Negationen und Gegensätzen vorwärts, das heisst, die scharfe Stellungnahme einer Zeitepoche nach der Seite einer Weltanschauung hin erzeugt fast immer eine gleich scharfe Reaktion nach der anderen Seite: Der Materialismus schlägt in Mystizismus, die tollste Sinnenfreude in Askese um.

Das alles ist natürlich nichts als ein ganz allgemeines Schema unseres Denkens. Kommen wir wieder praktisch auf den Sozialismus zurück, so soll es natürlich nicht bedeuten, dass in den zwanzig oder vierzig Jahren, die seit der Geburt der Marxschen Lehre dahingegangen sind, diese längst zu den veralteten »spindeldürren« Wahrheiten gewandert sein müsste. So wörtlich sind ja Stockmanns Zeitbestimmungen nicht zu nehmen. Wohl stehen wir längst schon innerhalb einer langsamen Umbildung unserer Auffassung des wirtschaftlichen Weiterwegs bis zum Sozialismus hin; die jahrelangen Kämpfe zwischen *Marxisten* und Reformisten sind schliesslich nur der Ausdruck dieser Umbildung. Aber die soziale Wandlung, die der Sozialismus anstrebt, ist im ganzen von so gewaltiger Tiefe, sie setzt so unübersehbare Veränderungen in fast sämtlichen wirtschaftlichen und geistigen Lebensformen voraus, in einem Wort: Marx hat als einer der Genialsten mit seinem Blick eine so weite Entwicklungsspanne vorweggenommen, dass die von ihm geschaute Wahrheit leider noch recht lange Zeit in jugendlicher Frische durch die Welt wandern müssen, ehe sie zum selbstverständlichen Glauben der übergrossen Mehrzahl und damit zur Tatsachenwahrheit geworden ist. Sie bleibt dabei in ihrer Grunderscheinung bestehen und überträgt sich in ihren allgemeinsten Zügen durch mündliche und schriftliche Agitation auf einen fortdauernd wachsenden Kreis von Anhängern. Währenddessen arbeiten an dem Weiterbau aller einzelnen Elemente, die sie enthält, stetig Hunderte von Arbeiterführern, Schriftstellern und Rednern, und der Zusammenprall ihrer differierenden Ansichten in unzähligen Fragen erzeugt mit innerer Notwendigkeit die vielfachen Konflikte, die sich in der Parteibewegung aller Kulturländer spiegeln.

XX

BALTHASAR WEINGARTZ · EIN WORT ÜBER DEN BESUCH DER ENGLISCHEN ARBEITERABGEORDNETEN IN DEUTSCHLAND

 NDE gut, alles gut: Das sagte ich mir, als ich die lange Erklärung unseres Parteivorstands im *Vorwärts* vom 13. Juni zu Gesicht bekam, die sich mit dem Besuch der britischen Arbeiterpartei in Deutschland beschäftigte. Denn anfänglich schien es, als wenn die Reise der britischen Arbeiterführer ein Zerwürfnis zwischen der deutschen und den britischen sozialistischen Parteien heraufbeschwören würde.

Und dieser Anschein wurde noch durch das Verhalten des *Vorwärts* verstärkt, der jenen Besuch als eine bedeutungslose Reise einiger liberaler Arbeiter-*abgeordneten* hinstellte. Aus der Darstellung des Parteivorstands geht nun hervor, dass »bei den langwierigen schriftlichen Verhandlungen und den so sehr verschiedenen Verhältnissen der beiden Länder Missverständnisse entstanden sind, die eine Verständigung erschwert haben.«

Da nun leider aus der Erklärung des Parteivorstands nicht ersichtlich ist, wie es kam, dass *Missverständnisse* so ernsthafter Natur entstanden, andererseits aber die deutschen Parteigenossen alle Ursache haben ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern, so will ich versuchen den Gang der Dinge zu schildern. Von vornherein sei festgestellt, dass einzig und allein der deutschen Partei die Schuld an diesen *Missverständnissen* zuzumessen ist. Das wird man ja auch aus der Erklärung des Parteivorstands zur Genüge erkennen. Es heisst da, nachdem über das Zustandekommen der Delegation der Genossen K. Kautsky und Ledebour nach England berichtet worden ist:

»Anlässlich dieses Besuchs haben Vertreter der englischen Arbeiterpartei der deutschen Delegation den Wunsch geäußert, dass der Parteivorstand Vertreter ihrer Organisation zu einem Besuch in Deutschland einladen möchte. Daraufhin ist dem Genossen Keir Hardie am 5. November als Vertreter der englischen Arbeiterpartei mitgeteilt worden, dass der Parteivorstand die Arbeiterpartei willkommen heisse. Er müsse aber alle dem internationalen Bureau angegliederten Organisationen Englands gleichmässig behandeln und könne daher die Arbeiterpartei nicht allein einladen; er müsse vielmehr gleichzeitig die Einladung auch an die übrigen dem internationalen Bureau angegliederten Bruderparteien richten. Dieser Vorbehalt war um so notwendiger als die vorher erwähnte Einladung an den Parteivorstand zur Delegation von allen dem internationalen Bureau angeschlossenen britischen Organisationen ausgegangen war, und eine nur an die Arbeiterpartei gerichtete Einladung gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Eingreifen in die Differenzen, die zwischen den englischen Organisationen bestehen.«

Untersuchen wir diese Darstellung etwas näher. Das britische Nationalkomitee für den internationalen Sozialistenkongress besteht aus 5 nationalen Gruppen, und zwar aus der *Social Democratic Party*, der *Independent Labour Party*, den Gewerkschaften, der *Fabian Society* und der Arbeiterpartei. Diese letztgenannte Organisation ist aber die eigentliche Vertreterin der organisierten Arbeiterschaft Grossbritanniens, denn sie umfasst alle obengenannten Gruppen, bis auf die *Social Democratic Party*, die indes noch nicht 10 000 Mitglieder zählt. Für einen Kenner der englischen Verhältnisse sind die Gründe, die der Parteivorstand als Entschuldigung für seine Handlungsweise anführt, durchaus nicht stichhaltig, und schier unbegreiflich erscheint es ihm, dass die deutsche Partei Vorbehalte zu machen hatte. Die deutsche Sozialdemokratie sollte es vermeiden den Eindruck zu erwecken, als wollte sie den Schulmeister der internationalen Sozialdemokratie spielen. Das Verhalten des deutschen Parteivorstands musste von der englischen Arbeiterpartei als ein Schlag ins Gesicht angesehen werden, den zu parieren ihr niemand verdenken konnte. Die Arbeiterpartei und nicht das britische Nationalkomitee für den internationalen Sozialistenkongress ist die politische Vertreterin der englischen Arbeiterklasse; sie ist eine wohlorganisierte Partei, Repräsentantin von mehr als einer Million organisierter Arbeiter, und im Parlament durch 30 Abgeordnete vertreten. Ausserdem steht sie als vollberechtigtes Glied der dem internationalen Bureau angeschlossenen nationalen Arbeiterparteien der deutschen Sozialdemokratie ebenbürtig gegenüber.

Ein ganz klares Bild über den deutschen Besuch kann man aus der Erklärung des Parteivorstands leider nicht gewinnen, da das Wichtigste nicht berührt wird. Geplant war der Veranstaltung einer grossen deutsch-englischen Friedensdemonstration durch den Besuch ein wirksames Relief zu geben. Dieser Plan war zur Zeit der englischen Flottenpolitik entstanden, die *last but not least* von einem der bedeutendsten Mitglieder der *Social Democratic Party*, dem Genossen H. M. Hyndman im Organ dieser Partei, *Justice*, aufs lebhafteste unterstützt wurde. Im *Labour Leader* vom 4. Juni schildert Genosse J. Bruce Glasier die Vorgeschichte des Besuchs folgendermassen:

»Kommen wir auf den Ausgangspunkt der ganzen Affäre zurück... Der Vorschlag, dass die Arbeiterabgeordneten eine Verbrüderungsreise nach Deutschland unternehmen sollten, entstand zur Zeit der Kriegspanik im Juli 1908. Man wird sich noch erinnern, dass Hyndman und Blatchford zu jener Zeit die Kriegshetze in sehr hervorragendem Masse schürten. In neuerer Zeit haben beide diese aufhetzende Rolle mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt. Man hat auch nicht vergessen, dass besonders Keir Hardie im *Labour Leader* die britische sozialistische Bewegung von diesen Hetzereien frei hielt. Auch die Arbeiterabgeordneten protestierten gegen diesen militärischen Wahnwitz; aus ihren Reihen kam der Vorschlag, den sozialistischen und gewerkschaftlichen Abgeordneten des deutschen Reichstags solle persönlich die Versicherung gegeben werden, dass sie mit ihnen gemeinsam für den Frieden zwischen beiden Nationen wirken wollten. Wie wurde dieser Vorschlag von den deutschen Parteiführern aufgenommen? Sicher nicht mit viel Enthusiasmus. In der Tat verlangte Bebel in seinem bekannten Brief, den er an mich [Bruce Glasier] richtete, geradezu, dass eine solche Delegation nach Deutschland unterbleiben solle, da die Gefahr bestehe, die Gründe zu einem solchen Vorhaben könnten missverstanden werden. Unsere Abgeordneten fassten diesen Bebel'schen Wink als eine schroffe Zurückweisung auf. Man hatte nicht vergessen, dass zur Zeit der Marokkokrise gegen Jaurès Berliner Besuch ein ähnlicher Standpunkt eingenommen wurde. Mittlerweile war Dr. Südekum, der wohlbekannte sozialdemokratische Abgeordnete des deutschen Reichstags, auf Einladung der *Independent Labour Party* nach England gekommen und sprach in verschiedenen Versammlungen. Lebour und Kautsky kamen auf Einladung des britischen Nationalkomitees für den internationalen Sozialistenkongress ebenfalls nach London. Die Wünschbarkeit eines Gegenbesuchs unserer Parlamentarier machte sich nun immer mehr fühlbar, und Genosse Ramsay MacDonald fragte an, wie sich die deutsche sozialdemokratische Partei dazu stellen würde. Deren Antwort lautete, dass man es vorziehe die britische Sektion der Internationalen einzuladen, was als eine erneute Ablehnung der freundschaftlichen Anerbietungen der Arbeiterpartei aufgefasst wurde. Ausserdem war der Gedanke eine Delegation des britischen Nationalkomitees zu entsenden nicht geeignet auf die öffentliche Meinung besonderen Eindruck zu machen. Die Situation des Augenblicks machte es notwendig der Welt zu zeigen, dass die britische Arbeiterpartei im Parlament sich des Ernstes der Lage während der Krise vollständig bewusst war.«

Leider muss konstatiert werden, dass diese Absichten durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie durchkreuzt wurden. Indes möchte ich mir die Frage gestatten, ob die deutsche Partei durch die Ablehnung des Vorschlags unserer englischen Bruderpartei der Sache des Friedens mehr diene, oder ob es am Ende nicht richtiger gewesen wäre, wenn man dem Wunsch der englischen Arbeiterpartei ohne Vorbehalt zugestimmt hätte. Nach meiner Überzeugung muss ich sagen, dass ein solcher Verlauf der Angelegenheit für die englischen Verhältnisse von ungeheurem Wert gewesen wäre. Ja, mehr noch: Durch ihre eigentümlichen Massnahmen hat die deutsche Partei wesentlich dazu beigetragen die Spannung zwischen beiden Nationen zu verschärfen. Wie unhaltbar die Stellungnahme des deutschen Parteivorstands ist, das zeigt besonders eine Bemerkung des Genossen MacDonald im *Labour Leader* vom 18. Juni: »Obgleich Bebel's Antwort als endgültig zu betrachten war und die Art der Abfassung

seines Schreibens einen weiteren Versuch erschwerte, wurden die Unterhandlungen fortgeführt. Die deutsche Partei erliess auch eine Einladung an das britische Nationalkomitee für den internationalen Sozialistenkongress zwecks Übersendung einer Delegation. Dieses stimmte mit dem Vorhaben der Arbeiterpartei nicht überein. Man betrachtete es als absurd Leute, die davon überzeugt sind, dass die deutsche Regierung England den Krieg erklären will, in Gemeinschaft mit solchen als Delegierte zu entsenden, die an das Gegenteil glauben und der Meinung waren, dass, wenn sie überhaupt nach Deutschland gingen, sie das auch auszusprechen hätten.

Es ist sehr auffallend, dass diese Seite der peinlichen Angelegenheit in der Erklärung des Parteivorstands mit keiner Silbe berührt wird, oder man müsste denn die Wendung, dass »eine nur an die Arbeiterpartei gerichtete Einladung gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Eingreifen in die Differenzen, die zwischen den englischen Organisationen bestehend«, als einen Hinweis auffassen. Jeder unbefangene Beurteiler muss aber die Überzeugung gewinnen, dass der Parteivorstand gerade durch seine Stellungnahme in die vorhandenen Differenzen eingriff. Wie dem nun auch sei, es ist eine Notwendigkeit, dass derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Wie bereits oben angeführt, ist die englische Arbeiterpartei ein Glied der Internationalen. Das soll und muss auch für den massgebend sein, der vielleicht nicht mit allem einverstanden ist, was die britische Arbeiterpartei tut. Über die Zweckmässigkeit ihrer einzelnen Massnahmen kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Aber ganz ausser Zweifel steht, dass sie die wahre Vertreterin der englischen Arbeiterklasse ist.

XX

ADOLPH VON ELM · PRINZIPIENWÄCHTER ÜBERALL



'Etat c'est moi: Dieser berühmte Ausspruch Ludwigs XIV. ist mit einigen Variationen auch heute noch nicht nur auf die regierenden Personen in einzelnen Staaten sondern auch auf die tonangebenden Männer in politischen und wirtschaftlichen Bewegungen anwendbar. Ob die führenden Elemente selbst von sich eine so hohe Meinung haben, dass sie glauben, in ihren Personen konzentrierte sich die Sache, die sie vertreten, ist dabei gleichgültig. Hunderte, ja vielleicht Tausende von Angehörigen ihrer Richtung betrachten sie nun einmal als die Inkarnation des von ihnen an leitender Stelle vertretenen Prinzips. Aus diesem Personenkultus, den natürlich jeder für sich mit Entschiedenheit ablehnen wird, der aber doch in Tausenden und Abertausenden von Köpfen fest wurzelt, entspringen dann auch die gehässigen Kämpfe, die angeblich der Sache wegen, in Wirklichkeit aber doch nur wegen der persönlichen Anschauungen einzelner geführt werden. Jede abweichende Meinung wird flugs zur Prinzipienverletzung gestempelt und mit einer Unduldsamkeit bekämpft, die man unter Gleichstrebenden nicht für möglich halten sollte. Grosse Freude herrscht bei den Prinzipienwächtern, wenn ein einzelner von der einen Richtung sich auf Seitenwegen ergeht; dafür wird ohne Gnade die Gesamttrichtung verantwortlich gemacht, selbst dann noch, wenn dessen Anschauungen von seinen engeren Gesinnungsfreunden sofort widersprochen wird. Nicht selten werden von den Prinzipienwächtern derartige ihnen nicht in den Kram passende Meinungsäusserungen einfach unterdrückt, so dass von einer Klärung der An-

schauungen insbesondere bei Presspolemiken gar keine Rede sein kann. In der Erbitterung des Kampfes wird dann versucht dem *Gegner* unehrenhafte Motive zu unterstellen: Und das alles *der Sache wegen*, der man in solcher Weise zu dienen glaubt oder dienen zu wollen vorgibt.

Das Vorstehende gilt für die Erörterung von Meinungsdivergenzen unter Angehörigen in allen politischen Parteien; die sozialdemokratische leider nicht ausgenommen. Die Gegner der Sozialdemokratie haben in letzter Zeit häufig versucht diese Unduldsamkeit als der sozialdemokratischen Partei besonders eigentümlich hinzustellen. Das ist natürlich pure Heuchelei. Da namentlich von freisinniger Seite ein solcher Vorwurf wiederholt erhoben worden ist, sei hier nur, ein geradezu drastisches Beispiel, daran erinnert, in welcher giftiger, persönlich gehässiger Weise der kürzlich verstorbene Theodor Barth, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit der Gesinnung doch über jedem Zweifel erhaben war, von freisinnigen Parteimännern bekämpft wurde. Nein, das Übel ist nicht einer Partei besonders eigentümlich, es findet sich bei allen Parteien und gilt sowohl für die *Alten* wie für die *Jungen*.

In den sozialdemokratischen Parteien der zivilisierten Staaten finden wir überall die Gegensätze zwischen zwei Richtungen, die man bei uns *Revisionsismus* und *Radikalismus* nennt. Derjenige, dessen Zeit fast ganz durch praktische Arbeit in Anspruch genommen wird, versteht es meistens nicht, wenn mit einer geradezu fanatischen Leidenschaftlichkeit von den Theoretikern auf beiden Seiten gestritten und schliesslich die *reinliche Scheidung* als die einzige Lösung des Streites verlangt wird. Bisher hat uns Deutsche der praktische Sinn der organisierten Arbeiter, die sich durch alle theoretischen Spintisierereien in ihren Kämpfen nicht beirren liessen, und nicht zum wenigsten auch die volksfeindliche Politik unserer Regierung und der bürgerlichen Parteien vor einer derart gewaltsamen Lösung bewahrt. Das wird hoffentlich auch in Zukunft der Fall sein. Immerhin dürfte es von Zeit zu Zeit doch einmal notwendig sein, dass die Nichttheoretiker warnend ihre Stimme erheben und beiden Teilen empfehlen bei dem theoretischen Streit nicht zu vergessen, dass das Ziel beider Richtungen doch das gleiche ist, und dass daher der Meinungsstreit nicht so weit getrieben werden darf, dass ausschliesslich die Gegner ihre Freude daran haben. Wenn es in der grossen sozialdemokratischen Partei, die bei der letzten Wahl unter denkbar ungünstigen Verhältnissen über 3¼ Millionen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte, keine Meinungsverschiedenheiten über die Taktik, über den sichersten und schnellsten Weg zum Sozialismus geben würde, so würde es traurig um die Partei bestellt sein, so würden die sozialdemokratischen Wähler in Wirklichkeit die Hammelherde sein, als die unsere Gegner sie ständig hinzustellen belieben. Der sozialdemokratischen Partei, die als eine ihrer Gegenwartsforderungen *Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäusserung einschränken oder unterdrücken*, verlangt, würde es auch wahrlich schlecht anstehen, wenn sie in ihren eigenen Reihen die Meinungsfreiheit irgend wie beschränken wollte. Von denjenigen, die mit der auf den Parteitag beschlossenen Taktik nicht einverstanden sind, kann aber wiederum mit Recht verlangt werden, dass sie bei ihrer Kritik nicht ausser acht lassen, dass unsere Partei eine Kampfpartei ist, und dass eine Kritik zu unrechter Zeit und am unrechten Ort die Kampfposition der Partei zu schwächen im stande ist.

Die Vertreter beider Richtungen werfen sich gegenseitig vor, dass sie der praktischen Agitations- und Organisationsarbeit *Knüppel zwischen die Beine werfen*. Dieser Vorwurf dürfte für beide Teile jeweils berechtigt und unberechtigt sein. Die Revisionisten, die vornehmlich eine höhere Wertschätzung der Gegenwartsarbeit in Gewerkschaften und Genossenschaften fordern, können mit Recht darauf hinweisen, dass in den Auslassungen von *radikaler* Seite die Gegenwartsarbeit manchmal so geflissentlich herabgesetzt wird, dass, wenn die Arbeiter die Nutzenanwendung aus solchen Übertreibungen ziehen würden, ihnen sowohl die Gewerkschafts- als auch die Genossenschaftsarbeit äusserst gleichgültig sein müsste. Die von Zeit zu Zeit versuchte Herabsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten zeugt ebenfalls von keinem grossen Verständnis für die mühe- und verantwortungsvolle Arbeit dieser Genossen seitens unserer *radikalen* Organe. Für unsere *radikalen* Dogmatiker sind Gewerkschaften und Genossenschaften immer noch *harmlose* Gebilde, die ganz ausserstande sind den Kapitalismus in seinen Grundvesten irgend wie erschüttern zu können, und die erst an dem Tag Bedeutung erlangen, an dem sich nach Ansicht dieser *Radikalen* alles, alles wenden muss, und die dann zur Organisation der sozialistischen Gesellschaft plötzlich geradezu unentbehrlich werden. Glücklicherweise hat in dem letzten Jahrzehnt die Wertschätzung der Gewerkschaften und Genossenschaften bei den Massen des arbeitenden Volks infolge der von unseren Vorkämpfern in geradezu klassischer Weise vorhergesagten ökonomischen Entwicklung und der errungenen Vorteile durch die wirtschaftliche Organisation selbst solche grossen Fortschritte gemacht, dass daran heute alles noch so *radikale* Theoretisieren nichts zu ändern imstande sein wird. Aber, dass in einer Krisenperiode, wo die Gewerkschaften schwer kämpfen müssen, um die Massen bei der Organisation zu halten, solche Expektorationen der gewerkschaftlichen Agitations- und Organisationsarbeit gerade förderlich sind, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Andererseits kann einigen Revisionisten der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie bei Erörterung aktueller politischer Fragen nicht immer die notwendige Rücksicht auf die jeweilige Position der Partei genommen haben und dadurch bewirkten, dass dafür die gesamte revisionistische Richtung — die in ihrer Mehrheit solche Ansichten vielleicht nicht einmal teilte — in den Kreisen der Parteigenossen verantwortlich gemacht wurde. Dass die Gegner der Sozialdemokratie solche Artikel in ihrem Sinne ausschlachten und unter den üblichen Verdrehungen die Sache so darzustellen suchen, als ob die Revisionisten bereit seien beispielsweise in Zukunft Marine- und Militärforderungen zu bewilligen, kann man verstehen. Genau so steht es mit der Überspannung des Neutralitätsprinzips in gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kreisen. Wenn einige Gewerkschafter und Genossenschafter ihren Neutralitätsstandpunkt ostentativ mit Vorliebe der Sozialdemokratie gegenüber zum Ausdruck bringen, muss der Eindruck schliesslich erweckt werden, als handle es sich bei ihnen um eine unfreundliche, um nicht zu sagen: feindliche, Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Mit Einseitigkeiten und Übertreibungen schadet man der Sache nur, der man dienen will.


Den Kapitalismus zu überwinden ist weder die politische noch die gewerkschaftliche oder die genossenschaftliche Bewegung für sich allein imstande. Bei der absolut notwendigen Wahrung völliger Selbständigkeit der drei Bewe-

gungen trägt jede doch für sich ihr Teil dazu bei das arbeitende Volk vom Druck des Kapitalismus schliesslich einmal frei zu machen. Wir Revisionisten sind der Überzeugung, dass wirtschaftliche Macht sich in politische Macht umsetzen muss, und deshalb arbeiten wir im Gegenwartsstaat unermüdet an der wirtschaftlichen Organisierung des Volks, ohne dabei die politische Aufklärungsarbeit auch nur für einen Moment zu vernachlässigen. Das Ziel ist für uns alle das gleiche. Die politische Macht erstreben wir gleich den Radikalen, nur in der Würdigung der Mittel sie zu erreichen differieren wir. Wir glauben nicht, dass wir die politische Macht bei irgend einer Katastrophe plötzlich erringen werden, ebensowenig wie wir an eine plötzliche Wandlung der Geister glauben; aber mit sozialistischem Geist wollen auch wir die gesamte Arbeiterbewegung erfüllen. Die Voraussetzung eines Siegs des Proletariats ist für uns die ungeheuer schwierige Aufklärungs- und Organisationsarbeit der Massen, um diese überhaupt erst zu befähigen ihre eigenen Angelegenheiten auf demokratischer Basis führen zu können. Nicht auf irgend einen Zufall, nicht auf eine Katastrophe setzen wir unsere Hoffnung. Wir sind aber der felsenfesten Überzeugung, dass auf dem von uns bezeichneten Wege das Ziel, weil auf fester Grundlage beruhend, einzig und allein und um so schneller erreicht werden wird.

Ein friedliches und freudiges Miteinanderarbeiten für das gleiche Ziel aber ist nur möglich bei gegenseitiger Anerkennung, dass beide Teile mit gleich ehrlicher Überzeugung und in gleich lauterer Weise dem grossen Ganzen zu dienen bestrebt sind. Der eigentliche und greifbare Schaden wird der Gesamtbewegung nur dadurch zugefügt, dass so viel kostbare Arbeitskraft vergeudet wird, in dem teils widerwärtigen, teils zeitweilig grotesken Kampf aus Rechthaberei und persönlichem Autoritätsdünkel. Dieser Bruderzwist reibt die Nerven auf und drückt feiner besaitete Mitstreiter in unseren Reihen vorzeitig zu Boden. Deshalb sollen alle, die es mit der Emanzipation des Volks ehrlich meinen, sich fest zusammenstellen und gemeinsam nicht nur gegen den natürlichen äusseren Feind, den Kapitalismus, Front machen sondern auch die Prinzipienwächter in ihre Schranken weisen. Die grosse Weltbewegung geht über sie ihren Weg.

XX

HERMANN MÜCKE · DIE LEISTUNGEN DER ARBEITERVERSICHERUNG NACH DEM ENTWURF DER REICHVERSICHERUNGSORDNUNG

 BENSO wie bei der Ausdehnung der Versicherungspflicht¹⁾ ist es auch bei der Bemessung der Leistungen, die von den Versicherungsträgern den Versicherten gewährt werden müssen, bei dem blossen Versuch geblieben die reformierte Arbeiterversicherung den sozialen Veränderungen im Volksleben anzupassen. In der Begründung des Entwurfs wird hervorgehoben, dass für die Versicherten die Frage obenan stehe, was die Versicherung leistet; die Frage, wer die Leistungen der Versicherten gewährt, trete zurück, wenn nur die Leistungsfähigkeit des Ver-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Versicherungspflicht nach dem Entwurf der Reichversicherungsordnung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 821 ff.

sicherungsträgers unbedingt verbürgt sei. Der Verfasser dieser Stelle scheint noch nie Gelegenheit gehabt zu haben die Tätigkeit der Versicherten in der Praxis zu beobachten, sonst müsste er wissen, dass gerade die Krankenkassen unter der Selbstverwaltung der Versicherten zum grossen Teil vorzüglich ausgebaut worden sind. Die Unfall- und Invalidenversicherung reicht mit ihren Leistungen bei weitem nicht an die der Krankenversicherung heran, obgleich die Zahl der gegen Unfall und Invalidität versicherten Personen bedeutend höher ist als bei der Krankenversicherung. Die Krankenkassen zahlten im Jahre 1907 an Entschädigungsbeträgen insgesamt 273 887 706 Mark, die Unfallversicherung aber nur 150 325 291 Mark, und die Invalidenversicherung 172 662 839 Mark aus. Die Unfallversicherung übernimmt bekanntlich erst mit dem Beginn der 14. Woche nach dem Unfall, die Invalidenversicherung aber in den meisten Fällen erst mit dem Beginn der 27. Woche die Fürsorge für den Verletzten oder Invaliden; 13 oder 26 Wochen lang haben die Krankenkassen Unterstützungen zu gewähren. Und sie haben ihre Verpflichtungen im vollsten Masse erfüllt, wenn nicht rückständige Unternehmer — was leider in vielen Fällen, hauptsächlich bei kleinen Kassen, noch der Fall ist — das Heft der Verwaltung in den Händen hatten und aus Scheu vor Beitrags-erhöhungen einen besseren Ausbau der Kasse verhinderten. Überall da, wo die Versicherten den ihnen zustehenden Einfluss in den Kassen ausübten, sind sie ausgebaut und ihre Leistungen vervollkommenet worden. Es ist den Versicherten also durchaus nicht gleichgültig gewesen, wer die Leistungen zu gewähren hat, denn hier haben sie sich beständig selbst belastet, da sie ja zwei Drittel der Beiträge aufbringen mussten. Die Versicherten haben diese Belastung aber nicht gescheut, ja, sie haben sie in nicht wenigen Fällen gegen den Willen der Unternehmer erkämpfen müssen. Der Ausbau der Krankenversicherung aus eigenem Antrieb und zum grössten Teil auf Kosten der Versicherten beweist, dass ihnen die Frage über die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger wichtiger erschienen ist als dem Verfasser der Begründung des Entwurfs dünkt.

Wie wenig die Leistungen, die der Entwurf vorsieht, sich den sozialen Veränderungen anpassen, beweist schon der Umstand, dass sie in der Unfall- und Invalidenversicherung nicht die geringste Ausdehnung erfahren haben. In der Krankenversicherung wird sogar eine Einschränkung der Leistungen vorgenommen, indem bestimmt wird, dass der Lohnsatz (Grundbetrag), der der Krankengegeldberechnung zu grunde gelegt wird, 5 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigen darf. Eine derartige Einschränkung kennt das jetzige Krankenversicherungsgesetz nicht, und es gibt demgemäss auch Kassen, die den Grundbetrag für die oberste Lohnklasse höher ansetzten. Durch diese Einschränkung der Leistungsmöglichkeit wird die Krankenversicherung an der Entfaltung einer weitgehenden sozialen Tätigkeit gehindert, und die Annahme scheint berechtigt, dass diese Einschränkung nur erfolgt, um der Krankenversicherung die Möglichkeit zu nehmen vorwärtstreibend auf den Ausbau der Versicherungsgesetzgebung zu wirken. Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, dass, mit Ausnahme der Wöchnerinnenunterstützung, keinerlei Erweiterungen der Kassenleistungen vorgesehen oder ermöglicht werden. Verpflichtet sind die Kassen nur zur Gewährung von Kranken-, Wöchnerinnenunterstützung und Sterbegeld. Bedauerlich ist, dass die Fa-

milienunterstützung, wie jetzt, fakultativ bleibt. Obleich die Kassen, die diese Einrichtung, die sich zwar nur auf Gewährung freier ärztlicher Behandlung und Medikamente erstreckt, jetzt schon getroffen haben, damit eine ausserordentlich günstige Wirkung erzielen, hat doch ein sehr grosser Teil leistungsfähiger Kassen sich bisher nicht bereit gefunden die Versicherung in dieser Richtung zu erweitern. Man wird daher nicht fehl gehen, wenn man annimmt, dass vor allem die Land- und Innungskrankenkassen, aber auch ein grosser Teil der Betriebs- und Ortskrankenkassen von dem Recht zu dieser Erweiterung keinen Gebrauch machen werden. Dem kann nur vorgebeugt werden, wenn die Familienunterstützung in dem angeführten Umfang obligatorisch eingeführt wird. Über den Wert der Unterstützung besteht wohl kaum Streit, so dass es sich erübrigt darauf einzugehen. Wie bereits erwähnt, hat lediglich eine Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung stattgefunden, und zwar von 6 auf 8 Wochen, von denen mindestens 6 Wochen auf die Zeit nach der Entbindung entfallen müssen. Der Umfang der Unterstützung geht nicht über den Betrag des Krankengeldes hinaus, falls die Kasse nicht durch Statut eine Ausdehnung auf die erforderlichen Hebammendienste und ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden vornimmt. Durch das Statut kann auch bestimmt werden, dass bei Arbeitsunfähigkeit, die durch Schwangerschaft verursacht wird, der Betrag des Krankengeldes als Unterstützung für weitere 6 Wochen gewährt werden kann, es können aber die vor der Niederkunft gezahlten Unterstützungsbeträge aufgerechnet werden. Die gesamte Wöchnerinnenunterstützung kann insgesamt für 12 bis 14 Wochen in Höhe des Krankengeldes gewährt werden, ist also gegenüber dem jetzigen Zustand nur um 2 Wochen verlängert worden. Alles andere konnte auch schon nach dem geltenden Recht im gleichen Umfang gewährt werden.

Die Leistungen der Krankenversicherung sind aber bei weitem keine einheitlichen. Für die Landarbeiter, Dienstboten, unständig Beschäftigten, Haus- und Wandergewerbetreibenden ist die ganze Krankenversicherung nur eine Halbheit. Der Ortslohn, bisher der ortsübliche Tagelohn, spielt in der ganzen Versicherungsgesetzgebung eine grosse Rolle. In der Krankenversicherung gilt dieser Ortslohn als Grundbetrag, wenn nicht die Krankenkassen den der Beitragshöhe und den Kassenleistungen zu grunde gelegten durchschnittlichen Tagelohn nach besonderen Klassen der Versicherten — eingeteilt nach ihrem Verdienst — festgesetzt haben. Das Oberversicherungsamt (bis jetzt die höhere Verwaltungsbehörde) setzt den Ortslohn fest, nachdem es die beteiligten Gemeindebehörden und die Vorstände der beteiligten Krankenkassen gehört, und nachdem es dem Versicherungsamt Gelegenheit zu gutachtlicher Äusserung gegeben hat. Einen Einfluss auf die Festsetzung dieses Ortslohns können die Versicherten kaum ausüben, obgleich seine Höhe für sie von grösster Bedeutung ist. Auch hier ist alles beim alten geblieben. Eine Besserung ist nur insofern eingetreten als die Festsetzungen dieses Ortslohns in 4jährigem Turnus vorgenommen werden müssen. Wenn die Versicherten die ihnen zu Gebote stehenden Mittel benutzen, dann kann es nicht vorkommen, dass der Ortslohn so weit hinter den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückbleibt wie dies heute noch in sehr vielen Fällen geschehen ist. Es wird nötig sein viel Aufklärung über diesen Punkt unter den Versicherten zu verbreiten, was bei der geistigen Indolenz eines grossen Teils der der Ar-

beiterversicherung unterstehenden Arbeiterkreise keine leichte Aufgabe sein wird. Feststehen dürfte, dass die Land- und Innungskrankenkassen, wohl auch ein Teil der Orts- und Betriebskrankenkassen, den Ortslohn der Krankengeldberechnung zu grunde legen werden.

Die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen gehören ausschliesslich den Landkrankenkassen an, ebenso die Dienstboten sowie die im Wander- und Hausgewerbe Beschäftigten. Für diese Personen werden die Leistungen derart eingeeignet, dass in manchen Fällen eine Änderung des gegenwärtigen Zustands überhaupt kaum eintritt. So können die Landkrankenkassen durch ihr Statut solche Mitglieder vom Bezug des Krankengeldes ausschliessen, die auf grund der Reichsversicherung eine dauernde jährliche Rente von mindestens dem 150fachen Betrag des Krankengeldes erhalten. Die Fälle werden gar nicht selten sein, dass der Ortslohn, der von den Landkrankenkassen der Krankengeldberechnung zu grunde gelegt wird, den Betrag von 2 Mark nicht übersteigt, ja sehr häufig noch darunter bleibt. Eine Jahresrente von 150 Mark oder 12,50 Mark monatlich und noch weniger würde also schon zur Krankengeldverweigerung genügen, da ja die Hälfte des Grundbetrags (Ortslohn) als Krankengeld gezahlt wird. Nehmen wir zum Beispiel an, ein Landarbeiter trete, was sehr häufig ist, in einen industriellen Betrieb ein und werde dort einer Arbeitskolonne zugeweiht, die im Akkord einen hohen Lohn verdient, an dem die einzelnen Kolonnenglieder gleichmässig partizipieren. Unser Arbeiter erleidet nun einen Betriebsunfall und erhält eine entsprechende Rente. Kehrt er dann später zur Landwirtschaft zurück, wodurch er Mitglied der Landkrankenkasse wird, so hätte er im Erkrankungsfall oder bei einem neuen Unfall im landwirtschaftlichen Betrieb keinen Anspruch auf Krankengeld, da seine Rente mehr als den 150fachen Betrag ausmachte. Dass ein erkrankter Landarbeiter von 12,50 Mark und weniger Rente monatlich nicht leben kann, bedarf keines besonderen Beweises. Würde es sich bei dem angeführten Beispiel um einen zweiten Unfall handeln, für den die Landkrankenkasse Krankenunterstützung gewährt, so wäre gegen den heutigen Zustand nichts geändert, das heisst der verletzte Arbeiter wäre keineswegs besser gestellt als nach dem jetzt geltenden Recht, denn nach § 27 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft steht dem verletzten Landarbeiter freie ärztliche Behandlung usw. mit Ausnahme von Krankengeld zu, nur, dass jetzt die Gemeinde die Kosten für das Heilverfahren während der ersten 13 Wochen tragen muss, was nach dem Entwurf der Landkrankenkasse obliegen würde, falls sie nicht in ihre Statuten eine entsprechende Bestimmung aufgenommen hat. In diesem Fall ist das Versicherungsamt verpflichtet von allen Renten, die Kassenmitglieder auf grund der Reichsversicherung erhalten, der Kasse Mitteilung zu machen. Zu scharfem Protest muss auch die fernere Befugnis herausfordern, dass den Landkrankenkassen gestattet wird eventuell für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März das Krankengeld bis auf ein Viertel des Ortslohns herabzusetzen. Das ganze Krankengeld ist doch schon niedrig genug, doch sollen die Landarbeiter bei Erkrankungen in einer Zeit, in der es auch den Frauen unmöglich ist durch Arbeit den Unterhalt der Familie mitbestreiten zu helfen, mit dem halben Krankengeld auskommen. Auf erweiterte Krankenpflege (Heilanstaltsbehandlung) haben die Landarbeiter nur dann Anspruch, wenn die Landeszentralbehörde anordnet,

dass die Landkrankenkasse durch ihre Satzungen erweiterte Krankenpflege einführen kann, jedoch darf dies durch die Satzungen nur bestimmt werden, wenn die Gewährung der erweiterten Krankenpflege zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen oder deren Arbeitgeber erforderlich ist, und wenn die Durchführung durch eine ausreichende Zahl von Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten gesichert ist. Das dürfte doch wohl immer der Fall sein, wenn auch die Anstalten nicht im Bezirk der Krankenkasse liegen. Die Überführung des Erkrankten in ein Krankenhaus oder eine Heilanstalt kann nur mit seiner Zustimmung erfolgen. Verweigert er diese, so hat er keinen Anspruch auf Krankengeld, obgleich er zur Verweigerung berechtigt war. Bei Krankenhausbehandlung haben die Angehörigen des erkrankten Landarbeiters keinen Anspruch auf Angehörigenunterstützung, wenn diese nicht ausdrücklich durch die Satzungen bestimmt ist. Der Mindestbetrag des Sterbegeldes kann durch die Satzungen auf 50 Mark festgesetzt werden. Sehen aber die Satzungen der Landkrankenkassen erweiterte Krankenpflege für Landarbeiter vor, so ist der Höchstbetrag des Sterbegeldes für Landarbeiter auf 30 Mark festzusetzen.

Das von den Landarbeitern Gesagte gilt auch für die Dienstboten, nur hat für diese die Krankenkasse erweiterte Krankenpflege auch dann zu gewähren, wenn die Satzungen keine entsprechenden Bestimmungen enthalten, der Dienstberechtigte aber die Gewährung der erweiterten Krankenpflege für den in seine häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Dienstboten beantragt. Der Antrag kann nur gestellt werden, wenn die Krankheit ansteckend ist, oder wenn die Behandlung oder Verpflegung Anforderungen stellt, denen in der häuslichen Gemeinschaft des Dienstberechtigten nicht genügt werden kann. Wird das Dienstverhältnis während der Unterstützungspflicht beendet, so hat die Krankenkasse bis zur Beendigung der Unterstützungspflicht ohne weiteres erweiterte Krankenpflege zu gewähren. Dazu ist die Krankenkasse auch von dem Zeitpunkt ab verpflichtet, an dem der Dienstberechtigte frühestens den Dienstboten hätte entlassen können.

Die Leistungen für die unständig beschäftigten Mitglieder sind durch die Satzungen nach dem Ortslohn besonders festzustellen. Nähere Bestimmungen enthält der die unständig Beschäftigten angehende Abschnitt nicht. Nur für den Fall, dass ein unständig Beschäftigter mit 2 Beitragsräten im Rückstand ist, bestimmt der Entwurf, dass bei Erkrankung nur freie Krankenpflege und beim Todesfall ein Sterbegeld von höchstens 30 Mark zu gewähren ist. Auf die Mehrleistungen der Kasse haben unständig Beschäftigte nur dann Anspruch, wenn ihnen die Satzungen ein Recht darauf einräumen.

Die im Wandergewerbe beschäftigten Versicherungspflichtigen haben nur Anspruch auf die Regelleistungen — also Mindestleistungen — der Landkrankenkassen. Werden durch die Satzungen dieser Kassen den übrigen Mitgliedern Mehrleistungen gewährt, so können für die aus dem Wandergewerbe kommenden Mitglieder die Beiträge entsprechend gekürzt werden. Werden die Beiträge auch wirklich geringer bemessen — ein Zwang kann auf die Kassen nicht ausgeübt werden —, so ist diesen Versicherten damit nicht im geringsten gedient. Die im Wandergewerbe beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bedürfen ebenso gut einer ausreichenden Krankenfürsorge wie alle

übrigen Versicherten, und deshalb sollte man sämtlichen Mitgliedern die Kassenleistungen gleichmässig zukommen lassen.

Ausserst kompliziert ist die Gewährung der Kassenleistung an versicherungspflichtige Hausgewerbetreibende, soweit es sich nicht um die Krankenpflege handelt. Die Höhe des Kranken- und Sterbegeldes sowie der Wöchnerinnenunterstützung richtet sich nach dem Betrag der dem Hausgewerbetreibenden gutgeschriebenen Auftraggeberbeiträge, und zwar werden der Berechnung die von dem Hausgewerbetreibenden selbst gezahlten Beiträge und die Auftraggeberbeiträge des letzten Rechnungsjahres zu grunde gelegt. Das Kranken- und Sterbegeld sowie die Wöchnerinnenunterstützung betragen denjenigen Teil der gleichartigen gesetzlichen Mindestleistung, der sich aus dem Verhältnis der Auftraggeberbeiträge zu den Beiträgen des versicherungspflichtigen Gewerbetreibenden ergibt. Betragen also die Auftraggeberbeiträge ein Viertel oder die Hälfte der Beiträge des Versicherten, so betragen die Unterstützungen ein Viertel oder die Hälfte der gesetzlichen Mindestleistungen an Kranken-, Sterbegeld und Wöchnerinnenunterstützung. Hat also ein Hausgewerbetreibender im vorhergehenden Rechnungsjahr aus irgend welchen Gründen wenig Auftraggeberbeiträge nachzuweisen, so ist er für das ganze folgende Rechnungsjahr benachteiligt, da ihm nur sehr beschränkte Kassenleistungen zustehen. Es ist gar nicht einzusehen, warum man derartige Komplikationen in das Gesetz aufnehmen will. Auf Antrag der versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden muss die Kasse gestatten, dass diese Versicherten den Auftraggeberbeitrag aus eigenen Mitteln zahlen können. Man braucht nur einen Schritt weiter zu gehen und den versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden die Verpflichtung aufzuerlegen den vollen Kassenbeitrag aus eigenen Mitteln zu zahlen, wenn ein Auftraggeber nicht vorhanden ist. Bei dem Zustand, den der Entwurf schafft, werden viele versicherungspflichtige Hausgewerbetreibende von dem ihnen zustehenden Recht der vollen Beitragsleistung aus Unkenntnis keinen Gebrauch machen. Wenn in der Begründung des Entwurfs gesagt wird, dass das Krankengeld ein sehr nützlicher und wertvoller, aber kein unerlässlicher Bestandteil der Krankenversicherung ist, so wird dort die wirtschaftliche Lage der Hausgewerbetreibenden verkannt. Diese Gewerbetreibenden sind ebenso gut aller Subsistenzmittel bar wie es alle übrigen Arbeiter sind. Nur ein ganz geringer Prozentsatz der Hausgewerbetreibenden ist in der Lage sich aus eigener Kraft ohne tiefeinschneidende Schädigungen ihrer Existenz über eine langdauernde Krankheit hinwegzuhelfen. Die Hausindustrie bringt den in ihr Beschäftigten nur den notwendigsten Lebensunterhalt. Das trifft auch für die Hausindustriellen zu, die noch in beschränktem Mass über die Produktionsmittel verfügen. Eine längere Krankheit führt die überwiegende Mehrheit dieser Leute zum wirtschaftlichen und körperlichen Ruin, wenn ihnen nicht während der Krankheit Geldmittel zur Verfügung stehen. Deshalb ist die Krankengeldgewährung an Hausgewerbetreibende von grösster Bedeutung. Die Kassenleistungen für versicherungspflichtige Hausgewerbetreibende werden durch die Satzungen besonders festgelegt. Die Festsetzung erfolgt unter Zugrundelegung des Ortslohns. Ausserdem finden die Bestimmungen für Landarbeiter auch auf Hausgewerbetreibende Anwendung. Das über die Ansprüche der Landarbeiter Gesagte gilt also auch für die Hausgewerbetreibenden. Für die Hausgewerbetreibenden und unständig Be-

schäftigten kann durch die Satzungen eine 6wöchentliche Karenzzeit für den Bezug der Kassenleistungen festgesetzt werden. Ein grösseres Durcheinander als in den Leistungen der Krankenkassen zum Ausdruck kommt war wohl kaum noch zu schaffen.

Die Leistungen der Unfallversicherung bestehen, wie jetzt, in der Gewährung freier Krankenbehandlung in dem im Krankenversicherungsgesetz vorgeschriebenen Umfang, der Gewährung von Rente an den Verletzten, seine Angehörigen und Hinterbliebenen und Gewährung von Sterbegeld für den Todesfall infolge des Unfalls. Eine Änderung tritt in den Leistungen nicht ein. Desgleichen haben die Krankenkassen den Berufsgenossenschaften für die ersten 13 Wochen die Unterstützung des Verletzten nach wie vor abzunehmen. Die Krankenbehandlung und die mit dieser verbundene Angehörigenrente haben wesentliche Änderungen nicht erfahren. Neu ist, dass die Überführung des Verletzten aus einer Heilanstalt, in der er von einer Kranken-, Knappschafts- oder Ersatzkasse untergebracht war, in eine andere nur mit seiner Zustimmung erfolgen kann. Die Zustimmung kann aber durch das Versicherungsamt des Aufenthaltsortes »ergänzt« werden. Was heisst *ergänzt*? Bedenklich erscheint die Bestimmung, dass dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen ein Anspruch auf Entschädigung nicht zusteht, wenn der Unfall vorsätzlich herbeigeführt ist. Zum mindesten musste der Begriff *vorsätzlich* präzisiert werden, da die Rechtsprechung in dieser Beziehung keine Einheit geschaffen hat. Ausserdem liegt eine Härte gegenüber den Hinterbliebenen in dieser Bestimmung, um so mehr als in vielen Fällen nicht mit Gewissheit festgestellt werden kann, ob Vorsatz oder nur ein unglücklicher Zufall vorliegt. Das selbe gilt für den Fall der teilweisen oder völligen Rentenverweigerung, wenn sich der Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Vergehens oder Verbrechens ereignete. Wie viele Rentenstreite sind nicht schon geführt worden, da die Berufsgenossenschaften glaubten die Ansprüche der Verletzten oder Hinterbliebenen abweisen zu können, weil eine Übertretung der Unfallverhütungsvorschriften die Verletzung oder den Tod verschuldet hatten. Allerdings hat das Reichsversicherungsamt in dieser Beziehung einen weitherzigeren Standpunkt eingenommen als die Berufsgenossenschaften, und durch manche Entscheidungen sind den Berufsgenossenschaften Verpflichtungen zur Rentenzahlung auferlegt worden. Es bestehen aber auch Entscheidungen, die in geringen Versehen Vorsatz erblicken und die Abweisung der Ansprüche des Verletzten verfügen.

Wünschenswert wäre auch, dass die Bestimmungen, nach denen dem Verletzten die Vollrente für die Zeit unverschuldeter Arbeitslosigkeit infolge des Unfalls zu gewähren ist, in zwingendes Recht umgewandelt werden, da die Berufsgenossenschaften freiwillig keinen Gebrauch von dem ihnen eingeräumten Recht machen. Nicht unwidersprochen darf die Bestimmung bleiben, nach der bei Erwerbsbeschränkung bis zu 20 % die Renten von vornherein auf bestimmte Dauer festgesetzt werden können. Diese Bestimmung bedeutet die Rentenentziehung auf Umwegen. Der Verletzte hat nämlich nach Ablauf der festgesetzten Dauer das Recht eine neue Feststellung der Rente zu verlangen, wenn die durch den Unfall verursachte Erwerbsbeschränkung noch nicht weggefallen ist. Wird die Berufsgenossenschaft nicht den Nachweis verlangen, dass die Erwerbsbeschränkung noch besteht, wie dies ja auch

heute schon bei beantragter Rentenerhöhung wegen eingetretener Verschlimmerung der Fall ist? Der Nachweis der noch bestehenden Erwerbsbeschränkung ist stets mit Unkosten verbunden, die viele Verletzte nicht aufbringen können; schon aus diesem Grunde werden viele von der Verfolgung ihrer Ansprüche absehen müssen. Ferner wird die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen auf diese Weise manche Rente zum Ruhen bringen, das um so eher als die Rentenfestsetzung für bestimmte Zeiten verschieden hoch bemessen werden kann.

Nach wie vor soll der den Betrag von 1500 Mark übersteigende Jahresarbeitsverdienst nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommen. Es könnte wirklich nichts schaden, wenn diese Maximalgrenze auf 1800 Mark erhöht würde, damit den veränderten Wirtschaftsverhältnissen ein wenig Rechnung getragen wird. In zwingendes Recht muss auch die Bestimmung des § 674 Ziffer 2 des Entwurfs umgewandelt werden. Es darf den Statuten der Berufsgenossenschaften nicht überlassen bleiben den Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen Rente zu gewähren, wenn das Krankengeld vor Ablauf der 13. Woche endet, die Erwerbsbeschränkung aber bis zur 13. Woche — aber nicht über diese hinaus — andauert, da die Berufsgenossenschaften von selbst Einrichtungen zu gunsten Verletzter nur selten treffen. Es kommen Fälle vor, in denen Unfallverletzte nur 4 bis 5 Wochen lang Krankengeld beziehen, indes noch mehrere Wochen danach beinahe ganz arbeitsunfähig sind, ohne für diese Zeit Unterstützung zu erhalten, da die Erwerbsbeschränkung nicht über die 13. Woche hinaus dauert.

In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gelten für die Berechnung der Rente die Bestimmungen der Gewerbeunfallversicherung wieder nur für Betriebsbeamte und Facharbeiter; für die eigentlichen Landarbeiter hat sich gegen den jetzigen Zustand nichts geändert. Schon die niedrigen Ortslöhne, die der Rentenberechnung für diese Arbeiter zu grunde zu legen sind, werden dafür sorgen, dass die Unfallrenten der Landarbeiter auf dem selben niederen Stande bleiben wie jetzt. Auch die Bestimmungen über die Kürzung des Jahresarbeitsverdienstes und Ortslohnes bei partieller Erwerbsfähigkeit sind unverändert in den Entwurf aufgenommen worden. Die rigorose Durchführung dieser Bestimmungen in den Rentenverfahren land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter hat jedoch Auswüchse gezeitigt, die unbedingt beseitigt werden müssen. Rüstigen Arbeitern, die die schwersten Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb so gut wie weit jüngere Kollegen verrichten, ist der Jahresarbeitsverdienst bei Berechnung der Unfallrente um 25 % und mehr gekürzt worden, weil sie schon ein höheres Alter erreicht hatten. Ein solcher Zustand darf nicht mehr fortbestehen. Die Erhöhung des Krankengeldes von der 5. bis zur 13. Woche (Unfallzuschuss) wird den Landarbeitern ebenfalls versagt. Zudem wird zweierlei Recht für die in der Landwirtschaft Beschäftigten eingeführt. Erleidet ein Betriebsbeamter oder Facharbeiter mehrere Unfälle, so wird ihm bei Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes die frühere Unfallrente so weit zugerechnet, dass der für den zweiten Unfall in Frage kommende Jahresarbeitsverdienst die selbe Höhe erreicht wie der der ersten Rentenberechnung zu grunde gelegte. Auf diese Vergünstigung haben die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter kein Anrecht.

Ganz unbefriedigend sind die Leistungen der Invaliden- und Hinter-

bliebenenversicherung. Gerade für den gründlichen Ausbau dieser Versicherung haben sich noch in diesem Winter die Arbeiter in zahlreichen Versammlungen ausgesprochen, doch hat keine der vielen Resolutionen, die dem Reichsamt des Innern übermittelt wurden, irgend welche Beachtung gefunden. Die Invalidenversicherung ist unverändert in der Fassung des alten Gesetzes in den Entwurf der Reichsversicherungsordnung übernommen worden, nur dass die vollkommen unzureichende Hinterbliebenenversicherung eingefügt worden ist, und dass eine Vereinfachung für die Berechnung des Grundbetrags der Invalidenrente eingeführt wird, insofern als dieser nicht mehr aus festen Jahressätzen für die einzelnen Lohnklassen sondern aus festen Sätzen für die Beitragswoche besteht. Wenn es nicht noch gelingt Verbesserungen des Entwurfs durchzusetzen, so bleibt sowohl die Invaliden- als auch die Altersrente genau auf dem jetzigen niederen Stand, obgleich eine Aufbesserung in Hinsicht auf die allgemeinen Teuerungsverhältnisse auf das dringendste notwendig ist. Die Invalidenrente soll nach dem Entwurf aber auch erst dann gewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit der Rentenbewerber um mehr als zwei Drittel durch Krankheit oder sonstige Ursachen beschränkt ist.

Die durch den Entwurf vorgesehenen Hinterbliebenenbezüge stellen nur einen schüchternen Versuch dar das Problem der Hinterbliebenenfürsorge in Angriff zu nehmen. Die Witwenrente wird nur gewährt, wenn die Witwe dauernd invalide ist, also mehr als zwei Drittel der Erwerbsfähigkeit eingebüsst hat. Diese Bestimmung wird bewirken, dass die Rente nur in äusserst seltenen Fällen sofort nach dem Tode des Versicherten gezahlt wird. Ist eine Frau die Ernährerin der Familie gewesen, so erhält nach dem Tode der Frau der hinterbliebene Ehemann die Rente, wenn er dauernd invalide ist. Hat eine Witwe durch eigene Beitragsleistungen die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt, so steht ihr beim Tode des Ehemanns ein einmaliges Witwengeld zu, das in Höhe der jährlichen Witwenrente gezahlt wird und eine Art Abfindung darstellt. Diese Witwen, die sich durch eigene Beitragszahlung ein Recht auf Invalidenrente erworben haben, haben kein Interesse an der Witwenrente, da die ihnen zustehende Invalidenrente stets höher ist als die Witwenrente, neben dieser aber nicht gezahlt wird. In der Begründung des Entwurfs wird hervorgehoben, dass die Witwenfürsorge für erwerbsfähige Witwen für nicht dringlich erachtet wird, da diese ihren Unterhalt noch allein verdienen können. Das trifft bei vielen Witwen wohl zu, ist aber nicht so zu verallgemeinern wie es durch den Entwurf geschieht. Hinterlässt jemand eine zahlreiche Familie, so wird es der Witwe ausserordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, sein eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, denn solange nicht durch brauchbare staatliche Einrichtungen für die Erziehung der Kinder gesorgt und damit den Witwen die Sorge um die Erziehung der Kinder abgenommen wird, so lange ist den Witwen zum grossen Teil die Möglichkeit einer ausreichenden Erwerbstätigkeit genommen. Zudem ist der Begriff der *Erwerbsunfähigkeit* durch das Gesetz viel zu eng gezogen; die Renten müssten beim Verlust von mehr als der halben Erwerbsfähigkeit gezahlt werden.

Neben der Witwen- respektive Witwerrente und dem Witwengeld soll auch eine Waisenrente und Waisenaussteuer gezahlt werden. Die Waisenrente erhalten beim Tode des versicherten Vaters die ehelichen Kinder unter 15

Jahren, beim Tode der versicherten Mutter die Ganzwaisen unter 15 Jahren. Die Waisenrente steht auch beim Tode einer versicherten weiblichen Person den ehelichen Kindern unter 15 Jahren zu, deren Vater sich der Unterhaltungspflicht entzogen hat. Auch elternlose Enkel des Versicherten können Waisenrente erhalten, wenn sie von dem Versicherten erhalten worden sind. Die Waisenaussteuer wird mit Vollendung des 15. Lebensjahres an die Kinder einer solchen Witwe gezahlt, die bis dahin durch eigene Beitragsleistungen die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat.

Dem Grundgedanken der Hinterbliebenenfürsorge könnte man mit der Massgabe zustimmen, dass nicht alle erwerbsfähigen Witwen ohne weiteres von der Witwenrente ausgeschlossen werden dürfen, und dass der Begriff *Erwerbsunfähigkeit* auf den Verlust der halben Erwerbsfähigkeit erweitert wird. Letzteres kann auch für die Invalidenversicherung gelten. Beinahe ohne jede Bedeutung sind aber die vorgesehenen Unterstützungssätze. Sind die Invalidenrenten schon ausserordentlich gering, so sind die Witwen- und Waisenrenten völlig unzulänglich. Die Witwenrente beträgt rund 47 % der Invalidenrente, die Waisenrente für das erste Kind 35 und für jedes weitere Kind rund 30 % von ihr. Alle Hinterbliebenenrenten dürfen aber zusammen das Anderthalbfache der Invalidenrente nicht übersteigen. In den Fällen, in denen der Höchstbetrag der Renten schon für Kinder gewährt wird, haben Enkel keinen Anspruch auf Rente. Die Waisenrenten dürfen den Betrag der Invalidenrente des Verstorbenen nicht übersteigen. Verheiratet sich eine rentenberechtigte Witwe wieder, so kommt die ihr gewährte Rente in Fortfall. Eine Abfindung — wie in der Unfallversicherung — ist nicht vorgesehen.

Auch die Bestimmungen über die Einleitung eines Heilverfahrens sind die selben geblieben. Eine Verpflichtung zur Einleitung eines Heilverfahrens besteht für die Träger der Invalidenversicherung nicht. In den Fällen, in denen ein solches gewährt wird, ist für die Angehörigen ebenso unzulänglich gesorgt wie früher, da auch hier die Bestimmungen des alten Gesetzes unverändert in den Entwurf übernommen worden sind. Alles in allem können die gesamten Leistungen der Invalidenversicherung nicht befriedigen. Dem steht eine nicht unwesentliche Erhöhung der Beiträge gegenüber, die in der 1. Lohnklasse 2 Pfennig, in der 2. 4 Pfennig, in der 3. 6 Pfennig, in der 4. 8 Pfennig und in der 5. 10 Pfennig pro Woche beträgt. Die Beiträge sind auch während der Dauer einer Krankheit, die nach dem Gesetz anrechnungsfähig ist, zu entrichten. Um die Errichtung neuer Lohnklassen zu umgehen, ist eine freiwillige Zusatzversicherung eingerichtet worden. Die Versicherungspflichtigen wie die Versicherungsberechtigten können Zusatzmarken nach Belieben verwenden. Jede verwendete Zusatzmarke bedingt eine Steigerung des Jahresbetrags der Invalidenrente um soviel mal 2 Pfennig als Jahre zwischen der Verwendung der Marke und dem Eintritt der Invalidität liegen. Die Rente wird als Zusatzrente besonders berechnet, kann aber mit der Invalidenrente zur Auszahlung gelangen. Wer also am 1. Januar 1910 eine Zusatzmarke klebt, dem bringt diese am 1. Januar 1940, also in 30 Jahren, eine Jahresrente von 60 Pfennig. Der Wert einer Zusatzmarke beträgt 1 Mark. Ob diese Zusatzversicherung Anklang finden wird, bleibt abzuwarten; einen kleinen Fortschritt bedeutet sie ohne Zweifel.

haupt, so sind auch die Eisenbahner international organisiert. Und der deutschen Gewissenhaftigkeit und dem deutschen Ernst ist es zuzuschreiben, wenn der vorletzte Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation /1906/ gewisse Kampfesregeln aufstellte, um einen eventuellen Missbrauch der organisierten Macht zu verhindern. Der 2. Punkt der damals angenommenen Resolution lautet folgendermassen:

„Da man eine bestimmte Regel für die Art des wirtschaftlichen Kampfes der Eisenbahner für alle Länder gemeinsam nicht aufstellen kann, der Kongress sich daher nicht darauf einlassen kann ausnahmslos die passive Resistenz oder den Streik als Kampfmittel zu empfehlen, so empfiehlt der Kongress den Eisenbahnern: In eine Bewegung zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile für die Eisenbahner ist nur dann einzutreten, wenn die Sympathie der Bevölkerung vollständig auf ihrer Seite ist. Mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung und die staatliche sowie völkerrechtliche Bedeutung der Eisenbahnen ist die Verantwortung der Organisationsleiter in jedem Lande im Interesse der Eisenbahner eine so hohe, dass Kampfmittel, wie Streik und passive Resistenz, nur im äussersten Falle anzuwenden sind, wenn sich weder auf dem Wege der Verständigung der Organisationen mit den Eisenbahnverwaltungen oder durch das Parlament eine dringend notwendige Verbesserung der Lebenslage der Eisenbahner erreichen lässt.“

Die organisierte Arbeiterschaft beweist hier wieder einmal, dass sie gewissenhafter ist als ihre Feinde. Ebenso wenig wie die Landarbeiter die Ernte verfaulen lassen würden, ebenso wenig wird das Eisenbahnproletariat frivolerweise den Verkehr lahm legen. Auf die Entwicklung dieser Dinge hat nun der Transportarbeiterverband durch die Angliederung Einfluss gewonnen.

Die zweite Kategorie, durch die diese Organisation auf den öffentlichen Verkehr einwirken kann, ist die der Strassenbahner. In Verbindung mit den Führern der Auto- und Pferdetrocknen kann diese Sektion den Strassenverkehr völlig aufheben. Was das für eine Grossstadt, wie etwa Berlin, bedeutet, kann jeder selbst ermesen. Was der Eisenbahnminister kraft seines Amtes verbietet, das inhibiert der Strassenbahnkapitalist kraft seines Geldsacks. Hier trägt die gesamte Arbeiterschaft einen Teil der Schuld mit. Bei dem regen Verkehr zwischen Fahrgast und Angestellten sollte man versuchen einen grösseren Einfluss auf die Leute zu gewinnen. Vor allem muss der leidige Nickel verschwinden. Wer sich durch die Vorenthaltung des Fünfers geschädigt fühlt, der soll seinen Lohn zu erhöhen streben. Die Organisation bietet ihm dazu die beste Gelegenheit. Also etwas weniger *Menschenfreundlichkeit* wäre hier mehr.

Eine andere grosse Organisation von wirtschaftlichem Einfluss ist der Hafnarbeiterverband. Im steten Kampf mit den schlimmsten Scharfmachern hat diese Organisation mehr als einmal gewaltige Proben ihrer Schlagfertigkeit gegeben. Die Kämpfe dieser Organisation sind gewöhnlich für das Wirtschaftsleben von tief eingreifender Bedeutung. Wir brauchen nur auf die letzte Aussperrung der Schauerleute in Hamburg zurückzublicken. Obgleich schon vor der Aussperrung gewaltige Gegenmassregeln von dem Hafenbetriebsverein getroffen wurden, stieg die Zahl der Schiffe im Hamburger Hafen vom ersten bis zum letzten Tag des sechswöchigen Kampfes. Das gesamte Wirtschaftsleben Hamburgs litt unter den Rückwirkungen des erbitterten Ringens. Der Streik der Binnenschiffer der Elbe legte den Verkehr auf dem sonst so lebhaften Strom fast völlig still. Überall offenbart die Organisation einen grossen Einfluss, den zu steigern sie auf das eifrigste be-

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Allgemeine Lage Der Juni hat, absolut genommen, eine recht merkbare Besserung der wirtschaftlichen Lage gebracht. Vor allem war es das Baugewerbe, das viele Arbeitskräfte aufnahm. Doch sind auch hier noch nicht die Hoffnungen, die zu Beginn des Jahres gehegt wurden, erfüllt. Die Metall- und Maschinenindustrie ist noch immer recht flau und die Arbeitslosigkeit unter den in betracht kommenden Arbeitern gross. Günstiger lauten die Berichte aus der Textilindustrie. Namentlich ist es die Mulfabrikation, die gut beschäftigt ist, was zweifellos auf die herrschende Moderation zurückzuführen ist. Der Bericht des Ackerbaubureaus in Washington von Ende Juni über den Stand der Baumwollsaaten in Amerika gibt von einer erheblichen Verschlechterung des Standes Kunde. Die Folge war ein Anschwellen der Preise für das Rohprodukt. Das wird natürlich geeignet sein die bessere Geschäftslage herabzudrücken.

Im allgemeinen wird das auch die Wirkung der in den letzten Tagen vom Reichstag beschlossenen neuen Steuern sein. Die Verteuerung wichtiger Konsumartikel durch Steuern wird entweder eine Einschränkung in diesen Artikeln oder in anderen den Bedürfnissen des Lebens dienenden Dingen zur Folge haben. Die ausserordentliche Einschränkung des Konsums wird anhalten und dadurch eine weitere Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verhindern.

Die momentane Besserung des Arbeitsmarkts ist aber unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses immer noch wenig befriedigend. Nach Berichten der Krankenkassen an das reichsstatistische Amt waren unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme am 1. jeden Monats dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitpunkt 1907 weniger (—) re-spektive mehr (+) versichert:

Tag	Männer	Frauen	insgesamt
1. Januar	— 128 151	+ 50 638	— 77 513
1. Februar	— 140 776	+ 46 514	— 94 262
1. März	— 197 582	+ 45 771	— 151 811
1. April	— 138 970	+ 52 472	— 86 498
1. Mai	— 145 833	+ 47 178	— 98 655
1. Juni	— 128 358	+ 56 148	— 72 210

Da nun aber die berichtenden Krankenkassen nur mehr als ein Drittel sämtlicher deutschen Krankenversicherten umfassen, würde sich die Zahl der weniger Versicherten — das gleiche Verhältnis bei allen Krankenkassen vorausgesetzt und die Versicherten, über die berichtet ist, rund zu $\frac{1}{10}$ angenommen — auf 193 000 am 1. Januar, 235 000 am 1. Februar, 379 000 am 1. März, 246 000 am 1. April, 246 000 am 1. Mai und 180 000 am 1. Juni stellen.

X Getreidemarkt Obwohl die Ende Mai zu ganz ausserordentlicher Höhe gestiegenen Getreidepreise wieder etwas gefallen sind, halten sie sich doch noch immer auf beträchtlicher Höhe. Noch nie war die Weizennotierung Mitte Juni so hoch wie zurzeit. Sie stellte sich in Berlin pro Juli 1900 auf 154,25 M., 1902 166,25, 1904 172, 1906 182,50, 1908 212 und 1909 259,25 M.; pro September 1900 auf 158,25, 1902 159,50, 1904 167,25, 1906 177,50, 1908 194,25 und 1909 auf 228,50 M. Die Ursache der enormen Preishöhe ist in den ausserordentlich ungünstigen Saatenstandsberichten aus allen Produktionsgebieten und in der Entblössung des Marktes zu suchen. Der deutsche Saatenstandsbericht von Mitte Juni ist der ungünstigste Junibericht seit den letzten 5 Jahren.

X Kaliindustrie Die Krisis in der deutschen Kaliindustrie ist so ernst, dass sich eine Erwähnung an dieser Stelle erforderlich macht. Mit seinen reichen Lagern an Kalisalzen besitzt Deutschland Schätze wie kein anderes Land. Nur zum geringsten Teil befinden sie sich im Besitz des Staats. Nach den deutschen Berggesetzen hat derjenige Anspruch auf Ausnutzung der im Schosse der Erde vorhandenen Schätze, der sie zuerst nachweist. Mit der steigenden Erkenntnis vom Wert der Kalisalze und namentlich ihrer Bedeutung für die Zukunft hat das zu einem wilden Wettbohren geführt, mit dem Ergebnis, dass Kali sowohl im Westen wie im Osten, in Schleswig-Holstein wie in Sachsen nachgewiesen wurde. Immer mehr Kalischächte sind entstanden, und die Werke suchen Absatz für ihre Produktion. In stets steigendem Mass

wächst die Ausfuhr der für die Landwirtschaft und auch für die chemische Industrie so wertvollen Salze. Dass die Bodenschätze Deutschlands nicht an das Ausland verschleudert werden, liegt im Allgemeininteresse. Die Gefahr, dass es geschieht, wächst aber in immer höherem Mass. Die guten Gewinne der Kaliindustrie führen zur Abteufung immer neuer Schächte. Eine Regelung zu schaffen wäre im Wege der Gesetzgebung möglich. Den zu beschreiten wagt man aber nicht, weil die Regierung glaubt ihn nicht mit dem privaten Recht an den Bodenschätzen vereinbaren zu können. So hat sich denn eine private Verständigung gebildet, die im Kalisyndikat ihren Ausdruck fand. Aber der Schutz des Syndikats hat nun andererseits immer mehr neue Werke entstehen lassen. Man musste sie ins Syndikat aufnehmen, wollte man nicht durch den freihändigen Verkauf der aussenstehenden Werke die Preise ruinieren lassen. Trotz des steigenden Bedarfs an Kalisalzen sahen sich jedoch die alten Werke durch den Eintritt neuer in der Ausdehnung ihrer Produktion gehindert. Das führte zur Unzufriedenheit, die sich bei dem Neuabschluss des Syndikats in so erheblichem Mass geltend machte, dass er bis zum Ablauf des alten, am 1. Juli 1909, nicht zu stande gekommen ist. Über die Quotenverteilung war keine Einigung zu erzielen.

Noch in der Nacht zum 1. Juli ist es zu ziemlich erheblichen freihändigen Verkäufen gekommen, nachdem um 12 Uhr der alte Syndikatsvertrag abgelaufen war. Aber ein drohender Kaliausfuhrzoll, die Einwirkung der preussischen Regierung, die als Besitzerin des Stassfurter Werks dem Syndikat angehörte, und die eine schärfere Anwendung ihrer bergpolizeilichen Rechte in Aussicht gestellt haben soll, scheint denn doch noch zu einer Einigung zu führen. Wenigstens haben sich die Werke verpflichtet bis zum 8. Juli keine weiteren freihändigen Verkäufe vorzunehmen und sind neue Verhandlungen eingegangen. Sollten diese keinen Erfolg haben, so wäre das unter den obwaltenden Verhältnissen sehr zu beklagen. Würde auch die erste Zeit ein wildes Hasten um Abschlüsse und eine fieberhafte Produktion bringen, so müsste doch schliesslich bei einem Preiskampf der Zusammenbruch mancher Werke, namentlich solcher mit dünnem Kalivorkommen, erfolgen. Für die Arbeiter und Beamten bedeutet das aber

Entlassung und Arbeitslosigkeit. Das Ausland wäre der lachende Dritte.

× Petroleum ×
Seit Jahren hat sich der Rockefeller-Trust bemüht die galizische Petroleumproduktion unter seine Herrschaft zu bringen. Er erblickt mit Recht in der galizischen Petroleumindustrie eine für die Versorgung Deutschlands nicht unwesentliche Konkurrenz. Betrug doch die Einfuhr aus Galizien nach Deutschland 1907 81 904 t und 1908 131 032 t. Bei einem Gesamtverbrauch in Deutschland von 993 720 t in 1907 und 1 015 460 t in 1908 macht das zwar erst 8,24 % respektive 12,9 % aus, aber die galizische Rohölproduktion ist im ständigen Aufstiege begriffen. Sie betrug 1906 760 000 t, 1907 1 160 000 t und 1908 1 700 000 t. Diese Steigerung ist eine zu rasche gewesen als dass sofort Absatz für das Produkt zu schaffen gewesen wäre. So haben sich gewaltige Ölvrträge angesammelt. Da sich zudem auch die galizische Ölproduktion in wenig kapitalkräftigen Händen befindet, ist sie in eine recht ungünstige Situation hineingekommen. In dieser war es der *Standard Oil Co.* Rockefellers gelungen mit den Produzenten in Verbindung zu treten. Sie wollte grosse Reservoirs zur Aufnahme der Ölvrträge bauen lassen und auch die erforderlichen Vorschüsse zur Fortsetzung der Produktion leisten. Im letzten Augenblick, kurz vor Abschluss des endgültigen Vertrags, ist es nun jedoch durch Hilfe der österreichischen Regierung möglich gewesen die Sanierung der Rohölindustrie durch inländisches Kapital vorzunehmen. Die Regierung selbst hat sich bereit erklärt auf eigene Kosten Ölreservoirs zu bauen und auch die Lokomotiven für Heizung mit Rohöl einzurichten.

Nun will aber die *Standard Oil Co.* ihre Niederlage nicht so stillschweigend tragen. Schon vor Jahren hat sie in Bukarest eine Tochtergesellschaft, die *Vacuum Oil Co.*, zu dem Zweck gegründet durch billige Preise die österreichischen Raffinerien zur Kapitulation zu zwingen. Die enorme Steigerung der Rohölproduktion in Galizien bereitete jedoch ihr Vorhaben; die Raffinerien fanden genügend billiges Rohmaterial nicht nur, um mit der *Vacuum Oil Co.* konkurrieren sondern auch, um der *Standard Oil Co.* im Ausland, in der Schweiz und in Deutschland, erfolgreich Konkurrenz machen zu können. Jetzt hat man die

Vacuum Oil Co., die Preise herabgesetzt, und da ihr bei ihrer Verbindung mit dem Rockefeller-Trust die Mittel nicht fehlen, der letztere vielmehr selbst ja gern den scharfen Konkurrenten an der Grenze Deutschlands niederzwingen möchte, wird er sich fragen, ob die österreichische Petroleumindustrie trotz der staatlichen Unterstützung den Kampf wird durchhalten können. Zu wünschen wäre es auch im deutschen Interesse.

× **Konkursstatistik** Im 1. Quartal 1909 betrug die Zahl der beantragten Konkurse 3221, ist also abermals gestiegen. 618 Anträge wurden wegen Masse-mangel abgewiesen. In den einzelnen Quartalen des Jahres 1907 belief sich die Zahl der Anträge auf 2516, 2630, 2205 und 2535 und in den gleichen Zeiträumen für 1908 auf 3189, 2905, 2515 und 2972. Gegen das 1. Quartal 1907 beträgt die Steigerung volle 28 %. Das Auf und Ab des Wirtschaftslebens spiegelt sich in den Konkursziffern in deutlichster Weise wider, obwohl mit der ständig steigenden Zahl der selbständigen Betriebe auch die Zahl der Konkurse steigt. Während der letzten 10 Jahre zeigte, nächst dem Jahre 1908 mit 11 581 Konkursanträgen, das Krisenjahr 1901 mit 10 566 Anträgen die höchste Ziffer.

× **Kurze Chronik** Im Mai sollen nach Berichten des amerikanischen Stahltrusts in den Vereinigten Staaten 15 Hochöfen wieder neu angeblasen sein. × Die deutsche Roheisenerzeugung hat von Januar bis Ende Mai mit 5 182 268 t die des Vorjahrs im gleichen Zeitraum um 88 962 t wieder überflügelt, steht aber noch der im Jahre 1907 um 129 349 t nach. × Die österreichische Regierung plant die Errichtung einer staatlichen Viehverwertungszentrale, deren Aufgabe die bessere Organisation der Viehverwertung auf dem inländischen Markt und nach dem Ausland sein soll. × Nach Erhebungen des Reichsamt des Innern über die gewerbliche Verwendung von Gold in Deutschland wurde im Jahre 1906 Gold im Wert von 83 731 000 und im Jahre 1907 im Wert von 91 616 000 M. verbraucht. Das ist fast das Doppelte des für die Jahre 1896 und 1897 ermittelten Betrags. Zur Verwendung gelangten deutsche Geldmünzen 54,2 %, Feingold 43,2 %, fremde Geldmünzen 2,6 %. × Dem Reichstag ist ein Abkommen mit Dänemark, das den ge-

genseitigen Schutz der Muster und Modelle vorsieht, zugegangen. × Die letzten Wollmärkte haben durchgehend ein Steigen der Preise gebracht.

× **Literatur** Als erste Schrift, die den Versuch macht das Schuldenwesen der deutschen Städte in seinen wesentlichsten Beziehungen zusammenhängend darzustellen, ist die des Dr. Otto Most *Die Schuldenwirtschaft der deutschen Städte* /Jena, Gustav Fischer/ anzusprechen. Sie führt kurz in Ursachen, Geschichte, Umfang, Gestaltung und Probleme des deutschen Stadtschuldenwesens ein. Schon ganz erheblich wird heute das Wirtschaftsleben durch die Summen beeinflusst, die die deutschen Städte alljährlich allein an Zinsen für ihre Schulden ausgeben müssen. Es werden nicht viel weniger als 250 Mill. M. sein, da die Schulden aller deutschen Stadt- und Landgemeinden sich nach Most im Jahre 1907 auf 6560,3 Mill. M. beliefen. Die Schulden haben rapide zugenommen. Allein die preussischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern hatten 1907 zirka 192 Mill. M., etwa 13,5 % ihrer durchschnittlichen Einnahmen, auf Verzinsung und Tilgung ihrer Schulden zu verwenden. Most weist mit Recht darauf hin, dass die Schuldzahlen allein nur wenig für die günstige oder ungünstige finanzielle Lage der Städte besage. Es frage sich, ob die Schulden produktiven Anlagen dienen, die selbst für ihnen Schuldendienst aufkommen, oder finanziell unproduktiven. Da ergebe sich, dass bei den preussischen Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern durchschnittlich 52,7 % aller ihrer Schulden auf gewerbliche Betriebe entfallen. Der Wert dieser wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Städte ist schwer zu bestimmen. Sie sind es jedoch, auf die in erster Linie die erhebliche Schuldenzunahme zurückzuführen ist. Der Schuldenzunahme stehen also ganz erhebliche Vermögenswerte gegenüber. Ja, die Vermögenszunahme ist sogar weit schneller und erheblicher als jene. Ins Wirtschaftsgebiet gehört noch, was Most über die Bestrebungen zur Hebung der ungünstigen Lage der städtischen Obligationen auf dem allgemeinen Anleihemarkt sagt. Er meint, dass die Idee einer Zentralisierung des deutschen Kommunalkredits marschiere. Zur Orientierung auf dem für die nationale Volkswirtschaft so wichtigen Gebiet der finanziellen Verhältnisse

und auch der wirtschaftlichen Betätigung der deutschen Städte ist das Buch Mosts sehr zu empfehlen.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Arbeitersekretariate مكتب Nach den statistischen Erhebungen der *Generalkommission der Gewerkschaften*

Deutschlands bestanden im Jahre 1908 103 Arbeitersekretariate und 157 Auskunftstellen, die 551 657 Auskünfte erteilten. Die Arbeitersekretariate nahmen 488 895 Auskunftsuchende in Anspruch, von denen 70,8 % gewerkschaftlich organisiert waren. Gruppirt man die Auskünfte nach den verschiedenen Materien, so ergibt sich, dass die Arbeiterversicherung mit 154 784 Fällen an erster Stelle steht, es folgen dann Bürgerliches Recht mit 149 814, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 75 348, Arbeitsvertrag mit 73 759, Strafrecht mit 33 017, Arbeiterbewegung mit 7509, Privatversicherung mit 4889, Handels- und Gewerbe-sachen mit 3535, Vereins- und Versammlungsrecht mit 1093 und sonstige Rechts-hilfe mit 11 291 Fällen.

Die Unterhaltungskosten beliefen sich auf 410 435 M., darunter 5330 M. aus Staats- und Gemeindemitteln, die den Sekretariaten in Bant, Coburg und Gotha zu teil wurden.

Neben diesen im wesentlichen von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Einrichtungen verzeichnet das *Reichs-arbeitsblatt* 181 katholische und evangelische Volksbureaus, 8 Arbeitersekretariate und 42 Auskunftstellen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, 22 gemeinnützige und 59 kommunale oder staatliche Rechtsauskunftsstellen. Die Auskunfterteilung findet hier nicht in allen Fällen unentgeltlich statt. Vielfach handelt es sich auch um rein private Unternehmungen.

Die freien Gewerkschaften wenden den Arbeitersekretariaten eine erhöhte Aufmerksamkeit zu, so wird in diesem Jahr von der *Generalkommission* der erste Unterrichtskursus für Arbeitersekretäre eingeführt. Als Vortragende sind eine Anzahl Rechtsanwältinnen gewonnen, die in einem Zyklus von Vorträgen, verbunden mit praktischen Übungen, die Arbeitersekretäre in den verschiedenen Rechts-materien unterweisen sollen.

×
Reichsversicherung-
ordnung

×
Ungeteilte Zustimmung hat die Reichsversicherungsordnung bisher wohl von keiner Seite erfahren, es wächst vielmehr

die Zahl der Unzufriedenen, so dass der Gesetzentwurf von allen Seiten als vollkommen verfehlt angesehen wird.

Der *Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine* hat auf seinem Delegiertentag am 2. und 3. Juni in Hannover Stellung zur Reichsversicherungsordnung genommen. Unter anderem wurden Bedenken gegen die Halbierung der Beiträge zur Krankenversicherung erhoben. Man verlangte Ausdehnung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auf Hausgewerbetreibende und Handwerker und lehnte die Kürzung der Unfallrente mit Rücksicht auf den Verdienst des Verletzten ab. Man billigte, dass die Witwenrente nur an die invalide Witwe gewährt wird, und will aus Sittlichkeitsgründen von der Entziehung der Witwenrente bei der Wiederverheiratung absehen. Die Waisenrente hält man für ungenügend.

Sehr energisch fiel der Protest des *Ärztetags*, der am 25. und 26. Juni in Lübeck zusammentrat, aus. Die Herren beschäftigten sich nur mit der Stellung, die ihnen der neue Entwurf zuweist. Professor Löbker, ein von der Knappschaftsberufsgenossenschaft angestellter Arzt, plädierte für die freie Arztwahl bei den Ortskrankenkassen, die er für die Knappschaftskassen und Berufsgenossenschaften für ungeeignet hält. Warum diese Inkonzsequenz? Den Herren dünkt der Angriff gegen die Kassen, die sich in den Händen der Arbeiter befinden aussichtsreicher als die Durchführung ihrer Forderungen gegenüber den mächtigen Industriellen in den Berufsgenossenschaften. Die ganze Höhe der sozialpolitischen Einsicht der Teilnehmer des *Ärztetags* kommt indes in dem Beschluss zum Ausdruck, dass die freie ärztliche Behandlung in den Krankenkassen nur den Mitgliedern mit einem Einkommen bis zu 2000 M. gewährt werden solle. Im übrigen empfahl der *Ärztetag* die Unterschrift einer vom Geschäftsausschuss entworfenen Erklärung, die folgenden Wortlaut hat: »Hierdurch gebe ich die Erklärung ab, dass ich entschlossen bin bei der Ein- und Durchführung der Reichsversicherungsordnung meine Mitwirkung zu versagen und, wenn nötig, jede Tätigkeit bei Krankenkassen einzustellen, falls die Bestimmungen über den ärztlichen Dienst bei den Krankenkassen in der jetzt vorliegenden oder in einer gleichbedeutenden Form Gesetzeskraft erlangen sollten. Ich richte mich hierbei streng nach dem Urteil des

deutschen Ärztetags, der zu entscheiden hat, ob das Gesetz für den deutschen Arztstand annehmbar ist oder nicht. Dieser angedrohte Generalstreik der Ärzte gegen die Durchführung eines Gesetzes zeugt von einer sehr entschiedenen Wahrung ihrer Interessen, indes scheinen mir die Befürchtungen, die hier der Reichsversicherungsordnung entgegengebracht werden, übertrieben. Die Stellung des Arztes in der Arbeiterversicherung muss eine unabhängige sein, aber der Arzt muss auch der hohen sozialpolitischen Bedeutung der Versicherungsträger die rechte Würdigung angedeihen lassen.

× **Steinhauer-** Die Bundesratsverordnung **verordnung** für das Steinhauergewerbe hat eine Erweiterung dahin

erfahren, dass sie nicht nur auf Steinbrüche und Steinmetzbetriebe Anwendung findet sondern auch auf die im Freien arbeitenden Steinschläger. Arbeiterinnen über 18 Jahre dürfen künftig nicht länger als 6 Stunden bei der Herstellung von Chausseesteinen beschäftigt werden. Jugendliche Arbeiter, die zur Bearbeitung des feuchten Sandsteins zugelassen werden, können bis 9 Stunden beschäftigt werden. Den Arbeiterinnen und Jugendlichen ist das Transportieren und Verladen von Steinen und Abraum verboten.

× **Evangelisch-** Die Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses, **sozialer Kongress** die am 1. und 2. Juni in

Heilbronn stattfand, bot recht interessante Diskussionen. So wandte sich Graf Posadowsky in seinem Vortrag über Luxus und Sparsamkeit scharf gegen die junkerliche Abwehr der Erbschaftsteuer und geisselte die Sucht in hohlem Scheingepränge die Genussucht gewisser Gesellschaftsgruppen nachzuahmen. Sehr eigenartig war die Debatte über die Stellung zu den Gewerkschaften. Man verurteilte zunächst allgemein die gelben Gewerkschaften und liess auch die Antipathien gegen die freien Gewerkschaften deutlich erkennen. Hiervon abweichend erklärte Lic. Traub-Dortmund, dass mit der Gewerkschaftsfrage Kirchenpolitik nicht verquickt werden sollte. Die Gewerkschaftsbewegung müsse vor allem in den Dienst der deutschen Gesamtkultur, nicht in den Dienst irgend welcher Kircheninteressen, gestellt werden. Diese Auffassung fand in der Diskussion recht viel Anklang; allerdings ist diese Wendung in den Anschauungen keine freiwillige, sie entspringt vielmehr

dem Gefühl, dass die freien Gewerkschaften so stark das Geistesleben der Arbeiterschaft beherrschen, dass es töricht wäre hiergegen den Kampf aufzunehmen. Deshalb erscheint den Einsichtigen eine Anpassung an die Verhältnisse wohl ratsamer.

× **Kurze Chronik** In Frankreich soll durch einen Gesetzentwurf die Nachtarbeit in den Bäckereien bis auf geringe Ausnahmen verboten werden. × Ein österreichischer Gesetzentwurf will für das Bäckergewerbe eine 6stündige Arbeitszeit in der Zeit von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens gestatten. Einschliesslich der Tagesarbeit soll in der Regel die 10stündige Arbeitszeit nicht überschritten werden. × In einer Eingabe an das Parlament forderten die österreichischen Arbeitgeberverbände eine Änderung der Koalitionsfreiheit dahin, dass den Arbeitswilligen ein grösserer Schutz gewährt wird. Ferner verlangten sie ein Verbot des Boykotts und der Kontrolle der im Streik befindlichen Betriebe. × Die preussische Bergesetznovelle ist im Abgeordnetenhaus in 3. Lesung verabschiedet worden. Unsere Parteigenossen stimmten gegen die Vorlage, weil die Einrichtung der Sicherheitsmänner, die sozialpolitisch wichtigste Bestimmung des Gesetzes, in der dort gewählten Form keineswegs genügt.

× **Literatur** Unter Beibringung eines umfangreichen Materials versucht Heinrich Münz die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier /Essen, Baedeker/ darzustellen. Er gibt einen historischen Abriss der Entwicklung des Bergbaus im Ruhrgebiet, der uns besonders den Riesenaufschwung der Produktion in den letzten zehn Jahren vor Augen führt. Der Zuzug fremder Arbeiter, das Aufsteigen der Löhne wird in ihren Ursachen und Wirkungen zutreffend geschildert. Stark tritt in der Arbeiterschaft die Zuwanderung aus den östlichen Provinzen in die Erscheinung. Die fremden Zuwanderer mit ihren geringeren Lebensbedürfnissen sind meist auf den jüngeren Zechen am stärksten vertreten, weil nur sie sich mit den dürftigen Unterkunfts- und Lebensverhältnissen zufriedener geben, wie sie das Anhäufen grosser Arbeitermassen in bisher dünn bevölkerten Gegenden bedingt. So war beispielsweise auf der Zeche *Ewald*

im Jahre 1899 nahezu 85 % der Belegschaft aus den östlichen Provinzen. Ausserordentlich wertvoll erscheint in der Behandlung der Unfallgefahr die Tatsache, dass im Jahre 1907 von 1000 Ausländern 241, von 1000 östlichen Zuwanderern 193 und von 1000 der übrigen Belegschaft 157 verunglückten. Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass gerade im Bergbau die Unkenntnis und Fahrlässigkeit der einzelnen leicht das Leben der Mitarbeiter gefährden kann, besonders bilden die fremden Elemente eine Gefahr für die gesamte Belegschaft. Diese Gefahr ist auch durch die Anordnung des Oberbergamts, dass fremdsprachige Arbeiter zu verantwortungsvollen Posten nur zugelassen werden, wenn sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, nicht ganz beseitigt. Einige andere wichtige Fragen werden in einer mehr unternehmerfreundlichen Tendenz behandelt. So wird die Einführung der Tarifverträge für den Bergbau unter Tag für undurchführbar gehalten; auch die Gegenüberstellung der Löhne mit den Unternehmervergewinnen erfährt eine schiefe Darstellung, und schliesslich ist die Beurteilung der Bestrebungen des *alten* Bergarbeiterverbands keine zutreffende. Die Broschüre enthält aber ein reichliches Material, das trotz dieser Mängel seinen Wert behält.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Anlagen der Versicherungsanstalten Nach § 164 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 können die Versicherungsanstalten mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden einen Teil ihres Vermögens in Grundstücken anlegen. Die auf Grund dieser Bestimmung gewährten Gelder für den Bau von Arbeiterwohnungen machen von Jahr zu Jahr einen beträchtlichen Teil des Vermögens der Versicherungsanstalten aus. So betrug der tatsächliche Bestand derartiger Anlagen im Jahre 1908 643,3 Mill. M. gegen 336,4 Mill. M. im Jahre 1903.

Das Verhältnis der gesamten Ausleihungen für gemeinnützige Zwecke, ohne die eigenen gemeinnützigen Veranstaltungen der Versicherungsträger, zu deren Gesamtvermögen, veranschaulicht die nachstehende Übersicht: Am Schluss des Jahres 1903 betrug das Gesamtvermögen 1084,3 Mill. M. Davon entfielen auf Darlehen für gemeinnützige Zwecke nach Abzug der Rückzahlungen 307,4 Mill. M., das sind 28,4 %. Im Jahr 1907 stellte

sich das Gesamtvermögen auf 1404,1 Mill. M.; die Ausleihungen für die erwähnten Zwecke stiegen jedoch auf 509,4 Mill. M. oder 36,3 %. Einschliesslich der eigenen gemeinnützigen Veranstaltungen der Versicherungsträger waren die Ausleihungen noch um einiges höher; sie stellten sich 1903 auf 336,4 Mill. M. oder 31,0 % des Gesamtvermögens; 1907 hingegen machten sie 556,0 Mill. M. oder 39,6 % des Gesamtvermögens aus.

Die gesamten Aufwendungen werden in 4 Gruppen geteilt, von denen die letzte den von den Versicherungsträgern gemachten Aufwendungen für eigene Veranstaltungen reserviert bleibt. Die 1. Gruppe umfasst die Aufwendungen für den Bau von Arbeiterwohnungen, Ledigenheimen, Herbergen zur Heimat, Gesellenhäusern usw. Von 675,3 Mill. M. die bis zum Schluss des Jahres 1908 ausgeliehen waren, machten die Aufwendungen für diese Zwecke 239,4 Mill. M. aus. Darunter waren 225,6 Mill. M. für Familienwohnungen und ein relativ kleiner Betrag, 13,8 Mill. M. für Ledigenheime. Charlottenburg zählt bekanntlich zu den wenigen Städten, die 1908 ein derartiges Institut errichtet haben. Dabei ist zu beachten, dass besonders die Versicherungsanstalten der Rheinprovinz, Westfalen und Württemberg der Förderung des Wohnungsbedürfnisses der ledigen Arbeiter Interesse entgegengebracht haben.

Die 2. Hauptgruppe der gemeinnützigen Anlagen erstreckt sich auf die Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses und umfasst Darlehen für Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserungen, Hebung der Viehzucht, Linderung der Futtermangel usw. Diese Gruppe weist bis zum Jahr 1908 Beleihungen in Höhe von etwa 95,8 Mill. M. auf.

Die 3. Gruppe enthält diejenigen Beträge, die für sonstige Wohlfahrtszwecke, insbesondere für Errichtung von Kranken- und Genesungshäusern, für Volksheilstätten, Gemeindepflegestationen, Arbeiterkolonien, Volksbäder, Blindenheime, Kleinkinderschulen, Schlachthäuser, Wasserleitungen, Kanalisationsanlagen, Spar- und Konsumvereine hergegeben sind. Diese Darlehen beliefen sich bis zum Schluss des Jahres 1908 auf 340,0 Mill. M.

Grundsatz bei den Anlagen für gemeinnützige Zwecke ist, dass sie mündel-sicher sind. Indes dürfen die Versicherungsanstalten mit Genehmigung der

Aufsichtsbehörde bis zu einem Viertel ihres Vermögens abweichend von den Grundsätzen der Mündelsicherheit anlegen. Dies ist insbesondere dann statthaft, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, die ausschliesslich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu gute kommen. Von den 239,4 Mill. M., die für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgegeben wurden, sind 37,2 Mill. M. oder 15,5 % nicht mündelsicher angelegt.

Bei der 4. Gruppe, den eigenen gemeinnützigen Veranstaltungen der Versicherungsträger, handelt es sich in der Hauptsache um Heilanstalten. Hierfür sind bis zum Schluss des Jahres 1908 im ganzen 53,7 Mill. M. aufgewendet worden. Beachtenswert ist, dass auch die Landwirtschaft von den Darlehen, die durchweg zu einem Zinssatz von 3 bis 4 % ausgegeben werden, nicht unerheblich profitiert. Hiergegen wäre nichts einzuwenden, wenn die Versicherungsanstalten im Hinblick auf die der Arbeiterschaft zu gute kommenden Unternehmungen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit handelten und die Rückichten auf die Parteipolitik ausser Spiel liessen. Es sei nur daran erinnert, dass dem Berliner Gewerkschaftshaus von der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Hypothek gekündigt wurde, weil es sich hier nach Ansicht des Direktors der Versicherungsanstalt Dr. Freund um ein sozialdemokratisches Unternehmen handeln sollte.

× **Arbeitslosen-** Im November 1908 be-
× **versicherung** schäftigte sich eine vom bayrischen Ministerium des Innern einberufene Konferenz mit der Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung. Sie ernannte den Rechtsrat Fleischmann in Nürnberg zum Referenten und die Landtagsabgeordneten Grafen Pestalozzi (Zentrum) und Simon (Sozialdemokrat) zu Korreferenten, mit dem Auftrage einer späteren Konferenz Vorschläge zu machen. Fleischmann und Simon haben dem Minister ihre Referate Ende Februar übermittelt. Der Nürnberger Rechtsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die Arbeiter die Kosten der Versicherung allein aufzubringen haben und die Gemeinden nur die Verwaltungskosten bestreiten sollen. Simon hingegen empfiehlt das Genter System der Arbeitslosenversicherung, das bekanntlich in der Zahlung von Zuschüssen an die Gewerkschaften gipfelt, und schlägt vor:

Die Gewerkschaften sollen den Betrag des städtischen Zuschusses von 50 Pf. pro Person täglich einstweilen auslegen und monatlich eine Liste der Namen der Arbeitslosen usw. dem Magistrat zur Prüfung einreichen, worauf der Zuschuss ausgezahlt wird. Der Staat soll den Gemeinden ein Drittel der ausgegebenen Summe ersetzen. Die Arbeitslosen müssen sich auf dem städtischen Arbeitsamt täglich zur Kontrolle melden und ihnen zugewiesene, für sie passende Arbeit annehmen. Die Verpflichtung unter dem tariflichen oder ortsüblichen Lohn Arbeit anzunehmen darf nicht auferlegt werden. Die Gewerkschaften müssen ihre Statuten und Unterstützungsreglements dem Magistrat einreichen sowie Einblick in die Bücher der Arbeitslosenkasse gewähren. Gewerkschaften, die gegen die Satzungen verstossen oder deren Beamte dabei mitwirken, dass Unberechtigte den Zuschuss erhalten, werden auf 1 Jahr vom Bezug des Gemeindeforschusses ausgeschlossen. Mit der Durchführung dieses Systems, zunächst in den grösseren Städten, dem Ausbau der städtischen Arbeitsämter und der planmässigen Ausführung von Winterarbeiten würde der Boden vorbereitet, auf dem sich später eine Reichsarbeitslosenversicherung aufbauen könnte. Auf keinen Fall aber dürfen die Vertreter der Kommunen bloss nach dem Staat rufen und, weil dieser zurzeit selbst nichts tut, jedes Eingreifen der Gemeinde vertagen. Gegen diesen Vorschlag des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wird von sozialdemokratischer Seite geltend gemacht, dass es bedenklich sei den Gemeinden ein Aufsichtsrecht einzuräumen, das von rückschrittlichen Verwaltungen im reaktionären Sinne ausgenutzt werden könnte.

Im Laufe des verflossenen Winters hatte die Stadt Mainz eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, über deren Umfang und Anwendung bereits ausführlich berichtet wurde (siehe die Rubrik *Kommunalpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 382 ff.). Nach einem Bericht, den das Bürgermeisterrat dann im April herausgegeben hat, waren in der Stadtverordnetenversammlung für den genannten Zweck 10 000 M. zur Verfügung gestellt, doch wurden nur 3428,65 M., an denen 337 Personen partizipierten, gebraucht. In dem Urteil, das die städtische Verwaltung über den Versuch fällt, heisst es: »Die zur Durchführung der Arbeitslosen-

unterstützung getroffenen Bestimmungen haben sich im grossen und ganzen bewährt. Insbesondere vollzog sich die Kontrollierung der Arbeitslosigkeit durch die Gewerkschaften (für Organisierte) und die Polizeibezirke (für Nichtorganisierte) glatt und fast ohne Anstand. Durch die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Kontrolle erfuhr die städtische Verwaltung, wie hier ausdrücklich festgestellt sei, eine willkommene und dankenswerte Unterstützung. Dass in den Bestimmungen nicht für alle vorkommenden Fälle Vorsorge getroffen werden konnte, ist klar. Es galt deshalb bei ihrer Durchführung als oberster Grundsatz, dass im Zweifel stets zu gunsten der Bewerber zu entscheiden sei. . . . Versuche durch unwahre Angaben die Arbeitslosenunterstützung zu erschleichen kamen nicht zur Kenntnis der Verwaltung. Kann man nach diesem Ergebnis auch behaupten, dass die Arbeitslosenunterstützung sich als eine recht zweckmässige Einrichtung erwiesen hat und von den Arbeitslosen als eine Wohltat empfunden worden ist, so ist doch damit das Problem der Arbeitslosenversicherung keineswegs gelöst. Von einer Versicherungseinrichtung kann, da die Gegenleistung fehlt, überhaupt nicht gesprochen werden. . . . Die einzig vollkommene Lösung ist und bleibt die obligatorische Einführung der Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen. X

Apothekenregie In Edgard Milhauds Zeitschrift *Les Annales de la Régie directe* schildert

Alessandro Schiavi die Erfolge des von der italienischen Gemeinde Reggio-Emilia eingerichteten städtischen Arzneiwarenvertriebs. Die starke Belastung des kommunalen Budgets durch die Ausgaben für öffentliche Anstalten veranlasste die Stadtverwaltung am 1. Juli 1900 eine Apotheke einzurichten, aus der zunächst nur an städtische Arme Medikamente abgegeben wurden. Im Oktober 1903 erweiterte man den Vertrieb insofern als auch gemeinnützige Organisationen für ihre Unterstützungsbedürftigen Arzneiwaren erhielten. Am 1. Januar 1906 endlich wurde das städtische Apothekenwesen einer besonderen Verwaltung unterstellt und somit völlig verstaatlicht. Allen Angriffen und Widerwärtigkeiten zum Trotz, die auch hier nicht fehlten, entwickelte sich das Unternehmen aufs beste. In den vier Jahren von 1904 bis 1907 verdoppelte sich der

Umsatz; er stieg nämlich in dieser Zeit, die Abgaben an städtische Anstalten nicht eingerechnet, von 101 676,82 fr. auf 193 994,90 fr. Das Jahr 1907 brachte bei einem Gesamtumsatz von (einschliesslich der Abgaben an die städtischen Anstalten) 229 528,28 fr. einen Überschuss von 22 078,55 fr. Da die Stadt ein Kapital von nur 60 000 fr. in das Unternehmen gesteckt hat, ergibt sich für das Jahr 1907 ein Gewinn von 36,79 %.

An Gehältern für das 21 Mann starke Personal der Apotheke hat die Stadt die nach unseren Begriffen ausserordentlich mässige Summe von 33 376 fr. ausgegeben; der Direktor erhält nur 3300 fr., die Apothekergehilfen durchweg 2200 fr. Jahresgehalt. Aber man darf wohl annehmen, dass diese Besoldung den allgemeinen Verhältnissen des Landes entspricht.

Was den Gewinn der Stadt und ihrer Bürger anlangt, so darf nicht vergessen werden, dass er in dem oben mitgeteilten Überschuss nur zum recht geringen Teil ausgedrückt ist. Die Stadt hat allmählich wertvollere Medikamente mit bedeutend verringerten Kosten bereiten lassen. Nach dem früheren System berechnet hätte jedes Medikament im Jahr 1900 sich auf 0,53 fr., im Jahr 1907 auf 0,89 fr. Kosten gestellt. Die wirklichen Ausgaben der Stadt betragen für jedes Rezept durchschnittlich im Jahr 1900 nur 0,36 fr., im Jahr 1907 gar nur 0,27 fr. In den drei Jahren 1904, 1905 und 1906 stellten sich die Kosten aus Gründen, über die Schiavi nichts mitteilt, im Einzelfall gar nur auf 0,14, 0,11 und 0,15 fr. Die 59 000 Einwohner zählende Stadt Reggio-Emilia ist jetzt im Begriff sowohl am Ort selbst wie in der Umgegend Verkaufsstellen der städtischen Apotheke herzurichten.

Schiavi fasst sein Urteil über die städtische Apothekenregie in folgende Worte zusammen: Während die gesamte Einwohnerschaft ihren Bedarf an Apothekerwaren zu billigeren Preisen erhielt, erzielte die Stadt steigende Gewinne: das ist der Erfolg, der durch diese Reform herbeigeführt wurde. X

Kurze Chronik Die Stadt Düsseldorf hat ihre Gemeindebetriebe beträchtlich ausgedehnt. Bei einer Gesamtzahl von 95 902 Personen, die in Düsseldorfer Handels- und Gewerbebetrieben nach der Berufszählung von 1907 beschäftigt waren, waren 3131

Personen, oder 3,27 % aller in der Stadt gewerbstätigt Beschäftigten in städtischen Betrieben angestellt. Auf je 1000 Einwohner entfallen 11,2 in städtischen Betrieben tätige Personen; in M ünchen stellt sich diese Zahl nur auf 6,3. Von dem gesamten Vermögen der Stadt entfielen 122 142 394 M., das sind 82 %, auf Gemeindebetriebe ausschliesslich der öffentlichen Anlagen. X Die städtische Verwaltung von Bamberg hat im April erklärt, dass sie eigene Gemeindeschlächtereien einrichten werde, um das Publikum vor der andauernden Ausbeutung durch die Fleischer zu schützen, falls diese die Fleischpreise nicht herabsetzen. Dies Mittel half, denn die Innung setzte nunmehr die Preise für Ochsenfleisch von 86 auf 80 Pf. herab. Ferner verpflichteten die Fleischermeister sich von einer Erhöhung der Fleischpreise abzusehen, bis ein aus Fleischermeistern und Vertretern der Stadt zusammengesetzter Ausschuss darüber entscheide. Wie notwendig übrigens energischere Schritte der Stadtverwaltung sind, zeigt die Tatsache, dass die Bamberger Fleischermeister das beste Ochsenfleisch an die Garnisonverwaltung und an Grosswirte für 58 Pf., also um 28 Pf. billiger als an das Publikum verkauften.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Lebensführung Der bekannte Verfasser der *Lebenskunde*, Friedrich Wilhelm Foerster, hat kürzlich ein Buch über *Lebensführung* / Berlin, Reimer/ herausgegeben, das sich als Fortsetzung jener *Lebenskunde* betrachtet und »für geistig mündige junge Leute beiderlei Geschlechts« bestimmt ist. Man muss diese Einschränkung beachten, wenn man dem Buch Gerechtigkeit widerfahren lassen will. Es ist vielleicht kein Schaden, wenn ein pädagogisches Werk mit rigorosen Forderungen arbeitet; es ist ganz recht, wenn man den Werdenden Absoluten, Bestimmtes hinhält und ihnen den energischen Glauben an positive Charakterwerte gibt. Der Relativismus ist die Sache der Reiferen; er stellt sich von selber ein. Aber mancherlei ist im besondern noch von dem Buch zu sagen. Zunächst will diese Besprechung nicht den Verdacht erwecken, dass Foerster auf altfränkisch herbe Art eine erdrückende Moral predige; davon kann nicht die Rede sein. Für ein pädagogisches Buch ist Foersterns *Lebensführung* sehr geschmackvoll geschrieben; wer Geschmack

hat, hat auch ethischen Takt, und ethischer Takt entbehrt gern alles rauhen ethischen Systematisierens. In diesem Buch finden sich Formulierungen, die man als sprachkünstlerische Leistungen bezeichnen darf. So weit möchte man von dem Buch also nur Freundliches sagen. Aber ist auch Foerster ein Mann von grösster Noblesse der Gesinnung und von einem ehrwürdigen Erlebnisreichtum, die ihm ein Recht geben viel zu fordern, und ist es auch eine hohe Angelegenheit einen jungen Charakter zu *organisieren*, so hätte das Buch doch erheblich differenzierter sein können. Sicher ist nichts schwerer als in einem pädagogischen Buch eine delikate Kasuistik zu pflegen, ohne den Leser — zumal den jungen — zu verwirren und unsicher zu machen. Und besser wohl die Lücke als ein Missgriff. Aber schliesslich steht den runden Imperativen eines pädagogischen Vademekums und seinen blanken Abstraktionen beispielsweise das Leben des jungen Goethe gegenüber; und nichts verhängnisvoller als ihn den jungen Menschen auf der Wolke einer fingierten Künstlermoral zu entführen. Nein, jeder Werdende hat ein Recht sich an der Moral Goethes zu erbauen; und es wäre vornehmste Pflicht der Älteren diese Moral vor Missverständnissen zu beschützen. Der konkrete Weg, die Methode, die mit dem Exemplarischen operiert, ist auch ein Mittel der Pädagogik, und nicht das schlechteste. Alles Allgemeine in der Pädagogik wirkt am Ende verhärtend und abstumpfend; es gibt keine konkretere, kein individuellere Angelegenheit als das Charakterwerden. Diesen generellen Einwand kann ich auch gegenüber einem so tüchtigen Buch wie Foersterns *Lebensführung* nicht zurückhalten. Um so weniger als dies Buch tatsächlich über den Rahmen einer Anweisung zur Selbsterziehung für junge Menschen hinausgreift. Das soll kein Vorwurf sein, im Gegenteil. Wir haben es hier eben zuletzt mit dem ersten Bekomtnis eines Mannes zu tun, der mehr zu geben hat als den Entwurf einer Erziehungstechnik. Er gibt eine persönlich empfundene Weltanschauung. Besser, er hätte uns eine Selbstbiographie geschrieben; ich glaube, sie würde sich lohnen. Weil es sich hier um ein Weltanschauungsbekennntnis handelt, nicht nur um ein Kompendium formaler Methoden, müssen wir den stofflichen Gehalt dieser Pädagogik selber, nicht etwa bloss ihren gymnastischen Wert untersuchen. Hier

müssen wir jene Einschränkung fallen lassen, die das Buch der Jugend widmet. Und wir werden manches sehr entschieden zu bezweifeln haben, wenn wir das Material diskutieren, an dem Foerster seine Zöglinge bewähren will. Einige Beispiele statt vieler. Foerster behandelt unter anderem die *Frauenfrage*. Foersters Innenleben ist in gutem Sinn konservativ. Er ist zwar weit davon entfernt die Ungleichheit zwischen Mann und Frau zu verteidigen. »Ein wahrhafter Mann sollte . . . einen heiligen Krieg gegen alle offenen und geheimen Männerprivilegien führen: seine Männlichkeit wird sich darin zeigen, dass er Privilegien gewährt statt sie anzunehmen.« Im Hintergrund dieser anständigen Liberalität steht jedoch die Hoffnung, dass die Frau im wesentlichen das bleibe, was sie ist. Foerster warnt davor, dass man sich durch »Geschwätz« oder »Zeitmoden« abhalten lasse »die demütige, dienende Liebe als höchste Frauenkraft und Frauenwürde zu feiern und jeder Art von weiblichem Selbstkultus unbarmherzig die Achtung zu versagen«. Das klingt fatal; und ist irgend etwas daran, das mehr bedeutet als einen subjektiven Wunsch, dann ist es deplaciert es heute zu sagen, es so zu sagen. Das gleiche gilt von dem Kultus der Form, dem Foerster die Eheschliessung unterwerfen will. »Innerhalb der Beziehungen der Geschlechter . . . besteht die . . . Keuschheit darin, dass man einem gehört und sonst keinem, und auch diesem nur in einem geweihten Lebensbunde, also nicht in freier Sitte und würdeloser Hingabe sondern im Einklang mit der ehrwürdigen Form, die ein Symbol und ein Hilfsmittel bedeutet für alles, was Charakter, Treue und Sammlung im Leben ist.« Und Foerster lässt keinen Zweifel darüber, dass er an den zivilen und den kirchlichen Trauungsakt denkt. Es ist etwas Schönes um festliche Formen. Einstweilen aber ist es doch wichtiger den Widerstand gegen die Form zu organisieren. Mehr als bedenklich wird vollends die Unerbittlichkeit, die eine illegitime Mutterschaft mit dem Stigma sittlicher Minderwertigkeit versieht. Wäre die Sache nicht an sich selber ungeheuerlich, so musste Foerster durch den Takt, den man den Verhältnissen der Zeit schuldet, davor bewahrt bleiben derartige Dinge zu sagen. Diese Verhältnisse fordern zunächst eine strenge Disziplin im Kampf gegen das Alte, gegen eine Vernunft, die im allge-

meinen Unsinn geworden ist und noch eine Weile brauchen wird, bis sie wieder zum Sinn wird. Und mehr dergleichen. Der *sozialistische Student* gilt Foerster als Widerspruch in sich selbst. Gewiss, der Begriff des Studiums umschliesst den Begriff einer holden Unfertigkeit. Und wir wissen ja, dass man als Politiker die Unfertigkeit des Studenten ganz und gar ablegt. Aber, selbst wenn uns der Begriff etwas angehe, hätte er seine Rechte verloren, wo alle Tatsachen des Lebens nach einer sozialistisch orientierten Studentenschaft verlangen. Unerträglich endlich und allen Aktphotographien zum Trotz nicht zeitgemäss ist die subtile Unterscheidung zwischen sinnlichem Wohlgefallen und ästhetischem Vergnügen am Nackten, die Foerster einem seltsamen Kultus des Verhüllten zutreibt. So kann ich mir eine grosse Erziehung der Jugend und des Volks nicht vorstellen. Man kann das Schamgefühl sehr ehren, man kann es heilig halten und doch jene Methoden der Ängstlichkeit wegweisen. Die elementare Voraussetzung dieser Freiheit wäre es freilich, dass man die verdamnte Unterscheidung zwischen Ästhetik und Sinnlichkeit endlich aufgäbe, gegen die Kleist vor hundert Jahren seinen wundervollen *Brief eines Malers an seinen Sohn* geschrieben hat.

Genug. Was man an dem Werk auszusetzen haben mag, es bleibt jedenfalls ein Verdienst, dass uns und der jungen Generation die Idee der Selbstdisziplinierung zugeworfen wurde. Disziplinierte Charaktere tun uns not. Sie entstehen zwar, wie ich glaube, auch nach anderen Methoden; Foerstes Weg aber ist jedenfalls ein Weg, wenn auch nicht der Weg. Ihn nachzuahmen oder zu bezweifeln ist die Sache des einzelnen.

× ×

Kurze Chronik Seit dem 1. April erscheint in Leipzig eine Monatschrift für Arbeiterbibliotheken unter dem Titel *Der Bibliothekar*, die im Sinn der Bildungstätigkeit unserer Partei auf das Bibliothekswesen der Arbeiter zu wirken strebt. × In der *Neuen Zeit* macht Genosse Heinrich Schutz Mitteilungen über die Aufwendungen der sozialdemokratischen Partei für Arbeiterbildungswesen. Danach stehen die deutschen Städte mit den Etats ihrer sozialistischen Arbeiterbildungsvereine in folgender Stufenordnung: Bremen verzeichnet eine Ausgabe von 11 920 M., Leipzig gibt 10 810 M. aus,

Kiel 5921 M., Halle 4793 M., Magdeburg 2316 M., Forst 2018 M., Brandenburg 1578 M., Greiz 966 M. Da bei der Aufstellung der Etats in den einzelnen Orten verschiedene Grundsätze zur Anwendung gelangten, sind die Etats nicht unmittelbar vergleichbar. Auch ist, wie man sieht, nur eine Minorität von Städten berücksichtigt. X Der *Rhein-Mainische Verband für Volksbildung*, eine parteipolitisch neutrale Bildungsorganisation, hat ein *Verbands-theater* gegründet, das auch in den kleinsten Gemeinden Vorstellungen von künstlerischer Qualität veranstaltet. Während der Wintermonate 1908-1909 organisierte der Verband in 71 Ortschaften mit insgesamt 834 700 Einwohnern 160 Theatervorstellungen, die von 45 000 Personen besucht wurden. Im nächsten Winter sollen am Niederrhein ähnliche Versuche gemacht werden. X Nach den *Dokumenten des Fortschritts* hat sich am Ausgang des Jahres 1908 in Paris eine *Gesellschaft für moralische Kultur* gebildet. Der Verein beschäftigt sich zurzeit insbesondere mit einer Kodifikation der moralischen Lehrgedanken, die im Moralunterricht der Schulen zur Behandlung gelangen können. X Mit der Zentralstelle Jena hat sich eine *Kultur-gesellschaft Ernst Abbe* gebildet. Ihre Absichten erhellen aus ihrem Aufruf. Die Gesellschaft bezweckt die Verbreitung, Weiterbildung und Verwirklichung der ... Bestrebungen Abbes ... Die propagandistische Aufgabe ... soll es ... sein alle ... grossen Massen des Volks zum Bewusstsein der gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte zu bringen, welche sie als Verbraucher und Hersteller der Güter besitzen, und sie davon zu überzeugen, dass diese Kräfte durch gemeinnützige solidarische Arbeitsorganisationen zu einer unwiderstehlichen Macht zusammengefasst und für die eigene wirtschaftliche und damit kulturelle Befreiung verwertet werden können. Das Volk soll seine wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, soll als Gesamtheit sein eigener Kapitalist, Produzent und Bodenbesitzer werden.

X **Literatur** X
Über den *Kirchenszwang in Elsass-Lothringen* /Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*/ bringt ein *Elsässischer Freidenker* sehr interessante Notizen, die sich auf das Kulturbudget des Reichslandes, die Kirchensteuer, Pläne zu staatlichen Zu-

schlagssteuern für Kirchenzwecke, auf die ungeheure Erschwerung des Austritts aus der katholischen Kirche und auf die Zwangslage der Eltern beziehen ihre Kinder in den staatlichen Religionsunterricht einer der drei anerkannten Bekenntnisse, ja selbst in einen von der Schule ganz unabhängigen Spezialunterricht des Pfarrers zu schicken. Ein Material, das sich die Anhänger der Trennungsbewegung nicht entgehen lassen sollten. X Zur Frage der geistlichen Schulaufsicht veröffentlicht Wilhelm Paul /Berlin, *Volkszieherverlag*/ eine umfangreiche Stoffsammlung, die geradezu ungläubliche Enthüllungen über das Herrschaftsverhältnis der Pfarrer zu den Lehrern bringt. Wer irgend auf schulpolitischem Gebiet tätig ist, wird sich mit diesem Buch beschäftigen müssen. Der Pfarrer erscheint hier als der Herr des Privatlebens des Lehrers, der Lehrer in moralischer Leibeigenschaft, um nicht zu sagen in physischer. Der Ausdruck *Enthüllungen* ist hier wirklich nicht ohne seine volle Bedeutung gebraucht; denn die Mehrheit des deutschen Volkes hat von diesen Dingen nicht die entsetzlich konkrete Vorstellung, die hier vermittelt wird. X Ein Buch August Piepers über *Jugendfürsorge und Jugendvereine* /M.-Gladbach, *Volksvereinsverlag*/ gewährt einen deutlichen Einblick in das Arbeiten der katholischen Jugendorganisationen Deutschlands. Man kann vor diesem Arbeiten einen grossen formalen Respekt haben. Da wird mit ausserordentlichem Geschick geschafft. Kaum eine Seite der Jugendfürsorge ist hier ausser betracht gelassen; das Buch erschöpft sich nicht in Vorschlägen zur vereinsmässigen Jugendfürsorge. Die Leiter der sozialistischen Jugendorganisationen finden formale Anregungen, die sie verwerten können, mindestens aber eine gründliche Orientierung über die Tätigkeit des Gegners. X In einer Schrift, die den Lehrern empfiehlt in Jugendfürsorgeorganisationen mitzuarbeiten (*Soll die Lehrerschaft in Jugendfürsorgeorganisationen mitarbeiten?* /Halle a. S., Schroedel/), gibt Konrad Agahd eine elementare Einführung in die Situation überhaupt. X *Eine neue Zeitschrift Jugendwohlfahrt* /Leipzig, Teubner/ erscheint seit Beginn des Jahres. Die Zeitschrift will keine pädagogische Fachzeitschrift werden sondern allen vorhandenen Jugendfürsorgebestrebungen, allen diesen durcheinanderwogenden,

sich bald antreibenden, bald auch hemmenden Strömungen . . . einen Vereinigungspunkt bieten. Wir werden kaum zu erwarten haben, dass die neue Zeitschrift den sozialistischen Jugendorganisationen Sympathieen entgegenbringt; doch wird es sicher Gebiete geben, auf denen sie in einem auch uns willkommenen Sinn zu wirken vermag, und wo wir sie nutzen können. X Zum Problem *Lesen und Bildung* spricht Georg Witkowski in einer an Selbstverständlichkeiten reichen Schrift *Was sollen wir lesen, und wie sollen wir lesen?* /Leipzig, Hesse/. Dem Bucherverzeichnis am Schluss fehlt es an Systematik wie an persönlicher Note in der Auswahl. Dennoch mag das Büchlein manchem die erste Richtung geben. X Wichtiger ist eine Publikation *Vom Lesen und von guten Büchern* (siehe die Rubrik *Dichtkunst* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1314). Man kann über den Wert einer solchen Bevormundung verschieden denken. Immerhin bietet der Weg, den der Verleger Hugo Heller in Wien eingeschlagen hat, interessante Punkte. Er hatte eine Anzahl deutscher Autoren aufgefordert die 10 Bücher zu bezeichnen, die sie persönlich für die besten halten. Unter den 32 Antworten stehen Namen wie Altenberg, Ebner-Eschenbach, Hesse, Hofmannsthal, Mayreder, Meier-Graefe, Schnitzler, Hans und Ludwig Thoma, Wassermann und andere. Die Auswahl ist äusserst persönlich und ausdrucksvoll. Natürlich immer einseitig; aber gerade darum fesselnd. Es gibt ja, wie Ludwig Thoma doppelt-sinnig antwortet, gar nicht 10 beste Bücher. Die Liebhaberei im edelsten Sinne des Wortes ist das Entscheidende beim Lesen und bei der Bildung.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Arbeiterbl-graphieen Von Tendenzschriftstellern aus dem arbeiterfreundlichen und arbeiterfeindlichen Lager ist gar vieles in die Psyche des Proletariats hineingedacht und hineinempfunden worden, das ganz abseits vom typischen Denken und Fühlen des Arbeiters liegt. Durch Paul Göhrs einsichtiges und umsichtiges Bemühen wächst uns nun allmählich ein lebenswahres, unverfälschtes Material zur Seelenkunde des Proletariats zu. Die *Denk-würdigkeiten und Erinnerungen eines Ar-*

beiters, die Göhre im Jahre 1903 /Jena, Diederichs/ herausgab, enthüllen uns die Weltanschauung und das Empfindungsleben einer grossen proletarischen Gruppe, deren Seelen, noch ganz von harter Fronarbeit niedergedrückt, nicht die grossen politischen und sozialen Kämpfe ihrer Zeit denkend und mithandelnd durchlebten. In der uns jetzt vorliegenden Arbeiterbiographie, in Wenzel Holeks *Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters* /Jena, Diederichs/ schliesst uns Paul Göhre die Seelenverfassung der aufstrebenden, den proletarischen Kulturkampf zielklar und metvoll durchkämpfenden Arbeiter auf. Nicht aus dem kollektiven Arbeitsprozess ersteht spontan im Kopf Wenzel Holeks der kollektivistische Gedanke, sondern dieser keimt und blüht in ihm auf durch die Unterweisungen eines sozialistischen Maurers und durch dessen vielseitige Broschürenliteratur. Unser Wenzel Holek ist zuerst begeisterter Leser eines bürgerlichen jungtschechischen Blattes und reift dann langsam zum zielklaren Sozialisten heran. Sein Denken wird durch bewusste Momente, durch systematische sozialistische Erziehung, ebenso in sozialistische Bahnen gelenkt wie das jener österreichischen Arbeiterin, deren Lebensbeschreibung (*Jugendgeschichte einer Arbeiterin* /München, Reinhardt/) August Bebel mit einer Vorrede versah. Die fanatische Antisemitin, deren Seele für den wirtschaftlichen Krieg gegen ganz Israel entflamte, läutert sich durch den tiefgründigen Unterricht eines Sozialisten und durch das umfassende Studium der sozialistischen Literatur zur sozialdemokratischen Kämpferin empor. Wenzel Holek entstammte einer lohnarbeitenden Familie, und jahrelang scharwerkte er im hochindustriellen Böhmen und Sachsen in Ziegeleien, Zuckerfabriken, Bergwerken als Lohnproletarier, und dennoch umgaukelten kleibürgerliche Glücksvorstellungen seinen regen Geist. Er schreibt die Zeilen nieder: »Ich träumte und plante so wie alle Landbewohner, die von der Not getrieben oder vom Glanze der höheren Löhne in die Städte gezogen werden, um sich dort ein kleines Kapital, durch Arbeit und Sparen, zu erringen, um dann womöglich wieder zurückzukehren aufs Land. Denen ihre Lebens- und Weltanschauung noch ganz von bäuerlichen und religiösen Vorurteilen durchflochten ist. So einer war auch ich. Ich war meinem Vater ganz verwandt: Im Golde erblickte auch ich

doch schliesslich das Heil. Von einem menschenwürdigen Leben und was zu ihm gehörte, davon hatte ich noch keinen Begriff damals. Und für das Schöne noch keinen Sinn. Meine Hoffnungen waren noch ganz unreif, ganz persönlich. «Der Sozialismus bedeutet für Wenzel Holec eine wirkliche geistige und moralische Wiedergeburt; der Sozialismus, der den ganzen Menschen in ihm erfasst und seine ganze Persönlichkeit heiligt, erscheint in dieser Lebensgeschichte als eine religiöse, das moralische Denken und Empfinden völlig umwandelnde Grundkraft. Und wir verstehen sehr wohl die charakteristischen Worte, die Holec nach dem Verkauf seiner sozialistischen Bibliothek niederschreibt: »Ich musste das, was mich am meisten freute, opfern. Wenn mir ein Kind starb, fühlte ich mich nicht so schmerzlich betroffen als damals, wo ich die Bücher aus dem Hause tragen musste.«

Wenn wir das volle und tiefe Erleben dieses deutsch-tschechischen Arbeiters auf uns ungeschwächt wirken lassen, so brechen die Schranken, die die Klassenbildung unseres Jahrhunderts zwischen Mensch und Mensch künstlich aufgerichtet hat, in sich zusammen, und wir erkennen den grossen intellektuellen und moralischen Menschenwert, der im aufstrebenden Proletariat liegt, und den eine brutale Klassenwelt mit zermalmendem Druck vernichtet. Was unterscheidet diesen ernst und leidenschaftlich nach einer Weltanschauung ringenden und dann von dieser völlig beseelten Proletarier von dem tiefgebildeten, hoch beanlagten wissenschaftlichen Forscher und unerschrockenen Wahrheitskämpfer? Ein wenig formale Bildung.

Die Lebenssituation bestimmter proletarischer Schichten Böhmens zeichnet Holec mit unvergleichlicher Naturwahrheit. Wer wird nicht tief von den furchtbaren, von Holec erlebten Höllenszenen in dem Duxer *Abraum* ergriffen! Wie hoch erhebt sich moralisch und intellektuell jener junge böhmische Proletarier über die vertierten betrunkenen *Abraumbrüder* und über die im wilden Geschlechtsverkehr mit diesen lebenden entsittlichten Frauen. Und in dieser Atmosphäre sittlicher Fäulnis bleibt der jugendliche Held rein. Welche starke sittliche Kraft lebt in ihm, und wie urkräftig und ungebrochen taucht sein Geist aus den Arbeits- und Schnapskellern des jungkapitalistischen Böhmens hervor! Der Lebensgang des deutsch-tschechischen Arbeiters Holec erweitert

sich zu dem typischen Lebensaufstieg ganzer proletarischer Schichten Böhmens. Und das macht die Biographie Holeks so wertvoll, und zwar nicht nur für den sozialpolitischen Fachmann sondern für den das ganze Volksleben erfassenden Kulturhistoriker.

× **Eheformen** In tiefgründigen Arbeiten hat Dr. Friedrich S. Krauss ein Riesenmaterial zur geschichtlichen Entwicklung der Ehe- und Familienformen herbeigebracht. Aus seinen früheren Studien über Brauch und Sitte der Südslawen ergeben sich die kräftigen Umriss der südslawischen Gentilverfassung. In seiner *Anthropophyteia* /Leipzig, *Deutscher Verlag*/ stellt er die südslawischen Volksüberlieferungen über den Geschlechtsverkehr in das helle Tageslicht. Die geschichtliche Entwicklung der Ehe- und Familienformen streift Krauss abermals in diesem nur für Forscher und nicht für den Buchhandel bestimmten Werk. Der überragende Einfluss der Wirtschaft auf die Gestaltung der Eheform macht sich bei den Südslawen in der Zeitehe zwischen Schwiegervater und Schwiegertochter geltend. Aus rein ökonomischen Gründen existiert nach Krauss diese Zeitehe in Serbien bis in die jüngste Zeit fort, und massenhaft finden sich noch deren Spuren in den Bezirken von Studenica und Sorljika. Der Vorstand der Familie oder der Hausgemeinschaft verheiratete den Haussohn mit dem 14. Jahr. Durch diese Heirat zog er eine tüchtige Arbeitskraft in die Familie oder die Hausgemeinschaft hinein. »Wenn der Schwiegervater mit der Schnur lebte, so galt dies der wirtschaftlichen Aufbesserung, der Vermehrung der Arbeitskräfte, denn auf dem Dorf kann bereits ein Kind von 7 Jahren wirtschaftlich von Nutzen sein.« Krauss beweist die Existenz dieser Zeitehe des Schwiegervaters mit der Schwiegertochter auch bei den Russen. Überreste einer wilden Geschlechtsgemeinschaft haben sich in den südrussischen Hochzeitsgebräuchen erhalten. Im Gefilde von Hljecno drücken alle männlichen Hochzeitsgäste die junge Frau in grob unsittlicher Weise an sich, ein Brauch, der noch direkt an die Hingabe der Braut an die Hochzeitsgäste, vor allem an die Brautführer, erinnert. So lesen wir bei Krauss: »Im Bezirk von Studenica hängt die Ehe auch sonst an einem dünnen Fädchen, und man pflegt häufig dem Gast

auch ein Frauenzimmer aus dem selben Hause hinzugeben, wieder zumeist die junge Frau.»

Über die ehelichen Verhältnisse der Chrowoten spricht sich Krauss so aus: »Unter den Chrowoten in der ehemaligen Militärgrenze gilt es als selbstverständlich, dass der Schwiegervater und alle seine Söhne der neuen Schnur beischlafen. Nur die Brautnacht gehört ausschliesslich dem Ehegatten. Bis zum Jahre 1860 war es auch unter den Chrowoten üblich Knaben an ausgewachsene, reife Mädchen zu verheiraten, um Arbeitskräfte ins Haus zu bekommen. Besondere Gesetze sind dagegen erlassen worden, und vollends seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sind frühzeitige Eheschliessungen dieser Art äusserst erschwert. Beim chrowotischen Bauernvolk, das auf die voreheliche Keuschheit eines Frauenzimmers sehr geringen Wert legt, ist das Sichvergessen der Schwiegertochter mit ihrem Schwiegervater gewöhnlich nur eine Angelegenheit, deretwegen sich am meisten die durch sie im Liebesgenuss beeinträchtigte und verkürzte Schwiegermutter zu ereifern pflegt.«

Die Schamhaftigkeitsvorstellungen der südslawischen Völker charakterisiert Krauss durch zahlreiche Volkserzählungen. Die Volkskreise, die in den allerderbsten Wendungen von den sexuellen Verrichtungen reden, schweigen sich über die Menstruation völlig aus. »Denn von diesen Sachen zu reden«, führt Krauss aus, »wäre im höchsten Grade schamlos gewesen; meine Gewährsmänner und Gewährweiber waren aber durchwegs anständige Personen, die auf guten Ton und gesittete Rede — nach ihren Begriffen — viel halten und sich gehütet haben sich vor einem Wanderer, der viel in der Welt herumreist, als schamlos blosszustellen.«

Das Kraussche Werk beweist, welche gewaltige Vorherrschaft sexuelle Dinge im Denken und Fühlen der Volksmassen einnehmen. Krauss steuert in seinen tiefgründigen Forschungen über das Sexualleben auf das Ziel zu die Gesetzmässigkeiten der Entwicklung des Geschlechtstriebes und der damit zusammenhängenden sozialbiologischen Vorgänge zu erfassen.

× Kurze Chronik Zum 100. Geburtstag Wilhelm Wolfs gab Franz Mehring die Schriften dieses begeisterten Vorkämpfers des Pro-

letariats heraus. Sozialgeschichtlich wertvoll sind zahlreiche kleinere Arbeiten, so seine klassische Schilderung des schlesischen Weberaufstands in Langenbielau und die Darstellung der Junkerwirtschaft in der *Schlesischen Milliarde*. × In Spalato will grosstädtischer Geist an ein historisches Wunderwerk, an den alten Diocletianpalast seine zerstörende Hand legen. Cornelius Gurliitt-Dresden erhebt seine Warnungsstimme in der *Frankfurter Zeitung* vor der teilweisen Niederreissung dieses Palasts, der einen Kulturbesitz der ganzen Menschheit bedeutet. × Eine Verordnung Pichons eröffnet das Archiv des französischen Ministeriums des Äusseren, dessen Bestand bisher historischen und staatspolitischen Forschern nur bis zum Jahrgang 1830 zugänglich war, diesen bis zum Jahrgang 1848. In Frankreich hat man die geschichtlichen Mysterien der Diplomatie länger als in den meisten Kulturländern unter festem Verschluss gehalten. Erst im Jahre 1874 liess man die Geschichtsforscher zu diesen Archiven zu, und zwar wurde ihnen nur das archivalische Material, das bis zum Tod Ludwigs XV. reichte, zu Studien unterbreitet. Die neue Verordnung Pichons tritt am 1. Januar 1910 in Kraft. Zahlreiche geheime Dossiers — selbst aus längst entschwundenen Zeiten — sperren sich noch vor den historischen und staatspolitischen Wissenschaften. × Am 5. Juni starb in München der Kirchenhistoriker Joh. Nepp. Sepp, der sich in seinen *Taten und Lehren Jesu in ihrer weltgeschichtlichen Beglaubigung* gegen Strauss und Renan wandte. Sepp wurde unter der Willkürherrschaft der Lola Montez seines Amtes entsetzt. Im Jahre 1870 drängte er in der bayerischen Kammer Bayern zum Anschluss an den Krieg gegen Frankreich, und 1871 arbeitete er mit Hochdruck für die Annahme der Versailler Verträge.

× **Literatur** In seiner *Geschichte Russlands von der Entstehung des russischen Reichs bis zur Gegenwart* /Leipzig, Voigtländer/ gibt Th. H. Pantenius im wesentlichen nur die Herrschergeschichte Russlands, nicht aber die Geschichte der grossen ökonomischen und sozialen Umwälzungen des russischen Volks. Die Literatur Russlands streift Pantenius nur oberflächlich. Wenn er einmal im Vorbeigehen auf die russischen sozialen Verhältnisse hindeutet, dann begeht er

mit diesem Hinweis sicher einen Fehlgang. Unerhört steht der Versuch Plehwe in der Geschichte da durch Spitzel selbst die russischen Arbeiter zu organisieren und sie durch diese Spitzelorganisationen von Grund auf zu korrumpieren. Pantenius schreibt naiv darüber: »Der Minister Plehwe versuchte es der revolutionären Propaganda unter den Arbeitern auch mit friedlichen Mitteln entgegenzuwirken, indem er einzelne Männer in dem Bestreben unterstützte die loyalen Arbeiter zu organisieren.« Pantenius rechtfertigt gar die verbrecherische Niedermetzlung der Petersburger Arbeiter an dem berühmten Demonstrationstag, am 9. (22.) Januar 1905. Die Forderungen der Arbeiter, meint er, waren nicht von Arbeitern der Putilowschen Fabrik verfasst. »Es war daher ganz in der Ordnung«, so fährt er wörtlich fort, »dass die Regierung den Zug nach dem Winterpalais nicht duldet und die Truppen energisch einschreiten liess, als versucht wurde ihn doch durchzusetzen.« Zaristisch-russischer kann man wirklich nicht mehr sein.

KUNST

Musik / Hugo Leichtentritt

Oper Die Berliner Hofoper führte am 17. Mai zum erstmalig in Berlin Carl Goldmarks Oper *Ein Wintermärchen* auf. Den Text hat A. M. Willner ganz gewandt nach Shakespeares Drama für die musikalische Bearbeitung hergerichtet. Der Erfolg war sehr mässig. Als dramatische Musik versagt Goldmarks Schöpfung gänzlich, sie ist in dieser Hinsicht durchaus konventionell. Anders an den lyrischen Stellen. Überall, wo mit Lied und Tanz zu wirken möglich war, hat Goldmark reizvolle Wirkungen erreicht. Besonders der ganz lyrisch gehaltene zweite Akt enthält eine Fülle feiner Musik, für die der Komponist der Symphonie *Ländliche Hochzeit* seine ganze, unbestreitbare Meisterschaft angewendet hat. Leider konnte das lyrische Intermezzo den Erfolg des Abends nicht entscheiden.

Ziemlich spurlos ist auch in der Berliner *Komischen Oper* die Erstaufführung von Spiros Samaras Oper *Das Fräulein von Belle-Isle* (Text nach Dumas von Paul Millet) vorbeigegangen. Samara, ein geborener Grieche, hat besonders in den Tagen des *verismo* von sich reden gemacht.

In Mannheim hatte die Erstlingsoper des jungen Musikers Eduard Künnecke *Robins Ende* (Text von M. Moris, dem Oberregisseur der Berliner *Komischen Oper*) ansehnlichen Erfolg. Mannheimer Berichte erwähnen besonders lobend den feinen Lustspielton der Musik.

Auch im Dresdener Hoftheater gelangte ein sehr jugendlicher Komponist, H. W. von Waltershausen, mit seinem dramatischen Erstlingswerk zu Wort. Seiner musikalischen Komödie *Else Klapperzehen* fehlte es nicht an wohlwollender Anerkennung, doch nahm man das Werk noch nicht als voll, sah es vielmehr als eine Talentprobe an.

Einen gewagten, immerhin aber interessanten Versuch unternahm der Dresdener Sänger Carl Scheidemann, indem er für die Dresdener Bühne Mozarts *Così fan tutte* mit einem neuen Text versah. An Stelle des nicht gerade glücklichen Originaltextes da Pontes setzte Scheidemann mit grossem Geschick ein Stück des Calderon, *Dame Kobold*. Dresdner Berichte heben hervor, dass die Unterschiebung an vielen Stellen verblüffend gut gelungen ist. Ob aber auf diese Weise, bei der besten Absicht des Bearbeiters, der Mozartschen Musik ein Dienst geleistet ist, möchte ich stark bezweifeln.

× **Tonkünstlerfest** ×

Die Konzertsaison ist längst vorüber; dass aber die Musik nicht einschläft, dafür sorgen im Mai und Juni allerorten in Deutschland Musikfeste. Die grösste Bedeutung von diesen hat gemeinhin die Tagung des *Allgemeinen Deutschen Musikvereins*, die diesmal in Stuttgart stattfand. Ich habe sie nicht selbst mitgemacht, kann also auch nur nach den Berichten anderer darüber Mitteilungen machen. Wiederum wurde eine grosse Zahl neuer Kompositionen zum erstmalig aufgeführt. Werke von ausserordentlicher Qualität waren nicht darunter, aber alles in allem war der Durchschnitt besser als auf den letzten Tonkünstlerfesten. Das Wertvollste war vielleicht Paul Scheinpfugs *Ouvertüre zu einem Lustspiel von Shakespeare*. Auch eine Symphonie Fritz Volbachs fand sehr beifällige Aufnahme und wurde als ein sehr gediegenes, wünschenswert stark ursprüngliches Werk gelobt. Guten Eindruck machte auch die Schlusszene aus Felix Gotthelfs *Mysterium Mahaveda*; talentvoll ist Rudolf Siegels *Apostatenmarsch* für Männer-

chor und Orchester, nach einer Dichtung Gottfried Kellers. Über Otto Naumanns Hymne für Männerchor und Orchester *Bismarck*, die stark mit pathetischer Gebärde arbeitet, und des Münchener Ernst Boehe *Symphonischen Epilog zu einer Tragödie* waren die Meinungen geteilt. Im Kammermusikkonzert wurde Pfitzners Quintett opus 23 dargeboten, über das bei seiner Erstaufführung in Berlin im vorigen Winter schon berichtet worden ist (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 1696); ausserdem ein noch ziemlich unfertiges Streichquartett von Knud Harder, eine gute Violinsonate von Joseph Haas, eine interessante *Sonata eroica* für Klavier von Waldemar von Bausnern, Lieder von Schoeck, Ansorge, Andreae, von Wolff, Wiemann. Schliesslich wurden drei neuere Opern aufgeführt: Walter Braunfels' *Prinzessin Brambilla*, von der hier anlässlich ihrer Erstaufführung bereits die Rede war (siehe diese Rundschau, pag. 678), Adolf Vogls *Maja* und Pierre Maurices *Misé Brun*.

× Haydnfeier ×

Das erfreulichste aller Musikfeste dieses Frühlings war unzweifelhaft die Haydnzentenarfeier in Wien, an die man den 3. Kongress der *Internationalen Musikgesellschaft* angeschlossen hatte. Den vielen Hunderten Teilnehmern aus aller Herren Länder boten die Wiener eine Festwoche voll der erlesensten Genüsse. Für dies Fest hatte man alles mobil gemacht, was in Wien für die Musik von Bedeutung ist, nicht nur Chöre und Orchester, Künstler und Schriftsteller sondern auch die kunstverständigen Dilettanten, an denen gerade Wien so reich ist. Das Haydnfest bot mannigfache Überraschungen. Es gehört zu den Sonderbarkeiten, den Launen der Musikgeschichte, dass einer unserer berühmtesten und geliebtesten Tondichter, Joseph Haydn, nur mit den Werken seines Alters bekannt ist, dass die ungeheure Menge von Schöpfungen, mit denen er die Jahrzehnte seiner Jugend, seines Mannesalters ausfüllte, für unser öffentliches Musikleben bis jetzt gar nicht in betracht kamen, nicht etwa weil sie minderwertig waren, sondern weil sie überhaupt unbekannt waren. Das Herannahen des 100. Todestags hat schon vor einigen Jahren den Anstoss gegeben einer Gesamtausgabe der Haydn'schen Werke

näher zu treten. Diese erste Gesamtausgabe erscheint gegenwärtig bei Breitkopf & Härtel in Leipzig. Aus der Menge unbekannter Kompositionen, die man für diese Ausgabe zusammengetragen hat, wurde eine ganze Reihe in Wien mit dem besten Erfolg aufgeführt, so beispielsweise die allererste kleine Haydn'sche Symphonie aus dem Jahre 1759, das grossartige Tedeum für Chor und Orchester aus der reifsten Zeit des Meisters, ein ausserordentlich fein gearbeitetes Concertante für 4 Soloinstrumente mit Orchester, eine ganze Anzahl von Messen, schliesslich zwei Opern, die allerdings Haydns Künstlerschaft nicht gerade zum vorteilhaftesten zeigen: von allen Gattungen der Musik lag gerade die Oper seiner Begabung am fernsten. Durch die Mitteilung der frühen Haydn'schen Werke in der Gesamtausgabe wird auch eine sehr empfindliche Lücke in der neueren Musikgeschichte ausgefüllt. Das ganze 19. Jahrhundert war zwar voll vom Ruhm der Wiener Klassiker, Haydn, Mozart, Beethoven, aber den Quellen ihrer Kunstübung tief nachzuspüren war eine Aufgabe, an der die Geschichtschreiber entweder vorbeigingen, oder die sie nur ganz ungenügend lösten. Die Kenntnis der frühen Haydn'schen Werke in Verbindung mit den erst kürzlich (durch Riemann) aufgedeckten Werken der Mannheimer Schule, der alten Wiener Schule Philipp Emanuel Bachs, wird zum erstenmal die Quellen aufweisen, aus denen ein Haydn, Mozart, Beethoven schöpften. Die Leistungen dieser Meister werden dadurch in ein ganz neues, ungewohntes Licht gestellt werden.

Die Wiener Konzerte brachten ausser Werken Joseph Haydns noch eine ganze Anzahl Kompositionen älterer österreichischer Komponisten, darunter solche Michael Haydns, Josephs Bruders, und Georg Matthias Monns, eines neu entdeckten Altwiener Meisters, der jetzt als ein unmittelbarer Vorgänger Joseph Haydns gilt.

Die Arbeit des Kongresses der *Internationalen Musikgesellschaft* war rein musikgeschichtlichen Fragen gewidmet. Wer sich dafür interessiert, findet alle Vorträge und Referate in dem ausführlichen Kongressbericht, der demnächst bei Breitkopf & Härtel in Leipzig erscheint.

× Kurze Chronik ×

Am 28. April starb in Meran Heinrich Conried. Sein Name ist in den letzten Jahren viel genannt worden.

Als Direktor der *Metropolitan Opera* in New York hat er eine ausserordentlich rührige Tätigkeit entfaltet, die im Musikleben der Vereinigten Staaten geradezu Epoche gemacht hat. Aufsehen erregte es auch in den musikalischen Kreisen Europas, als Conried vor einigen Jahren, aller Einsprüche ungeachtet, den *Parsifal* über den Kopf von Bayreuth hinweg zur Aufführung brachte. X Das 25jährige Geschäfts Jubiläum des Besitzers der Berliner *Philharmonie*, Herrn S. Landeker, gestaltete sich zu einer Art grosser Familienfeier, auf der die gesamte Berliner Musikwelt fast vollzählig vertreten war. Es sprach sich in dieser warmen Teilnahme sowohl die Wertschätzung aus, die der Gefeierte persönlich geniesst, wie auch die Bedeutung der *Philharmonie* für das Musikleben Berlins. X Ein australischer Musiker Clutsam hat in Berlin eine von ihm nach langen Versuchen konstruierte Klaviatur in Bogenform gezeigt, für die sich das regste Interesse der Pianisten von Fach kundgibt. Vierterlei Mängel der alten geradlinigen Klaviatur sollen durch die neue bogenförmige beseitigt werden, die technische Ausbildung des Pianisten soll bedeutend erleichtert werden. X Sein 25jähriges Künstlerjubiläum feierte kürzlich Professor Henri Marteau, der Nachfolger Joachims als erster Lehrer des Violinspiels an der Berliner königlichen Hochschule für Musik. Das Jubiläum gab seinen zahlreichen Verehrern zu mannigfachen Huldigungen Anlass. Unter anderem wurde ihm eine prachtvolle Guarneriusgeige zum Geschenk gemacht. X Das Berliner Gastspiel des kaiserlich russischen Balletts aus Petersburg war von grösstem Erfolg begleitet. Der musikalische Teil zwar verdient kaum eine besondere Erwähnung, ging bisweilen sogar noch unter das Mittelmass hinab; desto mehr rissen die choreographischen Leistungen zur uneingeschränkten Bewunderung hin. X Die Berliner königliche Akademie der Künste hat in jüngster Zeit eine ganze Reihe von neuen Mitgliedern in ihre musikalische Abteilung berufen. Zum Nachfolger des verstorbenen Albert Dietrich — neben Brahms und Joachim eines der Unterzeichner jenes Protestes gegen die neu-deutsche Musik, der in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts so viel böses Blut machte — ist Professor E. E. Taubert ernannt worden. Auch

Richard Strauss, Puccini und der norwegische Komponist Christian Sinding sind neuerdings zu Mitgliedern der Akademie gemacht worden, der eine Verjüngung und Auffrischung dringend not tut.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Küstenhandbücher Bei der wachsenden Bedeutung der deutschen überseeischen Handelsbeziehungen erweist es sich je länger desto mehr als dringende Notwendigkeit eigene Segelhandbücher zu besitzen. Die Bezeichnung *Segelhandbücher* stammt noch aus älterer Zeit. Eigentlich sollte man das bessere Wort *Küstenhandbücher* gebrauchen, denn die Segelhandbücher sind Beschreibungen der Küstengewässer und Küstengegenden sowie der Seehäfen und dienen hauptsächlich der Ergänzung und Erläuterung der Seekarten des in ihnen beschriebenen Küstengebiets. Sie bilden deshalb wie die Seekarten wichtige Hilfsmittel der Seeschifffahrt und haben neben letzteren die besondere Aufgabe soviel Angaben wie möglich zu vermitteln, um das Anlaufen fremder Seehäfen für die Schiffsführung zu erleichtern. Die Seekarten können viele Daten nicht verzeichnen, und diese sollen die Handbücher angeben. Man findet in ihnen daher die Fahrwasserverhältnisse mit all ihren Eigenheiten und Gefahren beschrieben, ferner alle Landmarken, Leuchttürme, Anweisungen über die Ansteuerung der Häfen, die Ankerplätze, Mitteilungen über das Lotsen- und Rettungswesen, über Schleppdampfer, Quarantäne- und Zollvorschriften, Gezeiten und Gezeitenströme, Dockanlagen, ferner gesetzliche Bestimmungen für den Seehandelsverkehr, die Hafenordnung, Hafenumkosten, Schiffsausrüstung usw.

Die ältesten und besten Segelhandbücher hat natürlich England. In neuerer Zeit hat aber auch das Deutsche Reich begonnen für sich eigene Segelhandbücher herzustellen. Das macht sich schon deshalb nötig, weil man nicht von anderen Nationen abhängig sein kann und für die eigene Schifffahrt besondere Angaben braucht. Die Herausgabe der Küstenhandbücher wird von der deutschen Seewarte im Verein mit dem Reichsmarinamt besorgt, und man muss anerkennen, dass hierin in den letzten Jahren Tüchtiges geleistet worden ist. Ganze grosse

Meeresgebiete sind schon bearbeitet worden. Für die heimischen Küsten sind die Handbücher natürlich schon seit langer Zeit vorhanden; sie erstrecken sich auf alle Gebiete der Nord- und Ostsee, die nördlichen Küsten einschliesslich Island und die Faröer. Dann folgten die Handbücher für die französischen und englischen, ferner für die spanischen und portugiesischen Küsten, für das Mittelmeer und das Schwarze Meer. Der Atlantische, der Indische und der Pazifische Ozean wurden in gleicher Weise bearbeitet und Spezialwerke über bestimmte Teile der amerikanischen und afrikanischen Küsten geschaffen. In neuerer Zeit wurde ein Küstenhandbuch für die Häfen Chinas hergestellt, und dann begannen die planmässigen Bearbeitungen des Seewegs nach Ostasien. Zuerst erschienen die Handbücher für das Rote Meer und den Golf von Aden, im vorigen Jahr kamen 4 weitere Bearbeitungen hinzu, nämlich Handbücher für den Persischen Golf, die Westküste von Hindustan, den Golf von Bengalen sowie für die Küsten Ceylons und der Malakkastrasse. Im laufenden Jahre erschienen noch Segelhandbücher für das südchinesische Meer und den ostindischen Archipel; für das ostchinesische Meer wird das Handbuch binnen kurzem erscheinen. Neben der vollständigen Sammlung von Seekarten werden wir also auch bald in den Besitz einer vollständigen Küstenbeschreibung der ganzen Erde kommen.

× Afrika: Britische Eisenbahn Die rund 380 km lange Eisenbahn von Lagos nach Djebba am Niger ist vollendet worden. Lagos liegt an der Südküste Afrikas vor dem Knick nach Süden, in der Nähe der Küste des Dahomeylandes, während Djebba 365 km stromaufwärts am Niger liegt. Von Djebba aus wird eine neue 160 km lange Strecke bis Zungeru in Nordnigeria in Angriff genommen, wo sie mit einer zweiten grossen Bahn zusammentrifft, die von Baro am unteren Niger aus bereits 50 km weit verlegt ist. Diese Strecke soll insgesamt 640 km lang werden und sich bis Kano erstrecken. Kano liegt etwa 600 km vom Tsadsee entfernt. Täglich werden etwa 1,5 km Bahn verlegt, so dass man die Strecke bis 1911 fertig bekommen will.

× Elektrische Bahn im Kaukasus Der *Revue électrique* entnehme ich die Mitteilung, dass ein Projekt für eine elektrische Bahn von Tiflis nach Wladi-

kawas ausgearbeitet werde. Die Bahn soll durch den Engpass von Kvinamski geführt werden und eine Länge von 215 km besitzen. Sie wird Meterspur erhalten. Auf ihr sollen dann täglich in jeder Richtung 20 Lastzüge zu je 15 Wagen von zusammen 180 t verkehren. Die elektrischen Lokomotiven sollen 50 t schwer sein und die Strecke in 6 Stunden bewältigen können. Zwei Wasserkraftwerke sollen die erforderliche Energie von 18000 PS liefern; diese sollen zugleich noch anliegende Ortschaften mit Strom versorgen. Der Bau wird auf 20 Mill. Rubel veranschlagt und soll 3 Jahre dauern.

× Kurze Chronik Am Roten Meer wurde Anfang April der neue Hafen Port Sudan in Betrieb genommen und mit ihm ein neues und bequem zugängliches Einfahrttor zu den reichen Hinterländern des ägyptischen Sudan geöffnet. Die Tiefe des natürlichen Hafenbeckens schwankt zwischen 9 und 25 m; den Schutz der Reede bilden Korallenriffe, die an einzelnen Stellen durch aufgebaute Dämme erhöht sind. Am Fuss der 900 m langen Kaimauern beträgt die Wassertiefe 9 m. × Die preussische Eisenbahnverwaltung hat einen benzolelektrischen Triebwagen eingestellt. Der achtsige, 38000 kg schwere Wagen ist mit einem unabhängig vom Wagenkasten gelagerten Benzolmotor ausgerüstet, der mit einer Gleichstromdynamomaschine gekuppelt ist. Die beiden inneren Wagenachsen werden mit Hilfe von Zahnradübersetzungen durch je einen Gleichstrommotor angetrieben. Der Wagen kann 80 Fahrgäste befördern und entwickelt auf wagerechter Strecke 50 km stündliche Geschwindigkeit. × Die ungarischen Staatsbahnen sollen beabsichtigen einen Teil der ungeheuren Wasserkräfte, die nach neuerlichen Ermittlungen der technischen Behörden die ungarischen Flüsse führen, für elektrischen Bahnbetrieb nutzbar zu machen. Vorerst wird die Teilstrecke Fiume-Kameral-Moravicza der Linie Budapest-Fiume elektrischen Betrieb erhalten. × Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Mailand und Genua soll die italienische Regierung beschlossen haben eine neue zgleisige Bahnlinie zu bauen. Dabei macht sich ein 20 km langer Tunnel durch die ligurischen Alpen nötig. Der Bau der Linie wird daher etwa 120 Mill. M. kosten und 10 Jahre dauern. × Die

russische Regierung erteilte dem Grafen Potocki die Genehmigung zum Bau einer Vollbahn von Czenstochau nach Zdunska-Wola. Die Gesamtlänge der Bahn wird 180 km, die Baukosten werden 11 Mill. Rubel betragen. X Mit dem Bau der Kap-Kairo-Eisenbahn, der bei der Ortschaft Broken-Hill eine Zeitlang unterbrochen war, soll jetzt wieder fortgefahren werden. Von dem jetzigen Endpunkt soll zunächst eine Strecke nördlich bis zur Grenze des Kongostaats in ein Gelände geführt werden, das sehr reich an Kupferlagern ist. Wenn dieser Ort, wie beabsichtigt, noch vor Schluss des Jahres 1910 erreicht wird, sind dann bereits rund 3500 km der Bahn fertiggestellt. X Die argentinischen Bahnen wiesen Ende 1908 eine Länge von 23 723 km auf. Das in ihnen angelegte Kapital betrug 789 Mill. Lstrl. X Mit Unterstützung der Regierung von Queensland ist eine neue Dampferverbindung mit Europa eingerichtet worden. X Ende April haben in Berlin namhafte Vertreter der deutschen Maschinenindustrie aus allen Teilen Deutschlands beschlossen eine ständige Ausstellung nebst Auskunftsstelle in Berlin zur Erleichterung des Absatzes der Erzeugnisse deutscher Maschinen-, Apparate-, Instrumenten- und Verkehrsmittelindustrien ins Leben zu rufen. Zur Durchführung des Unternehmens wurde ein Ausschuss gebildet. X In Buenos Aires findet 1910 zur Feier der Unabhängigkeit Argentiniens vom Mai bis zum November eine *Internationale Eisenbahn- und Verkehrsmittelausstellung* statt.

X X
Literatur Der *Kaiserliche Automobilklub* hat für seine Zwecke eine kleine Broschüre herausgegeben, betitelt *Das Automobil in Frage und Antwort für Freunde und Gegner*. Neben vielen durchaus richtigen Ausführungen, deren Kenntnisnahme den breitesten Bevölkerungsschichten, die mit dem neuen Gefährt in Berührung kommen, nur zu wünschen ist, finden sich auch ganz schiefe Stellungnahmen. Der Klub macht eben alles mobil, um seine Ziele zu erreichen, die aber durchaus nicht mit den Interessen des grossen Publikums übereinstimmen. Jeder selbständig urteilende Leser wird das Rechte von dem Falschen selbst zu trennen wissen, es soll dem kostenlos zu habenden Büchlein daher nicht an Lesern fehlen. X In der Sammlung *Kultur und*

Fortschritt / Leipzig, Dietrich/ erschien ein Heftchen Leopold Katschers *Der Weltpostverein*, das einen Überblick über die Geschichte dieses in der Kulturgeschichte einzig dastehenden Instituts gibt. Um einen Begriff von dem Umfang und dem Arbeitsgebiet des Weltpostvereins zu geben, bringt der Verfasser aus der Poststatistik eine Reihe von statistischen Daten aus dem Jahr 1907 bei; danach wurden ausgetauscht: 17 668 Mill. Briefe, 5637 Mill. Postkarten, 15 585 Mill. Drucksachen, Geschäftspapiere, Zeitungsnummern und Warenproben, 529 Mill. Pakete ohne Wert, 666 Mill. Postanweisungen im Betrage von 40 Milliarden fr., 700 Mill. Wertsachen (76 Milliarden fr.). Der Gesamtverkehr im Weltpostverein, der 1873 erst 3300 Mill. Stück betrug, ist auf 39 Milliarden Stück angewachsen. Die Postanstalten der Erde haben sich von 1889 bis 1907 von 35 443 auf 271 115 vermehrt, die ein Personal von 1 394 247 Köpfen beschäftigen. Aus dieser Tatsache geht die enorme Bedeutung dieses wahrhaft internationalen Instituts hervor, das eine völkerverbindende Einrichtung ohnegleichen ist. Zur Orientierung ist das genannte Schriftchen zu empfehlen. X Zur wirtschaftlichen Begründung des badisch-schweizerischen Rheins als Grosswasserstrasse veröffentlicht R. Gelpke-Basel in den *Schweizerischen Blättern für Wirtschaft- und Sozialpolitik* einen lesenswerten Aufsatz, in dem er die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Projekts nachweist. Er zeigt, dass zwei Drittel der gesamten schweizerischen Bevölkerung, und zwar gerade die industriellen und kommerziellen Zentren, der unmittelbaren Verkehrssphäre des Rheinstroms angehören. An den kilometrischen Erstellungskosten wird nachgewiesen, dass fast sämtliche modernen Grosswasserstrassenverkehrsprojekte des europäischen Kontinents an der Wasserstrasse Basel-Bodensee gemessen ungünstig genannt werden müssen, dass sich die Kostenfrage also ausserordentlich günstig stellt. Der schwierigste Teil der Aufgabe sei vielmehr die Güterbeschaffung. Rechnet man mit $\frac{1}{2}$ Mill. t pro Jahr, so würde sich nach Gelpkes Rechnung eine wesentliche Ersparnis gegenüber dem Bahntransport einstellen. Man müsse ferner bedenken, dass die Wasserstrasse fast unbegrenzt leistungsfähig sei, während die Leistungsfähigkeit der Bahnen Grenzen hat, über die man nicht hinauskann.